

Inhalt

| | |
|---|-------------|
| Kommentar: Die Mehrzweckwaffe des FJS | 3 |
| Christen Vor dem Kirchentag gegen Apartheid Aufruf der Kampagne „Kir- chentag gegen Apartheid“ | 4 6 |
| Südafrika Weiße wählen ihr Minderhei- tenparlament Umschuldung als Wahlhilfe für Bothas Nationale Partei Seminar „Keine Rüstungszu- sammenarbeit mit Südafrika!“ | 8 8 9 |
| Nicaragua Contras in der Krise | 10 |
| BRD – Guatemala Bringt der Weizsäcker-Besuch mehr Spielraum für Cerezo? | 12 |
| Südkorea Neuaufschwung der Opposi- tionsbewegung | |
| HUNGER-SONDERTEIL | 15 |
| Weltwirtschaft Lösungsvarianten der Schul- denkrise | 48 |
| Sowjetunion und Dritte Welt Asiatische Sowjetrepubliken – Entkolonialisierung auf ande- re Art (I) Dokumente zu den Anfängen sowjetischer Dritte-Welt-Po- litik | 52 55 |
| Kultur Reza Madsadi – Dichter auf der Flucht | 56 |
| BRD-Infodienst: Buchtips zu Nicaragua, El Sal- vador, Hungerstreik gegen den Golfkrieg, GSG-9-Hilfe für die Türkei, Wanderausstellung zur Verschuldung, Kongreß zum Asylrecht, Termine | 58 |
| Kurzinformationen: Indien, Pakistan, Türkei, Liba- non, Macao, Südostasien- UdSSR, Westsahara, Tschad, Haiti, Ecuador | 59 |



Kirchentag gegen Apartheid

S.4

Die Apartheid dürfte zu einem beherrschenden Thema des 2. Evangelischen Kirchentages werden, der Mitte Juni d.J. in Frankfurt zusammenkommen wird. Dafür will jedenfalls die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ sorgen, die im März d.J. bereits die Kontenkündigung des Kirchentagspräsidiums bei der südafrikanischen Deutschen Bank erzwang. Ein Signal für neue Möglichkeiten in der Sanktionsfrage, für den großen Druck auf die Südafrika-Lobby in der EKD und in Bonn?

Guatemala

S. 12

Mit seinem Staatsbesuch in Guatemala wollte Bundespräsident von Weizsäcker die „junge Demokratie“ in Guatemala stärken. Bonner Polizeihilfe und erhöhte Entwicklungshilfe sollen diesem Zweck dienen. Wie weit sind die Demokratie, die Achtung der Menschenrechte und die Neutralitätspolitik des Cerezo-Regimes tatsächlich gediehen?

Hungerkrise und Afrikahilfe

S. 15

In Mosambik steht eine neue Hungerkatastrophe ins Haus. Die letzte Hungerkrise 1985, konzentriert auf Äthiopien und die Sahel-Zone, brachte neue Einsichten bei Betroffenen und Helfenden hervor. Steht Afrikas Zukunft im Zeichen des Hungertodes? Welche Rolle spielen die westliche Nahrungsmittelpolitik und die Agrarmultis? Gibt es Ansätze einer erfolgreichen Hungerbekämpfung? Diesen Fragen geht unser Sonderteil nach.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21 / 2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübken-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: R. Brückner, F. Bushin, H. Czapek, H. Denk, I. el-Masry, C. Liebst-Marion, G. Meyer, M. Schuck, B. Schulte, U. Sperling

Redaktionsschluss: 3. April 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH., Postfach 510868, 5000 Köln 51, Telex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 02 21 / 36 002 - 0

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgirokonto Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98)

Anzeigen: Team-Reisen, Volksuni, Antimilitarismus Info Verlag Kiepenheuer & Witsch, Südostasien-Informationen,

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: C. Liebst-Marion, V. Maier, N. Mina, UNF-PA, FAO, natur, BMZ, NACLA, AIM, Afrique-Asie, issa, Por Esto, Third World, Time, AIB-Archiv

Kommentar: Die Mehrzweckwaffe des FJS



Ginge es nicht um ein Politikfeld, das das pure Überleben von Millionen von Menschen betrifft, so wäre der Vorgang kaum eine Zeile wert: Jürgen Warnke geht; Hans („Johnny“) Klein kommt.

Der Mann aus dem „Zonenrandgebiet“ wird ersetzt durch einen Mann aus dem Herzen bayrischer Macht. Im Zusammenhang mit seiner Ernennung zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit stellte Hans Klein fest: „Strauß will einen weiteren Kollegen im Kabinett, der was von Außenpolitik versteht.“

In der Tat genießt der neue Mann das besondere Vertrauen des FJS. Dieser bezeichnete ihn kürzlich als „Mehrzweckwaffe für einen begrenzten Verwendungsbereich“. Und diesen Ruf hat er sich verdient! Auch den als „Pistolero“, den er bei der Opposition hat.

Gaby Gottwald, die mit Hans Klein eine Zeitlang im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestags saß, charakterisierte ihn als gerissenen Chauvi, als „einfach ultra brutal rechts“, als einen Mann, der überall im weltweiten „Kampf gegen den Kommunismus“ an vorderster Front steht. Er ist Spezialist für Contra-Unterstützung, sei es in Nicaragua, Angola oder Mosambik.

Von Haus aus Journalist, gehört er zu den regelmäßigen Schreibtischtätern des rechtsradikalen „Deutschland-Magazins“. Seine ersten Lorbeeren verdiente er sich in den 60er Jahren als Presseattaché bei verschiedenen Botschaften in der Dritten Welt.

Dort betrieb er Imagepflege für die damalige „Deutschlandpolitik“ Bonn, um die diplomatische Anerkennung der DDR zu verhindern.

Später war Klein Public-Relations-Spezialist im Stab von Bundeskanzler Erhard, 1972 Pressechef der Olympischen Spiele. Seit 1976 saß er für die CSU im Bundestag, wo er es zuletzt bis zum

außenpolitischen Sprecher der Unionsfraktion brachte.

In der Dritten Welt interessieren ihn besonders der Nahe Osten und das Südliche Afrika. Und just hier setzte er die ersten Akzente in seinem neuen Amt:

Für Namibia verlangte er „so viel wie möglich“ Hilfe vor der Unabhängigkeit; hier müsse man im „operativen Bereich“ endlich zu Ergebnissen gelangen. Zur Provokation der Bonner Israel-Lobby forderte er ausgerechnet kurz vor dem Besuch des israelischen Staatspräsidenten Herzog mehr Waffenexporte nach Saudi-Arabien.

Viel mehr wissen wir über „Johnny“ nicht. Aber das reicht aus, um den Sinn und Zweck seiner Berufung zu verstehen: Nachdem die bundesdeutsche Entwicklungshilfe unter Jürgen Warnke nahezu völlig zum Schmieröl für die Exportindustrie und zum einträglichen Geschäft, bei dem jetzt 140% der Gelder ins Land zurückfließen, umgepolt wurde, soll Hans Klein als rechter Flügelmann im Kabinett Kohl noch stärker ihre politische Funktionalisierung in dem beschriebenen Sinne betreiben.

Selbstredend hat er darauf zu achten, daß die Bäume des Genscher-Liberalismus in der Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt nicht in den Himmel treiben.

Für die Dritte Welt nichts zu erwarten

Nur — damit ist von dieser Koalition weniger denn je ein Beitrag zu Abmilderung des Problemdrucks zu erwarten, der heute auf den Völkern der Dritten Welt lastet, von grundsätzlicheren Alternativen ganz zu schweigen. Das beste Beispiel hierfür ist die sich gegenwärtig wieder einmal zuspitzende Schuldenkrise. Es ist ja keineswegs nur Brasilien, das sich weigert bzw. außerstande ist, seinen Zinsverpflichtungen nachzukommen (siehe dazu Kommentar in AIB 4/1987). Kurz zuvor schon hatten sich Benin, Burkina Faso, die Elfenbeinküste, Mali, Niger, Senegal und Togo zu einem westafrikanischen Schuldenkartell zusammengeschlossen, um sich gegen die rigiden Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu wehren.

Die Dominikanische Republik, Ecuador und Sudan wollen dem brasilianischen Beispiel folgen. Die Philippinen erwägen ähnliches. Die „Perus“ also vervielfachen sich, und weitere Länder werden folgen. Selbst die Weltbank sah sich dieser Tage veranlaßt, vor einem drohenden Kollaps der Schuldendienste (also der Bankpro-

fiten) laut zu warnen. So etwas ruft natürlich auch die weitsichtigeren Herren der Hochfinanz auf den Plan.

Beispielsweise forderte Wilhelm Nölling, Präsident der Hamburger Landeszentralbank und Mitglied des Zentralbankrates der Bundesbank, kürzlich dringend eine politische Lösung für das Schuldenproblem und Maßnahmen, die einen ausreichenden Nettokreditfluß in die Dritte Welt sicherstellen; mit anderen Worten also: eine Beendigung des skandalösen Zustands, bei dem jährlich mehr Geld in Form von Schuldendiensten in den Norden als in Form neuer Kredite nach Süden fließt.

„Es wird noch viel zu wenig gesehen“, so Nölling, „daß zwischen der Verbesserung unserer sozialökonomischen Situation einerseits und der Misere der Entwicklungsländer andererseits, das heißt ihrer Unfähigkeit, Zinsen zu zahlen und gleichzeitig wirtschaftlich voranzukommen, ein unmittelbarer Zusammenhang besteht.“

Wie wahr! Die Ausplünderung der Dritten Welt ist so weit getrieben worden, daß es bald nichts mehr zu holen gibt!

Die Bundesregierung allerdings tut derweil so, als sei alles beim Alten. Wie kürzlich Finanzminister Stoltenberg fordert sie die Entwicklungsländer unverdrossen dazu auf, weiter zu bluten, mehr Haushaltsdisziplin zu treiben, den Gürtel enger zu schnallen, den Ausverkauf aller Ressourcen voranzutreiben und was derlei perverse IMF-Rezpete mehr sein mögen.

Hier ein Zeichen des Drucks von unten zu setzen, auch in einer Industriemetropole wie der Bundesrepublik, hat sich der Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO) deshalb für Ende Mai mit seinem heurigen Jahreskongreß völlig zu Recht vorgenommen. Es bleibt in der Tat angesichts des finsternen Bonner Szenarios keine andere Möglichkeit, als die Solidarität mit den Betroffenen gegen die Verursacher der „elenden Schuld“ gewaltig zu verstärken.

Rainer Falk

Kabinettsneulinge H. Klein (r.) und J. Möllemann





Christen demonstrieren gegen Apartheid

Martin Schuck Kirchentag gegen Apartheid

Wenn vom 17.-21. Juni 1987 in Frankfurt der 22. Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) zusammenkommt, wird das „Südafrika-Thema“ einen entscheidenden Einfluß haben auf den Verlauf der vier Tage.

Vergleicht man die Berichterstattung und Diskussionen im Vorfeld dieses Kirchentages mit denjenigen Themen, die die früheren Kirchentage in Hamburg (1981), Hannover (1983) oder auch Düsseldorf (1985) bestimmten, nämlich die eindeutige Akzentsetzung auf der Friedensfrage, so scheint diesmal das Thema Apartheid zu einem der beherrschenden Kirchentagsthemen zu werden.

Die Beschäftigung der Kirchen mit dem Thema Antirassismus, was speziell auf Südafrika/Namibia zugeschnitten immer Anti-Apartheid bedeutet, ist in den Kirchen – auch hierzulande – nicht neu. Allerdings ist dies eine Thematik, die an unsere offiziellen Kirchen von der ökumenischen Bewegung herangetragen wurde und innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von kritischen Gemeinden und Gruppen in die Diskussion mit den Kirchenleitungen eingeworfen wurde. Der Weg hin zu eindeutigen Aussagen und daraus folgenden Konsequenzen ist weit und noch keineswegs abgeschlossen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) sagte auf seiner 6. Vollversammlung 1983 in Vancouver: „Die Völker der Erde brauchen Frieden und Gerechtigkeit. Frieden ist nicht die bloße Abwesenheit von Krieg. Frieden kann nicht auf ungerechten Strukturen basieren. Frieden setzt eine neue Weltordnung voraus, die begründet ist auf Gerechtigkeit für und in allen Völkern und auf Respekt für die gottgegebene Menschlichkeit und Würde jedes Einzelnen. Frieden, sagt der Prophet Jesaja, ist die Frucht der Gerechtigkeit.“¹

Zu dieser Erklärung, die der Überzeugung Ausdruck verleiht, Frieden und Gerechtigkeit gehörten ursächlich zusammen, war es ein weiter Weg. Vorausgegangen waren lange Diskussionen sowohl über Ursachen des Unfriedens als auch über ungerechte und unterdrückerische Strukturen, wobei der Rassismus, speziell die Praxis der Apartheid im Südlichen Afrika, als eine der schlimmsten Häresien unserer Zeit erkannt wurde. So lassen sich in der Arbeit fortschrittlicher Christen Friedensengagement und der Kampf gegen Apartheid nicht voneinander trennen.

Auch der ÖRK befindet sich seit seiner Gründung 1948 im Kampf gegen den Rassismus. Bereits auf der ersten Vollversammlung 1948 in Amsterdam wurden die Kirchen aufgefordert, „mit allen

ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die zwangsweise Absonderung aus Gründen der Rasse oder Hautfarbe zu bekämpfen“.²

Auf der zweiten Vollversammlung 1954 wurde festgestellt, daß „jede Rassentrennung aus Gründen der Rasse, Farbe oder ethnischen Herkunft im Gegensatz zum Evangelium steht und daß sie unvereinbar ist mit der christlichen Lehre vom Menschen und mit dem Wesen der Kirche Christi“.³

Ende der 60er Jahre wurden diese Beschlüsse in die Praxis umgesetzt (soweit eine Weltkirchenkonferenz in der Lage ist, praktische Arbeit zu leisten, was nicht ihre vorrangige Aufgabe ist) und es entstand auf der vierten Vollversammlung 1968 das Programm zur Bekämpfung des Rassismus.

Das war zunächst nur eine wohlthuende Erklärung, wurde aber bereits ein Jahr später durch den Zentrallausschuß des ÖRK mit Leben gefüllt, als ein Beschluß zur finanziellen Unterstützung von Befreiungsbewegungen gefaßt wurde.

Es gab damals gegen diesen Beschluß erbitterten Widerstand aus verschiedenen europäischen Kirchen, allen voran der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Den Beschluß zur Ablehnung des Rassismus hatte man ja verbal gerne mitgetragen. Aber Befreiungsbewegungen finanziell unterstützen? Nein, das ging entschieden zu weit!

Die EKD befand sich nun in einer Zwickmühle: Einerseits lehnte sie verbal die Apartheid ab. Andererseits unterhält sie recht gute Beziehungen zu weißen Kirchen in Südafrika und vor allem in Namibia.

Gerade diejenigen Kirchen, die die ganze Zeit am vehementesten am System der Apartheid festhielten, sind Tochterkirchen deutscher Landeskirchen oder auf andere Art eng mit der EKD liiert. So z.B. die 15.000 Mitglieder umfassende Deutsche Evangelische Lutherische Kirche (DELK) in Namibia, die ca. 6.000 Mitglieder umfassende Kap-Kirche und die ca. 8.000 Mitglieder zählende Transvaalkirche (die letztgenannte Kirche hat sich Ende der 70er Jahre mit der etwa genauso großen Hermannsburger Kirche zur Transvaal-Natal-Kirche zusammengeschlossen).⁴

Das Hauptproblem, das man immer wieder hatte, und weswegen man kein Geld in den Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus zahlte, wurde ausgedrückt in der Befürchtung, von dem Geld könnten Waffen gekauft werden. Damit aber helfe man einen gewaltvollen Umsturz zu finanzieren, wo man doch als Kirche die „Versöhnung“ zwischen Schwarzen und Weißen vorantreiben und mithelfen wolle, die Apartheid durch Reformen abzuschaffen.

Der eher als konservativ geltende Luthersche Weltbund (LWB) ließ dann auf seiner Vollversammlung 1977 in Daresalam eine Bombe platzen, mit der aus dieser Ecke niemand gerechnet hätte: Er rief über die Situation in Südafrika den „Bekennnisstand“, den „status confessionis“ aus.

Die Frage der Ablehnung der Apartheid wurde nun für die Christen in den Evangelisch-Lutherischen Kirchen zu der Frage, mit der der Glaube steht und fällt. Willem A. Visser't Hooft, der erste Generalsekretär des ÖRK, nannte dies „das Kühnste, das eine internationale Kirchenorganisation bisher je getan hat“.⁵ Folgender Teil der Erklärung erregte den Anstoß: „Unter normalen Umständen können Christen in politischen Fragen verschiedener Meinung sein. Jedoch können politische und gesellschaftliche Systeme pervertieren und unterdrückend werden, so daß es mit dem Bekenntnis übereinstimmt, sich gegen sie zu stellen und für Veränderung zu arbeiten.“

Wir appellieren besonders an unsere weißen Mitgliedskirchen im Südlichen Afrika, zu erkennen, daß die Situation im Südlichen Afrika einen Status confessionis darstellt. Das bedeutet, daß Kirchen auf der Basis des Glaubens und, um die Einheit der Kirche zu manifestieren, öffentlich und unzweideutig das bestehende Apartheid-System ablehnen.“⁶ Die Kirchen in der BRD waren schockiert und ratlos. Aus taktischen Gründen sprach man nun mal – besonders betraf das die lutherischen Kirchen – den Status confessionis mit aus, drückte sich aber um die Konsequenzen. So wurde von lutherischen Kirchen in Westdeutschland alternativ zum Sonderfonds des ÖRK ein „Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung“ geschaffen.

Auf Südafrikas Christen hören!

Die Evangelische Kirche im Rheinland hatte auf ihrer Landessynode 1982 als einen der vier Hauptredner zum Thema „südliches Afrika“ den Präses der Kap-Kirche, C. Brandt, eingeladen. Auf dieser Synode wurde beschlossen, daß auch Gemeinden und Kreissynoden, die bisher den Sonderfonds des ÖRK unterstützten, dies in Zukunft per Synodalbeschluss zu lassen hätten.

Alternativ zum Sonderfonds – in Anlehnung an den „Fonds für Gerechtigkeit und Versöhnung“ – wurde ein „Namibiafonds“ gegründet, der dem Kirchenrat von Namibia zugute kommen sollte. Aber die Synode hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Der Kirchenrat von Namibia bestand darauf, daß die ihm zugedachten 300.000 DM über den Son-

derfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus überwiesen werden sollten.

Das ist der normale Ökumene-Alltag in bundesdeutschen Kirchen: Verbal erklärt man sich gegen das Apartheidregime, aber von Konsequenzen will man nichts wissen.

Wen wundert es dann, daß sich überall in Gemeinden Gruppen bilden, die die Kirche in die Pflicht nehmen wollen, die Beschlüsse ihrer internationalen Organisationen in die Tat umzusetzen?

Es geht hier auch darum, auf die Christen in Südafrika selbst zu hören. Und diese wollen zweierlei: Zum einen wollen sie Wirtschaftssanktionen gegen den Apartheidstaat. Zum anderen wollen sie die Kündigung der kirchlichen Konten bei solchen Banken, die in großem Maße in Südafrika investieren und somit eine der letzten Stützen des Regimes darstellen. Hier sind vor allem bundesdeutsche und Schweizer Banken zu nennen, allen voran die Deutsche Bank.

Für viele Gruppen und Gemeinden innerhalb der Kirche wurde es zu einem immer unerträglicheren Zustand, daß sowohl der Kirchentag als auch die Landeskirchen und fast alle kirchlichen Einrichtungen Konten bei solchen Banken unterhalten, die in größerem Maße Geschäfte mit dem Apartheidstaat machen. Es entstand ein Bewußtsein dafür, daß man selbst – ob man es will oder nicht – in ein internationales Konglomerat von Banken, Konzernen und Regierungen verflochten ist und so mithilft, das System der Apartheid weiterhin am Leben zu erhalten. Auch und gerade die Bundesregierung spielt hier eine unrühmliche Rolle, weil sie sich international als Bremsklotz gegen Sanktionen gegen das Apartheidregime betätigt.

Kein Wunder also, daß Christen, die ihren Auftrag ernst nehmen, Frieden und Gerechtigkeit zu schaffen, gerade was das Verhalten ihrer Kirchenleitungen betrifft, zunehmend sensibler werden und eindeutige Schritte fordern. Solche eindeutigen Schritte wären etwa die Kündigung aller Konten bei solchen Banken, die in großem Maße Geschäfte mit der Apartheid machen.

Für viele Südafrikagruppen und kritische Gemeinden wurde es deshalb unmöglich, innerhalb eines Kirchentages mitzuarbeiten, dessen Präsidium ein Konto bei der Deutschen Bank unterhält. So stellte sich bei denjenigen Gruppen, die in Foren oder im Markt der Möglichkeiten mitarbeiten, die Frage, ob es nicht sinnvoller sei, die Mitarbeit beim Kirchentag aufzukündigen und stattdessen außerhalb des Kirchentages eine Kampagne gegen die Apartheid durchzuführen. Diese sollte es sich zum Ziel setzen, auf das Kirchentagspräsidium derart einzuwir-

AIB-Verkäufer gesucht!



Liebe Leserinnen und Leser, wer will uns unterstützen beim AIB-Verkauf während des Evangelischen Kirchentags in Frankfurt/Main vom 17.-21. Juni? Bitte melden bei Mick Petersmann. Tel. 0221/36002-37. Unterkunft wird gestellt.

Ev. Kirchentag, 17. – 21. Juni

ken, daß dieses sein Konto bei der Deutschen Bank aufkündigt und andere kirchliche Organisationen und Personen es diesem gleich tun.

Zusätzliche Brisanz bekam die ganze Sache noch dadurch, daß das Kirchentagspräsidium am 1. November 1986 mehrheitlich einen Entschluß verabschiedete, in dem es den Erwartungen der Südafrika-Gruppen eine eindeutige Abfuhr erteilte:

„Dem Präsidium ist bewußt, daß der Skandal der Apartheid weit deutlichere Zeichen der Solidarität fordert. Die Möglichkeit dazu ist für den Kirchentag begrenzt, da er von der freiwilligen Mitarbeit unterschiedlich denkender Menschen lebt und nur durch Überzeugungsbildung Einfluß gewinnen kann.“

Das Präsidium konnte mehrheitlich nicht zu der Überzeugung kommen, daß ein völliger Abbruch von Geschäftsbeziehungen ein vom Bekenntnis gebotener, dem Kirchentag gemäßer oder im Blick auf die Aufgaben des Kirchentags verantwortbarer Beitrag zur Überwindung der Apartheid wäre.“⁷

Das ist typisch Volkskirche: Immer wird mit den „Andersdenkenden“ argumentiert, um sich vor der klaren Entscheidung zu drücken. Man will für alle da sein, auch für den Manager aus der Vorstandsetage der Deutschen Bank, dessen Kirchensteueraufkommen so manchen bekennnismäßigen Irrweg wieder gera-

de machen kann.

Daraufhin trafen sich rund 120 Gruppen aus dem Marktbereich erstmals am 30.11.1986 zu einer Beratung in Mainz und erklärten angesichts des Präsidiumsbeschlusses:

„Die Gruppen werden in den Monaten bis zum Frankfurter Kirchentag, während des Kirchentages vom 17.-21. Juni 1987 in Frankfurt und darüber hinaus eine Kampagne durchführen, um das Thema 'Südafrika – kirchliche Gelder/ Vermögen – Banken – Wirtschaftsunternehmen' zum zentralen Thema des Kirchentages und der innerkirchlichen Diskussion zu machen.

Ziel der Kampagne ist der Abbruch der Geschäfts- und Kontenbeziehungen nicht nur des Kirchentages, sondern auch der EKD, ihrer Landeskirchen, kirchlicher Werke sowie von Gemeinden und Einzelpersonen zu den Banken, die durch Kredite, Umschuldungen und Investitionen das Apartheid-System stabilisieren, namentlich die diesbezüglich – national und international – federführende Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und Westdeutsche Landesbank.

Für uns ist dies zwingende Konsequenz unserer Ablehnung der Apartheid. Selbst wenn dies 'nur' ein symbolisches Zeichen wäre, wäre es dringend geboten und wird von unseren südafrikanischen Schwestern und Brüdern immer wieder eingefordert.“⁸

Kaum war die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ so richtig angelaufen, meldete sich auch schon der Erfolg:

Auf der Sitzung des Kirchentagspräsidiums am 16.1.1987 wurde eine Delegation beauftragt, Gespräche mit der Deutschen Bank zu führen und dabei konkrete Bedingungen vorzutragen, bei deren Nichterfüllung die Konten bei der Deutschen Bank gekündigt werden müßten. In den anstehenden Umschuldungsverhandlungen mit der Republik Südafrika sollte die Deutsche Bank hinwirken auf die:

- Aufhebung des Ausnahmezustands und der Pressezensur,
- Freilassung der politischen Gefangenen,
- Erlaubnis der Rückkehr für die Exilierten,
- Zulassung verbotener politischer Organisationen einschließlich des ANC, und
- Anerkennung dieser Organisationen als Partner für Verhandlungen über die politische Gestaltung eines zukünftigen Südafrika.⁹

Als die Gespräche mit der Deutschen Bank kein Ergebnis brachten, zog das Präsidium die Konsequenz und beschloß auf einer Tagung am 16. März 1987 die Kündigung des Kontos bei der Deutschen Bank. Ein eindrucksvoller Erfolg

für die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ lange vor dem Frankfurter Ereignis und ein Beweis mehr dafür, daß der Druck von der Basis eben doch nicht erfolglos bleibt.

Für die Träger der Kampagne bedeutet dies nun aber, daß die ursprüngliche Taktik umgestellt werden mußte. Durch den Beschluß des Präsidiums war eine Kontenkündigungs-Kampagne, die den Kirchentag als eigentlichen Adressaten hat, sinnlos geworden.

Sinnvoll wurde jetzt eine weitergefaßte Kampagne, die den Kirchentag kritisch begleitet, also sowohl innerhalb des Kirchentages mitarbeitet als auch Aktionen außerhalb, etwa vor Banken, durchführt.



Kirchentag 1983: Engagement für den Frieden

Inhaltlich rückte sie nun den Abbruch aller Südafrika-Geschäftsbeziehungen durch die EKD insgesamt und die Druckausübung auf Bonn zugunsten umfassender Sanktionen stärker in den Vordergrund.

In diesem Sinn betont der Aufruf: „Die von uns geforderte Kündigung des Kirchentags-Kontos bei der Deutschen Bank ist ein Signal,

– an Kirchen und Christinnen und Christen, entsprechende Entscheidungen nicht länger aufzuschieben;

– an die Banken und Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen zu Südafrika und Namibia abzubauen;

– an die Regierung, umfassende und bindende Sanktionen zu verhängen.“¹⁰

Die Kampagne will also in Frankfurt ein unüberhörbares Signal geben, das sowohl Kirchen, Banken und Unternehmen als auch die in einer internationalen Bremserrolle verharrende Bundesregierung hören sollen.

Besonders gefordert wird aber die Kündigung sämtlicher kirchlicher Konten bei solchen Banken, die nach dem 1981 vom ÖRK aufgestellten und im Januar 1986 erweiterten Kriterienkatalog Hauptstützen des Apartheidregimes darstellen. Darunter fallen acht bundesdeutsche Banken, die zu den 20 führenden Kreditgebern für den Apartheidstaat zählen: Dresdner Bank, Deutsche Bank, Com-

merzbank, Westdeutsche Landesbank-Girozentrale, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank und die Bayerische Landesbank-Girozentrale.

Am 30. März d.J. distanzierte sich der Rat der EKD, das oberste Leitungsgremium der westdeutschen Protestanten von dem Kontenkündigungsbeschluß des Kirchentagspräsidiums. Ratsbeschlüsse haben allerdings, anders als bei der Synode, keine bindende Wirkung, sondern nur „empfehlenden Charakter“. Es bleibt abzuwarten, ob in Kürze eine Landeskirche oder die Synode sich dem Bankenboykott anschließen.

Da auf dem 22. Kirchentag in Frankfurt auch die Friedensbewegung plant, Aktionen durchzuführen, wäre hier die Chance gegeben, die Südafrika-Thematik auch als eine der Schnittstellen von Gerechtigkeit und Frieden einzubringen. Dies empfiehlt im übrigen der ÖRK für die Vorbereitung der für 1990 geplanten Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Von daher wäre es sinnvoll, daß die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ jene in ihrem Aufruf angerissenen Themen (siehe Kasten), die die Friedensbewegung unmittelbar berühren, künftig noch stärker herausstellt: etwa die Uranimporte der BRD aus Südafrika und Namibia; die Rolle Südafrikas als geostrategischer Brückenkopf im Südatlantik; die bundesdeutschen Rüstungs- und Nuklearexporte, die sich aktuell in der Atomwaffenfähigkeit Südafrikas¹¹ und dem Bonner U-Boot-Geschäft mit Pretoria ausdrücken.¹²

Sie sind von weltpolitischer Brisanz. Und sie sind neben dem wirtschaftlichen das herausragende Kettenglied im Bemühen, umfassende bundesdeutsche Sanktionen gegen den Apartheidstaat zu erzwingen.

Anmerkungen:

- 1) Erklärung des ÖRK zu Frieden und Gerechtigkeit, in: NEUE STIMME, Köln, Heft 10/1983, S. 28-32, hier S. 29
- 2) Zit. nach: K. Brade, Gottgefälligkeit oder Häresie? Im Namen des Christentums für und wider Apartheid, in: asien, afrika, lateinamerika, Berlin, Heft 14, 1986, S. 1034-1045, hier S. 1040
- 3) Ebd., S.9
- 4) Angaben nach: M. Braun, Die EKD und der Beschluß von Budapest, in: NEUE STIMME, Heft 10/1984, S. 8-12, hier S.8
- 5) Ebd., S.9
- 6) Ebd., S.10
- 7) Aus dem Beschluß des Präsidiums des DEKT vom 1.11.1986
- 8) Zit. nach: Junge Kirche, Bremen, Heft 12/1986, S. 693
- 9) Dokumentiert in: NEUE STIMME, Heft 2/1987, S. 36
- 10) Aufruf der Kampagne: „Kirchentag gegen Apartheid – Freiheit für Namibia und Südafrika.“ S.1
- 11) Vgl. AIB 11/1986, S.15
- 12) Vgl. AIB 1-2/1987, S. 4ff.

Aufruf der Kampagne Kirchentag gegen Apartheid

Der Evangelische Kirchentag 1987 in Frankfurt steht im Schatten der Deutschen Bank. Dieser Schatten reicht bis nach Südafrika und Namibia. Dort finanziert die Deutsche Bank im Verein mit der Dresdner Bank, Commerzbank und anderen bundesdeutschen Banken die Aufrechterhaltung eines Regimes, das auf der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit beruht.

In Südafrika sind 80 Prozent der Bevölkerung auf 13 Prozent des Landes zusammengepfercht. Sofern diese Menschen überhaupt Arbeit haben, liegen ihre Löhne meistens unter dem Existenzminimum. Das politische Mitspracherecht wird ihnen verweigert. Kinder werden in Gefängnisse gesteckt und Menschen erschossen, ohne daß die uniformierten Täter juristisch belangt werden. Menschen leben als billige Arbeitskräfte in eingezäunten Ghettos am Rande der „weißen“ Städte oder werden in sog. „homelands“ abgeschoben. Dieses System der Rassentrennung beruht auf der rassistischen Unterscheidung von Menschen erster, zweiter und dritter Klasse. Die Apartheid ist in der südafrikanischen Verfassung festgeschrieben und wird auch heute noch von vielen weißen Südafrikanern als gottgewollt hingestellt.

Namibia, die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika, wird von Südafrika entgegen internationalem Recht als Kolonie besetzt und verwaltet. Entsprechend wird auch in Namibia die Apartheid-Politik praktiziert. In dem von Südafrika zum Kriegsgebiet erklärten Norden des Landes ist über 2/3 der Gesamtbevölkerung eine nächtliche Ausgangssperre und Einschränkung der Bewegungsfreiheit verhängt worden. Namibia wird von Südafrika als Basis für Terrorakte, Destabilisierung und Krieg gegen die Frontstaaten (Angola, Botswana, Sambia, Mosambik, Simbabwe, Lesotho, Swasiland) benutzt.

Mit diesem Regime, das von der UNO als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt wurde, unterhalten bundesdeutsche Banken und Unternehmen (Siemens, Daimler-Benz u.a.) umfangreiche Geschäftsbeziehungen. Sie sichern der bundesdeutschen Wirtschaft finanzielle Gewinne und ermöglichen der südafrikanischen Regierung, ihr diktatorisches Regime gegen wachsenden Druck von außen aufrechtzuerhalten.

Bundesdeutsche Banken und Unternehmen (z.B. Lufthansa) füllen heute die wirtschaftlichen und finanziellen Lücken, die der Abzug anderer westlicher Firmen und Banken hinterlassen hat. Mit Wissen und Duldung der Bundesregierung verkaufen sie Rüstungsmaterial – von U-Booten über Hubschrauber zu UNIMOG-Lastwagen. Sie liefern Atomtechnologie, Elektronik und technisches Wissen, die militärisch genutzt werden können. Finanziert werden diese Geschäfte mit Handelskrediten bundesdeutscher Banken. Diese geben darüber hinaus Anleihen direkt an den südafrikanischen Staat, an Unternehmen und Banken.

Seit 1982 waren 48 bundesdeutsche Banken an solchen Anleihen beteiligt. Unter den 20 international führenden Kreditgebern für den Apartheidstaat sind acht bundesdeutsche Banken: Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank-Girozentrale, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank,



Bayerische Landesbank-Girozentrale. Seit Südafrika im September 1985 seine Rückzahlungs-Unfähigkeit erklärte, greifen vor allem bundesdeutsche Banken dem Apartheidregime durch Zahlungsaufschub und günstige Rückzahlungsbedingungen unter die Arme. Im 1. Halbjahr 1987 beteiligen sie sich an weiteren Umschuldungsverhandlungen.

1984 betrug der Gesamtwert der Anleihen, an denen bundesdeutsche Banken als Manager oder Co-Manager beteiligt waren, 1,85 Mrd DM. Allein im ersten Halbjahr 1985 betrug der Gesamtwert über 2 Mrd DM. Wie Südafrika solche Gelder nutzt, zeigen folgende Zahlen: 1984/85 betrug der Militärbudget Südafrikas 3,7 Mrd Rand, für 1986/87 wurde er auf 5,1 Mrd Rand gesteigert.

In Geschäfte mit Südafrika und Namibia verstrickt ist auch die Bundesregierung. Sie sichert sie ab durch Exportgenehmigungen und Bürgschaften und eine mangelnde Durchsetzung des UN-Rüstungsembargos gegen Südafrika. Entgegen internationalem Recht bezieht die Bundesrepublik Deutschland Uran aus Namibia. Sie verfolgt dabei nicht nur wirtschaftliche Interessen. Ihr geht es um die Aufrechterhaltung eines Außenpostens der „freien Marktwirtschaft“ und die Durchsetzung der militärischen Interessen der Nato in dieser Region.

Erstunterzeichner/innen: Ulli Hentschel (Konten kündigen jetzt) / Theo Christiansen / Heike Binne (Christen für Abrüstung – CFA) / Helga Hansi (Südafrika Bundesschuß) / Johanna Linz / Andreas Zumach / Ilse und Markus Braun (MAKSA) / Ingeborg Wick (Anti-Apartheid-Bewegung – AAB) / Doris Peschke (AK „Kein Geld für Apartheid“) / Hans Branscheid, Norbert Wagner (medico international) / Hans-Georg Döring / Hans Blum / Beatrix Spreng / Frieder Stiehler / Ulrike Johans (Christlicher Friedensdienst) / Rosemarie Bolte, Hildburg Wegener (Ev. Frauenarbeit i. Deutschland – EFD) / Edda Stelch (Projektgruppe Frauen für Südafrika) / Dirk Römer (EDCS) / Robert Kriger, Jens Junginger, Heidi Hafner (Südafrika-Stipendienfonds) / Velten Seifert (Ev. Studentengemeinde) / Anna Beltinger (Südafrika-Projektgruppe) / Ingrid Maltz / Andreas Dehmel / Andreas Schüßler (Arbeitskreis Entwicklungspolitik – AKE).

Frankfurter solidarische Gemeinden:

Gemeinde am Bügel / Gemeinde Cantate Domino / Christophorus Gemeinde / Paul Gerhardt-Gemeinde / Dunant-Gemeinde / Gemeinde Sindlingen-Süd

Die bundesdeutschen Banken arbeiten mit dem Geld ihrer Kunden. Zu diesen gehören auch die EKD, Landeskirchen, Gemeinden und Kirchenkreise, kirchliche und diakonische Einrichtungen und bislang der Deutsche Evangelische Kirchentag. Solange Christen und Kirchen sich nicht in der Lage sehen, ihre Geschäftsverbindungen zu Banken, die am Geschäft mit der Apartheid verdienen, abzubrechen, sind sie faktisch Komplizen des Unrechtssystems in Südafrika und Namibia.

Solange das der Fall ist, wirft die Deutsche Bank ihren langen Schatten auch auf diesen Kirchentag. Aus diesem Schatten herauszutreten und sich damit auf die Seite der Menschen Südafrikas und Namibias und ihrer Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO zu stellen, das ist die Forderung der Kampagne Kirchentag gegen Apartheid.

Mit unserer Forderung befinden wir uns in guter ökumenischer Gemeinschaft. Fast alle Kirchen haben erklärt: „Apartheid ist Sünde.“ Diesen Worten Taten folgen zu lassen, fällt offensichtlich besonders in der EKD schwer. Der ökumenische Rat der Kirchen dagegen hat bereits 1981 Kriterien entwickelt, an Hand derer er seine Bankbeziehungen auf die Verflechtung mit dem Unrechtsstaat hin überprüft hat. Daraufhin hat er seine Konten bei mehreren Banken, u.a. der Dresdner Bank, gekündigt.

In anderen Ländern, z.B. den Niederlanden, USA und Großbritannien, haben Christen und Kirchen durch Abbruch von Geschäftsbeziehungen zu Banken und Unternehmen dazu beigetragen, daß diese ihre Beziehungen zu Südafrika und Namibia abbrechen mußten.

Mit unserer Forderung nach dem sichtbaren Bruch zwischen Kirchen und Apartheid stützenden Banken hören wir auch auf die Bitte südafrikanischer und namibischer Partnerkirchen. „Ihr könnt nicht zwei Herren dienen“ – Gott und dem Geld, sagen sie uns mit Matthäus 6,24. Angesichts der Realität in Südafrika und Namibia fordert das eine Grundsatzentscheidung heraus, die keinen Kompromiß mehr zuläßt. „Es geht darum“, so heißt es im KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen, „ungerechte Gesellschaftsformen so zu verändern, daß Menschen einander nicht länger als Unterdrücker und Unterdrückte gegenüberstehen müssen.“ Die von uns geforderte Kündigung des Kirchentags-Kontos bei der Deutschen Bank ist ein Signal,

- an Kirchen und Christinnen und Christen, entsprechende Entscheidungen nicht länger aufzuschieben;

- an die Banken und Unternehmen, ihre Geschäftsbeziehungen zu Südafrika und Namibia abzubrechen;

- an die Regierung, umfassende und bindende Sanktionen zu verhängen.

Dieses Signal soll in Frankfurt unüberhörbar werden!

Reinhard Brückner

Weißer wählen ihr Minderheitenparlament



Trotz einer wachsenden Anzahl weißer Apartheidgegner (l.) ist bei den Wahlen die Stellung der Nationalen Partei Bothas (r.) nicht gefährdet

Am 6. Mai d.J. sollen die 3 Mio wahlberechtigten Weißen erstmals die Zusammensetzung ihrer Parlamentskammer (House of Assembly) bestimmen.

Zuletzt wählten sie 1981 – drei Jahre vor der Einsetzung des Drei-Kammer-Parlaments, das 82% der „farbigen“ und 84% der indischen Wahlberechtigten ablehnten. Die trotzdem gebildeten Kammern und gleichzeitigen Mieterhöhungen in schwarzen Townships (Vorstädten) lösten den Sturm aus, dem das Regime seit Juli 1985 mit verschärftem Ausnahmerecht begegnet.

Noch hält die seit 1947 regierende Natio-

nale Partei (NP) 127 Sitze, die 1982 wegen Ablehnung der „Reform“ von ihr abgespaltene Konservative Partei (CP) 18, die schon 1969 abgedriftete Erneuerte Nationale Partei (HNP) 1, die bislang mit der NP stimmende Neue Republikanische Partei (NRP) 5, die mit Hilfe der Wirtschaft auf verstärkte Reform drängende Progressive Föderale Partei (PFP) 27.

CP und HNP waren Mitte März d.J. noch völlig zerstritten, PFP und NRP haben sich genähert. Einige linksintellektuelle Akademiker, vor allem der burischen Elite-Universität Stellenbosch und Jour-

Umschuldung für Südafrika – Wahlhilfe für Botha

Am 24. März d.J. einigten sich Südafrika und 34 Hauptgläubigerbanken in Geheimverhandlungen in London auf ein neues Umschuldungsabkommen. Dieses Übereinkommen schließt sich an das „Interimsabkommen“ vom Frühjahr letzten Jahres an, das am 30. Juni d.J. ausläuft (vgl. AIB 5/1986, S. 8f.).

Eigentlich war die neue offizielle Verhandlungsrunde über die weitere Umschuldung erst für den April angesetzt. Die südafrikanische Regierung drängte dann aber auf einen früheren Termin.

Der Grund: Anfang Mai stehen die Parlamentswahlen der weißen Minderheit an. Bis dahin wollte die südafrikanische Regierung das Umschuldungsabkommen unter Dach und Fach haben. Die Banken machten mit. Das sei, kommentierte die südafrikanische Presse, eine Wahlkampfhilfe für die Nationale Partei.

Das neue Abkommen läuft gleich über drei Jahre bis zum 30. Juni 1990. 13 Mrd US-Dollar (\$) der gesamten Auslandsschuld von etwa 23 Mrd \$ bleiben weiter eingefroren.

Südafrika wird in diesen drei Jahren in mehreren Raten 13% der eingefrorenen Kredite zurückzahlen. eingefrorene kurzfristige Kredite können in rückzahlbare langfristige Kredite umgewandelt werden. Diese würden dann über 10 Jahre hinweg zurückgezahlt werden. Durch dieses Schlupfloch können sich zumindest kleinere Banken potentiell weiteren Umschuldungsverhandlungen ganz entziehen. Die Zahlungsverpflichtungen sind in dem Umschuldungsabkommen so angelegt, daß der Apartheidstaat ihn schwächende, einschneidende Sparmaßnahmen nicht ergreifen muß. So entsprechen die gesamten Rückzahlungsverpflichtungen für 1987 in etwa dem projektierten Leistungsbilanzüberschuß.

Politische Forderungen hätten die Gläubigerbanken nicht gestellt, sagte Südafrikas Finanzminister Barend du Plessis. „Das neue Abkommen“, so die Financial Times am 25. März 1987, „beseitigt eine Hauptunsicherheit, die über der südafrikanischen Wirtschaft hing, und wurde von Dr. Gerhard de Kock, dem Gouverneur der Reserve Bank

nalisten der NP, fordern raschere „Reformen“.

Viel diskutiert wird die Position von drei prominenten NP-Dissidenten („Wir sind nicht Anti-Nats“), darunter der Londoner Ex-Botschafter, D. Worrall, Theoretiker der Verfassungsreform, jetzt Gegenkandidat des Ministers für Verfassungsentwicklung, C. Heunis, P.W. Bothas potentiell Nachfolger. Ihr Wahl-Manifest fordert u.a. die Abschaffung des Group Areas Act (Gesetz zur Regelung rassistisch getrennter Wohngebiete), sagt aber nichts über das Population Registration Act (Einwohnermeldegesetz), das die rassistische Registrierung der „Nicht-Weißen“ erzwingt. Verhandlungen mit dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) machen sie, wie P.W. Botha, von dessen Gewaltverzicht abhängig.

Die NP wird, von links und rechts kräftig gebeutelt, weitere Scheinreformen durchzuführen, auch wenn P.W. Botha dieses oder nächstes Jahr abtritt. Die Empfehlung des dem Parlament übergeordneten Präsidialrates, weißen Städten auf Antrag einige (in Anfängen zum Teil vorhandene) gemischtrassige Wohnbezirke zu genehmigen, wird verwirklicht werden. Das entspricht der Erlaubnis, „Nicht-Weiße“ in weißen Cities Geschäfte eröffnen zu lassen, sie in weiße reformierte Kirchengemeinden aufzunehmen usw.

Der von Botha angekündigte „Nationalrat“ für Schwarze wird, wenn genügend Kollaborateure mitmachen, gebildet werden.

Die Chefminister der sechs noch nicht ausgebürgerten Homelands, 10 „Repräsentanten“ schwarzer Townships, einige Minister und 10 vom Staatspräsidenten Berufene sollen dort „Reformen“ mit-

(das ist die südafrikanische Zentralbank; J.B.) als ein sehr gutes Abkommen für Südafrika und seine Gläubiger gekennzeichnet.“ Ein sehr gutes Abkommen für den Apartheidstaat ist es mit Sicherheit.

Von bundesdeutscher Seite waren bei der entscheidenden Verhandlungsrunde diesen Jahres die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Bayerische Vereinsbank mit von der Partie. Über die 34 Hauptgläubigerbanken hinaus sind weltweit noch ca. 300 Banken von der Umschuldung betroffen, darunter auch 29 weitere bundesdeutsche Kreditinstitute.

Der Druck auf die im Südafrika-Geschäft engagierten Kreditinstitute muß noch verstärkt werden. Am bundesweiten Aktionstag am 21. Mai wird der Protest gegen die fortgesetzte Bankkollaboration mit dem Apartheidstaat sichtbaren Ausdruck erfahren. Die Kündigung seiner Konten bei der Deutschen Bank durch den Deutschen Evangelischen Kirchentag ist ein ermutigendes Signal in der BRD. Joachim Becker

beraten. Zwei, drei Schwarze werden Kabinettsposten erhalten.

Gatsha Buthelezi, Chefminister des Homelands KwaZulu und liberale Weiße der Provinz Natal werden versuchen, ihr Modell KwaNatal durchzusetzen. Nach ihrem Plan sollen die Wahlberechtigten von KwaZulu und Natal ein hundertköpfiges Unterhaus wählen. Je 10 Vertreter der Zulu (3,7 Mio auf 40 getrennten Territorien), der Inder (0,6 Mio), der Englischsprachigen, der Buren (zusammen 0,5 Mio) und solcher, die rassische Registrierung ablehnen, sollen das fünfzigköpfige Oberhaus bilden.

Die Mehrheitspartei, Buthelezis Inkatha, stellt den Ministerpräsidenten und fünf Minister, die anderen Parteien erhalten fünf Minister zusammen. Über Steuern, Bildung, Gerichte, Polizei, regionale Streitmacht usw. soll in KwaNatal entschieden werden.

Nationale Finanzen, Außenpolitik, Verteidigung usw. bleiben bei Pretoria. Das aber sagt Nein, weil angeblich die Rechte der (weißen) Minderheit nicht gewahrt sind.

Die seit Jahren geplante Föderation der „Republik Südafrika“ mit den vier zu „selbständigen“ Staaten erklärten Homelands (Transkei, Bophuthatswana, Venda, Ciskei) wird vorangetrieben werden.

Inzwischen wurde der Staatsapparat straff zentralisiert. Die bislang gewählten vier weißen Provinzräte wurden durch acht vom Staatspräsidenten eingesetzte (gemischtrassige) Exekutivkomitees abgelöst. Diesen arbeiten von den Lokalverwaltungen gebildete (gemischtrassige) regionale Dienstleistungsräte zu.

Rund 600 von Offizieren der Sicherheitskräfte geleitete nichtöffentliche Komitees des Nationalen Systems des Sicherheitsmanagements (NSMS) kontrollieren die gesamte Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie beobachten z.B. Steinewerfen in den Townships, Mietboykotts, Konflikte zwischen Schwarzen usw. Sie drängen Verwaltung und Medien zu Maßnahmen.

Dieses vom Staatspräsidenten geleitete entscheidende Gremium des Landes bilden die Chefs der Streit- und Sicherheitskräfte und einige Minister – alles „Falken“.

Die 750 Organisationen (auch einige weiße) umfassende Vereinigte Demokratische Front (UDF) nennt die Wahl der Weißen „Zeitverschwendung“. Die UDF, der schwarze Gewerkschaftsdachverband COSATU u.a., der ANC natürlich, wollen Wahlen nach dem Grundgesetz „Eine Person, eine Stimme“, um ein „nichtrassisches, nicht zerstückeltes demokratisches Südafrika“ zu bilden.

A lute continua, der Kampf geht weiter! Dieser Beitrag erscheint gleichzeitig in epd-Entwicklungspolitik 7/1987.

Bernd Schulte

Keine Rüstungszusammenarbeit mit Pretoria!

„Keine Rüstungszusammenarbeit mit Pretoria“, unter diesem Titel führte die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) vom 6.-8. März 1987 ein Seminar in Stuttgart durch. 37 Teilnehmer/innen vor allem aus der näheren Umgebung waren gekommen.

Im Mittelpunkt der Diskussionen und Aktionsplanungen stand neben dem skandalösen U-Boot-Deal (vgl. AIB 1-2/1987) das Südafrikageschäft des Rüstungsriesen Daimler-Benz. In den vergangenen Jahren hat Daimler Tausende von Unimogs an das Apartheidregime geliefert. Unter Daimlers Lizenz werden in der südafrikanischen Firma „Atlantis Diesel Engines“ u.a. Panzermotoren für die südafrikanische Armee produziert.

G. Pieri, Vertrauensfrau, die im Rahmen einer Delegation aus Gewerkschaftern und kirchlichen Mitarbeitern Produktionsstätten von Daimler-Benz in Südafrika während des letzten Sommers aufgesucht hatte, verdeutlichte in ihren Schilderungen, daß Daimler, entgegen allen offiziellen Beteuerungen, die Mechanismen des Apartheidregimes zur Schwächung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, zur Zahlung von Hungerlöhnen und ähnlichem nutzte.

Die Arbeitsgruppe Daimler-Benz stand ganz im Zeichen der Vorbereitung von Protestaktionen anlässlich der Aktionärsversammlung von Daimler am 1. Juli 1987. Wie in den vergangenen Jahren sollen wieder bekannte Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen als kritische Aktionäre auf der Hauptversammlung Redebeiträge halten. Parallel dazu werden in Stuttgart Protestaktionen durchgeführt werden.

Die Anregung, die Aktionen auf andere Städte mit Daimler-Produktionsstätten auszudehnen, fand allgemeinen Anklang. Ein Aktionsvorschlag wird im lokalen Vorbereitungsbündnis sicherlich angeregt diskutiert werden: Die Aktionäre werden mit Schwarzen, die auf einem überdimensionalen Mercedes-Stern „gerädert“ werden, konfrontiert.

Aufgrund des illegalen Verkaufs von Konstruktionsunterlagen für U-Boote an Südafrika forderten die Seminarteilnehmer/innen:

1. Gegen HDW, IKL, alle weiteren Lieferfirmen und verantwortlichen Politiker sind Strafverfahren einzuleiten. Die beabsichtigte Behandlung des Falles als Ordnungswidrigkeit, die lediglich durch Zahlung eines Bußgeldes

geahndet würde, stünde im Widerspruch zu den Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes. Nach diesem muß, wenn erheblicher außenpolitischer Schaden aufgetreten ist oder das friedliche Zusammenleben der Völker gestört wurde, strafrechtlich verfolgt werden.

2. Die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika sind abzubrechen. Zum wiederholten Male hat die diplomatische Vertretung des rassistischen Regimes gegen die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland in grober Weise verstoßen, indem sie Militärgeschäfte mit ihm abgewickelt hat.

3. Alle bundesdeutschen Rüstungsexportdaten zu Geschäften mit Südafrika sind offenzulegen.

Die AAB fordert darüber hinaus, daß die Einnahmen der Firmen HDW und IKL für das illegale Geschäft, d.h. mindestens 46 Mio DM, an die südafrikanische Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) gezahlt werden.

Die AAB wird eine Kurzdokumentation über das U-Boot-Geschäft erstellen sowie Veranstaltungen mit dem ANC, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), mit Vertretern der Frontstaaten unter Beteiligung von HDW-Betriebsräten in Rüstungszentren der Bundesrepublik durchführen. Im April 1987 wird im Norden der Bundesrepublik Deutschland ein eintägiges regionales Seminar zur Planung weiterer Aktionen zu dem U-Boot-Geschäft abgehalten.

Abschließend bleibt noch festzuhalten, daß die Aktivitäten gegen Rüstungszusammenarbeit mit Pretoria als Bestandteil des Kampfes für umfassende und bindende Sanktionen gegen den Apartheidstaat verstanden werden. Folgende auf dem Seminar eingesetzte Medien sind zu empfehlen:

„Südfrüchte aus Oberndorf“. Dieser 16mm-Film von W. Landgreber zeigt facettenreich die Geschichte eines bundesdeutschen Rüstungsexportschlagers, des G-3-Gewehres.

„Daimlers Stern in Südafrika“, eine DIA-Serie über die Rüstungstätigkeit des schwäbischen Weltkonzerns zugunsten des Apartheidstaates. Sie kann bei der AAB-Bundesgeschäftsstelle, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 und bei der AAB Stuttgart, c/o A. Mai, Trauburgstr. 28, 7000 Stuttgart 1 bestellt werden.

Illegale Waffengeschäfte?
Weit und breit nichts zu sehen...



Nico Biver

Contras in der Krise

Als am 9. März d.J. Arturo Cruz seinen Rücktritt als Chef des Contra-Dachverbandes Nicaraguanische Oppositionseinheit (UNO) bekanntgab, versuchte Elliott Abrams, US-Staatssekretär für Lateinamerikanische Angelegenheiten, die Bedeutung dieses Ereignisses herunterzuspielen: „Es ist traurig und ich bedauere es, aber es werden neue Führer entstehen, um Arturo Cruz zu ersetzen.“¹

Noch im Februar d.J., als Cruz bereits mit seinem Rücktritt gedroht hatte, klang das ganz anders. Abrams bezeichnete damals die Konsequenzen als „fürchterlich“ für die Contras, da kein anderer Führer „glaubwürdiger“ als Cruz sei.²

Verlust eines Aushängeschildes

In der Tat eignete sich Cruz hervorragend als demokratisches Aushängeschild der UNO. Diese war 1985 auf Betreiben Washingtons gegründet worden, um den somozistischen Charakter der Contras zu verschleiern.

Vor der Revolution gehörte Cruz zusammen mit Persönlichkeiten wie dem jetzigen Vizepräsidenten Sergio Ramirez und Außenminister Miguel d'Escoto der von den Sandinisten gegründeten „Gruppe der 12“ an. Nach dem Sieg bekleidete er

Ämter als Zentralbankchef und als Botschafter in den USA.

Cruz war es anscheinend leid für 7.000 \$ monatlich aus dem Weißen Haus einem Gremium vorzustehen, das weder über die Verteilung der Hilfsgelder bestimmen konnte noch einen realen Einfluß auf die Politik der Contras hatte.

Nach seiner Rücktrittsdrohung im Februar d.J. konnte er zwar die Reagan-Administration dazu bewegen, den Abgang des Somozisten und ehemaligen Leiters der Coca-Cola-Niederlassung in Managua, Adolfo Calero, aus der Dreierführung der UNO zu veranlassen. Dieser blieb jedoch weiterhin der Chef der bei weitem größten Contra-Organisation, der Nicaraguanischen Demokratischen Kraft (FDN), deren Kommandeure fast ausschließlich ehemalige Nationalgardisten sind.

Nach seinem Rücktritt erklärte Cruz, daß er erfolglos versucht habe einen Kurs zu verfolgen, der „die Glaubwürdigkeit der UNO als demokratische Alternative zur Militärdiktatur der Sandinistischen Front“ hätte sichern können.³

Wo sind die Gründe für die Führungskrise der Contras, die sich auch im Rücktritt mehrerer Kommandeure der Südfront aus der UNO – darunter am 22. März d.J. der Fernando Chamorros von der kleinen Nicaraguanischen Demokrati-

schen Union (UDN) – manifestiert zu suchen?

Sie liegen tiefer, als in Streitereien über ihre politische Linie und über die Verteilung der Gelder aus den USA und von anderswo. Die Ursachen sind vielmehr in ihrer Erfolglosigkeit und in der Krise zu suchen in die die Reagan-Administration durch die Iran-Contra-Krise gestürzt wurde (siehe AIB 4/1987, S. 4-6).

Nach sechs Jahren Kämpfen und Mio \$ an Hilfsgeldern ist es den Contras nicht gelungen, einen einzigen Quadratkilometer nicaraguanischen Bodens zu besetzen. Seit Ende 1985 konnten das Sandinistische Volksheer und die Milizen den Contras eine strategische Niederlage zufügen.

Siegeschancen schwinden

Dies wurde nicht nur durch verbesserte Kampfkraft und Bewaffnung erreicht. Trotz einer katastrophalen Wirtschaftslage konnten die Contras sich keine soziale Basis schaffen. Diese verringerte sich eher noch infolge der Beschleunigung der Landreform und der Umsiedlungsprogramme.

Allein 1986 hatten die Contras 6.000 Opfer zu beklagen. Weitere 805 an Toten und Verwundeten kamen in den beiden ersten Monaten d.J. hinzu.

Diese hohe Verlustrate hat nicht gerade die Kampfmoral der Söldner erhöht. 2.300 entschieden sich 1986 das Amnestieangebot der nicaraguanischen Regierung anzunehmen.⁴

An der Atlantikküste, wo die Contras noch über die größte Unterstützung verfügten, schwimmen ihnen ebenfalls die Felle davon. Das Voranschreiten der Autonomiepläne, die Wahl von autonomen Räten der einzelnen Volksgruppen, die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und Verhandlungen mit Teilen der indianischen Contra-Organisationen haben zu einer Entspannung der Lage geführt.

12.000 Flüchtlinge – ca. 40% der Gesamtzahl – sind zwischen 1984 und Anfang 1987 aus Honduras und Costa Rica zurückgekehrt. Jimmy Hogdson, einer der Begründer der indianischen Contra-Organisation MISURASATA, der im Januar d.J. nach Nicaragua zurückkehrte, hat versprochen, er werde versuchen, „die Rückkehr aller seiner Brüder“ zu erreichen.⁵

Den Niederlagen im Innern entsprechen auch die auf internationaler Ebene.

Dank der Iran-Contra-Affäre dürfte der Zustrom von Geldern und Waffen aus Drittländern, aus privaten Quellen und aus illegalen US-Fonds großteils zum Erliegen gekommen sein. Aber auch die offizielle Finanzierung durch die Reagan-Administration ist in Frage gestellt.

Reagan mit den jetzt zurückgetretenen Contraführern Cruz (l.) und Calero (r.)



Die Verletzung von Kongreßbeschlüssen durch das Weiße Haus und der Vertrauensverlust in die Siegeschancen der Contras haben im ohnehin jetzt von den Demokraten beherrschten Kongreß zu einem Meinungsumschwung geführt. Am 12. März d.J. stimmte das Repräsentantenhaus mit 230 zu 196 Stimmen gegen die Auszahlung der restlichen 40 Mio \$ von insgesamt 100 Mio \$, die er 1986 bewilligt hatte.

Die Abstimmung hatte allerdings mehr symbolischen Charakter, da ein Veto Reagans voraussehen war, das nur mit einer (nicht erreichbaren) 2/3-Mehrheit hätte überstimmt werden können. Angesichts des aussichtslosen Unterfangens sprach sich der Senat von vornherein gegen eine Sperrung der Gelder aus, wohl vor allem, weil sich einige Senatoren die Vorwürfe des Weißen Hauses ersparen wollten, sie würden den Vormarsch der Kommunisten fördern.

„Dies ist kein Sieg der Administration“, so Senator Robert Byrd von den Demokraten. „Dies ist eine Alarmlampe.“⁶ Thomas Foley, der Führer der Demokraten im Repräsentantenhaus erklärte: „Es gab nie einen Zweifel daran, daß die 40 Mio \$ fließen werden. Aber dies wird zeigen, daß es das letzte offizielle Geld sein wird, das an die Contras geht.“⁷

In der Tat sind die Chancen gering, daß die Hilfsgelder von mindestens 105 Mio \$, die Reagan für das Haushaltsjahr 1987/88 fordert, vom Kongreß bewilligt werden. Eine einfache Mehrheit reicht dann aus, um sie abzulehnen.

Honduraner fordern: „Contras raus!“

Angesichts solcher Aussichten beginnt auch die Begeisterung für die Contras in Honduras und Costa Rica nachzulassen. „Die Contras sind nicht länger mehr ein profitables Geschäft“, meinte das führende Mitglied der oppositionellen konservativen National Partei in Honduras, Manuel Acosta Bonilla. „Sie stellen ein zu großes Risiko dar, und keiner glaubt, daß sie gewinnen können – wer will schon auf seiten der Verlierer stehen?“⁸ Doch nicht nur in der Nationalen Partei, sondern auch in der Regierenden Liberalen Partei und selbst in der Armee mehrten sich die Stimmen gegen die Contra-Präsenz. „Niemand will sie hierhaben. Es ist eine Entscheidung der USA, nicht unsere“, beteuerte Roberto Suazo Tomé, der Mittelamerika-Verantwortliche des Außenministeriums.⁹

Wirtschaftlicher Niedergang (u.a. eine Kapitalflucht von 3,5 Mrd \$ seit 1980), die Befürchtung, in einen Krieg mit Nicaragua gezogen zu werden, die Vertreibung von 40.000 Bauern aus dem Grenzgebiet und das Abtreten der Souveräni-

tät an die Contras und die US-Streitkräfte haben zu einer Volksbewegung geführt, die sich gegen die Präsenz der Contras und der US-Truppen richtet. Die drei größten Gewerkschaften haben sich dem Ruf nach dem Hinauswurf der Contras angeschlossen. Am 5. März marschierten 30.000 für dieses Ziel durch die Straßen der Hauptstadt Tegucigalpa. Ob diese Bewegung Erfolg haben kann, ist jedoch fraglich. Denn sowohl militärisch als auch wirtschaftlich verfügen die USA noch über einige Mittel, um die Herrschenden in Honduras bei der Stange zu halten.

In Costa Rica werden die Contras schon seit längerem an einem kürzeren Zügel gehalten.

Dies hängt u.a. damit zusammen, daß Nicaragua seinen südlichen Nachbarn Costa Rica wegen seiner Unterstützung für die Contras beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt hat. Die Regierung in San José protestierte jetzt bei der US-Regierung dagegen, daß ihr Territorium für die Contra-Unterstützung benutzt wurde, wie der Tower-Bericht zur Iran-Contra-Affäre enthüllte. Sie legte zudem im Februar d.J. einen Plan zur Lösung des Mittelamerikakonflikts vor, der zwar einige Nicaraguafeindliche Bestimmungen enthält, aber von der Forderung Washingtons abweicht, daß die Sandinisten mit den Contras verhandeln sollen. Er sieht zudem eine Beendigung der Contra-Hilfe vor.

Grund genug für die Reagan-Administration, diesen Plan abzulehnen und durch Abrams der costaricanischen Regierung mitzuteilen: „Sie haben einen großen Fehler gemacht.“¹⁰

Trotz all dieser widrigen Entwicklungen ist man im Weißen Haus weiterhin nicht bereit klein beizugeben. Mit Hilfe des CIA sollen die Contras jetzt verstärkt auf wirtschaftliche Ziele angesetzt werden. Über 1.000 Contras sind bisher zu diesem Zweck in den USA ausgebildet worden.

Reagan gibt nicht auf

Mitte März d.J. wurde enthüllt, daß der CIA die Contras mit Karten, Plänen und Blaupausen über Dämme, Brücken, Elektrizitätsinstallationen und andere zivile Objekte versorgt und sie anweist, welche Ziele angegriffen werden sollen.¹¹

Am 1. April d.J. enthüllte schließlich der Miami Herald, daß der CIA zu diesem Zweck spezielle Luftlandekommandos nach Nicaragua schickt, die von El Salvador, Honduras und Schiffen vor der Küste aus geleitet werden. Ihnen würden jedoch keine US-Bürger bzw. CIA-Agenten angehören.¹² Im Rahmen dieser neuen Strategie wurden bereits mehrere Anschläge auf Strommasten durchge-

führt, darunter auf einen in der Nähe von Managua.

Zusätzlich wird im Mai d.J. das bisher größte Manöver von US-Truppen in Mittelamerika stattfinden. An den Übungen, die unter der Bezeichnung „Solid Shield“ (festes Schutzschild) laufen, und u.a. in Honduras stattfinden werden, sollen 50.000 US-Soldaten teilnehmen. Sie sollen gleichzeitig stattfinden mit einer geplanten Frühjahrsoffensive von 6.000 nach Nicaragua eingesickerten Contras und angeblich die Abwehr eines Angriffs Nicaraguas auf Honduras simulieren. Trotz der Krise der Nicaraguapolitik der Reagan-Administration kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie nach Wegen für eine direkte Invasion sucht.

Anmerkungen:

- 1) El Pais (EP), Madrid, 11.3.1987
- 2) Informationsdienst El Salvador, Westberlin, Nr. 330/13.3.1987
- 3) EP, a.a.O.
- 4) Angaben nach: Frontline, Oakland, 30.3.1987 und Le Monde, Paris, 11.3.1987
- 5) Inforpress Centroamericana, Guatemala, 19.3.1987
- 6) Time, New York, 30.3.1987
- 7) Frontline, a.a.O.
- 8) Ebd.
- 9) Ebd.
- 10) Ebd.
- 11) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 20.3.1987
- 12) Vgl. die tageszeitung, Westberlin, 3.4.1987

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!



SPD-Urlaubs-service und team reisen bieten an:

Solidaritätsreise Nicaragua

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen, Unterbringung in Doppelz. mit Halbpension.

21. Juli - 5./6. August '87

ab/bis Frankfurt/M **DM 3.279,-**

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und team reisen bieten gemeinsam an: Studienreise

Cuba für Anfänger

Eine Rundreise mit umfangreichem Fachprogramm, vielen Besichtigungen und Gesprächen.

20. Juni - 3./4. Juli '87

ab/bis Berlin-Schönefeld **DM 2.912,-**

Studienreise durch die West- und Mitteltürkei

Wir bieten u.a. Orientierungsfahrten durch Istanbul und Ankara; wir besichtigen Ephesus, die berühmte Stadt der Antike und weitere Sehenswürdigk. in der Kulturregion Kleinasien.

26. Juni - 10. Juli '87

02. Okt. - 16. Okt. '87

Grundpreis ab/bis Berlin **DM 1.862,-**

**Bitte Infos anfordern!
Rechtzeitig Plätze sichern!**

**Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20**



Polizeiaufmarsch in Guatemala-Stadt (l.); Staatsbesucher Weizsäcker (r.)



Franz Bushin

Der Weizsäcker-Besuch in Guatemala Enger Manövrierraum Cerezos

Ende März d.J. besuchte mit Richard von Weizsäcker erstmalig ein Bundespräsident Guatemala. Zuvor hatte er zwei weiteren lateinamerikanischen „jungen Demokratien“, Argentinien und Bolivien eine Staatsvisite abgestattet.

Daß die Besuchswahl auf Guatemala und nicht auf ein anderes mittelamerikanisches Land fiel, ist kein Zufall. Guatemala wird seit dem 14.1.1986 von dem Christdemokraten Vinicio Cerezo regiert. Er ist der erste zivile verfassungsmäßige Präsident Guatemalas seit 20 Jahren.

Im regionalen Kontext betreibt die Regierung Cerezo eine vergleichsweise auf Entspannung nach außen zielende Politik. Da Guatemala innerhalb des mittelamerikanischen Konfliktes nicht so hoffnungslos abhängig von den USA ist wie seine Nachbarn Honduras und El Salvador, gilt das Land für die Westeuropäer, insbesondere für die Christdemokraten, als willkommene und unterstützungswürdige Option gegenüber dem Modell Nicaragua.

Die seit 1982 in Guatemala neu eingeschlagene Strategie der Verbindung von Aufstandsbekämpfung und Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit ist in gewisser Weise eine Reaktion auf den sandinistischen Triumph (1979) und das Erstarren der guatemaltekischen Guerilla 1981. Sie erhielt unter der Übergangsregierung von General Mejía Víctores und seinem geschickten Außenminister Andrade (der kürzlich zum Sprecher der „Gruppe der 77“ (Entwicklungsländer) in der UNO gewählt wurde) ihre ent-

scheidende Prägung.

Und sie wurde bereits 1985 mit einer Erhöhung der jahrelang stagnierenden bundesdeutschen Entwicklungshilfe auf 14 Mio DM honoriert.

Der Erfolg von Cerezos Außenpolitik ist unübersehbar. Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Spanien (abgebrochen nach dem Feuerüberfall von Sicherheitskräften auf die von landarmen Campesinos besetzte spanische Botschaft in Guatemala am 31.1.1980 mit 39 Todesopfern) und Großbritannien (seit der Unabhängigkeitserklärung Belizes am 21.9.1981 unterbrochen) haben die Isolierung durchbrochen und die Beziehungen zu Westeuropa auf ein solideres Fundament gestellt.

Dies zu demonstrieren war auch Zweck der Westeuropa-Reise Cerezos im vergangenen Oktober, die 224 Mio \$ an Hilfszusagen und 60 Mio \$ an Darlehen einbrachte.¹

Salonfähig für Westeuropa

Die Wiederherstellung von Beziehungen zu Großbritannien im Dezember 1986 ist u.a. deshalb von Bedeutung, weil sie gegen den Widerstand rechterer Kreise Guatemalas erfolgte.

Das Ziel in dieser Frage ist, auf lange Sicht eine Einigung im Konflikt um die von den Rechten für Guatemala beanspruchte ehemalige britische Kolonie Belize zu erreichen und so den Weg zu Handelsbeziehungen mit den englischsprachigen Karibikländern zu ebnen.

Einen besonderen Stellenwert nimmt die von Cerezo betriebene Politik der „aktiven Neutralität“ ein, innerhalb derer er sich bislang von dem US-treuen Tegucigalpa-Block (Costa Rica, Honduras, El Salvador) absetzt und die Integration Nicaraguas bei den regionalen Verhandlungen verlangt.

Dies hat Guatemala 1986 die Kürzung der US-Militärhilfe von 5 auf 2 Mio \$ gekostet.² Die Politik der „aktiven Neutralität“ ist mitbestimmt von der Aufrüstung der beiden südlichen Nachbarn Honduras und El Salvador durch die USA und andererseits von der Mittelamerikapolitik des nördlichen Nachbarn Mexiko.

Neutralität bedeutet für die Regierung Cerezo auch, daß die Contra, insbesondere ihr ziviler Arm, die Nicaraguanische Oppositionseinheit (UNO), ungehindert in Guatemala agieren darf. Im Juli 1986 wurde die Jahresversammlung der UNO in Guatemala-Stadt abgehalten.

Das verstärkte Treiben der Contra in Guatemala bleibt nicht folgenlos: Mitte Dezember 1986 verkündete die rechts-extreme MLN-Partei, daß sie über 8.000 trainierte Freiwillige verfüge, die gegen Nicaraguas Regierung zu kämpfen bereit seien.³ Anfang Februar d.J. wurde eine öffentliche Demonstration der UNO in Guatemala-Stadt anlässlich der dort stattfindenden Tagung von EG, Contadora-Gruppe und den mittelamerikanischen Ländern über europäische Entwicklungshilfe für Mittelamerika von den Behörden genehmigt.

Die in der guatemaltekischen Nationa-

len Revolutionären Einheit (URNG) zusammengeschlossene Guerilla enthüllte im Februar d.J., daß Guatemala als Wafenumschlagplatz für die Contra⁴ und private Fincas (Großgrundbesitz) als Ausbildungs- und Trainingszentren genutzt werden. Auch der mächtige Unternehmerverband CACIF fühlte sich animiert, Cerezo zu einer Angleichung seiner Außenpolitik an den Tegucigalpa-Block aufzufordern.⁵

Es stellt sich die Frage, ob Cerezo sein außenpolitisches Kapital in innenpolitische Terraingewinne ummünzen kann. Anfang 1987 ist der vorherige Generalstabschef, General Hector Gramajo als Verteidigungsminister ins Kabinett aufgerückt. Er entstammt der „Junta de Comandantes“, die 1982 Ríos Montt an die Macht geputscht hatte und lehnt Abenteuer gegen Nicaragua ab.

Seine neueste Berufung kommt einer Konsolidierung der Beziehungen von Christdemokratie und Militärs gleich. Zu den Spielregeln dieser beiden Bündnispartner gehört, daß die Bestrafung von Militärs für Menschenrechtsverbrechen nicht zur Debatte steht.

Von rechts sieht sich die Regierung in letzter Zeit durch die Formierungsversuche der Rechtsextremen und den Widerstand der Unternehmer (CACIF) gegen vermehrte Staatsausgaben, Exportkontrollen und Duldung der Volksbewegung herausgefordert.

Wiedergeburt der Volksbewegung

Die andere Seite der innenpolitischen Medaille ist die deutlich zunehmende Stärke der Massenbewegung.

Anfang Februar d.J. wurde völlig überraschend ein „Pakt der Aktionseinheit“ zwischen zwei Gewerkschaftsdachverbänden, der kämpferischen, 1985 gegründeten Gewerkschaftseinheit der Werktätigen Guatemalas (UNSI-TRAGUA) und der bislang durchaus nicht so konsequenten, 1983 gegründeten Konföderation der Gewerkschaftseinheit Guatemalas (CUSG), sowie zwei Einzelgewerkschaften geschlossen. Deren Basis zusammengenommen zählt etwa 45.000 Mitglieder.⁶ Daneben haben gemeinsame Aktivitäten der verschiedenen Lehrgewerkschaften gegenüber der Regierung zu dem Arbeitsplatzzerfall von 500 „Erziehungssupervisoren“ geführt.

Die Landreformbewegung des Padre Andrés Girón an der Südküste ist mittlerweile ein nationales Thema (außer bei der Regierung) und findet in verschiedenen anderen Landesteilen Nachahmer. Innerhalb der Landbewegung fassen viele landlose bzw. landarme Campesinos erneut Mut, sich für ihre Rechte einzusetzen.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte

entspricht der Politik der konzertierten Aktion der Regierung Cerezo mit den Militärs die Politik der Nadelstiche gegen die Menschenrechtsorganisation Gruppe für gegenseitige Unterstützung (GAM). Die GAM soll mit ihrer Forderung nach einer gemischten unabhängigen Untersuchungskommission für die Verschwundenen links liegen gelassen werden. Dafür wurde ein parlamentarischer Menschenrechtsausschuß geschaffen, der zumindest solange ein Fassadenschwindel bleibt, wie er keine effektiven Untersuchungen vornimmt bzw. man ihn diese nicht vornehmen läßt.

Massenmorde ungesühnt

Von der Regierung wird zum einen eine Spaltung der GAM behauptet. Zum anderen wird sie betrieben, indem GAM-Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile und Stipendien für Kinder von Verschwundenen angeboten werden, wenn sie den „muerte presunta“ (mutmaßlicher Tod) ihrer verschwundenen Angehörigen erklären. Ein in der allgemeinen Krise probates Mittel, sich das Problem der Verschwundenen und damit der Spannungen mit den Militärs vom Hals zu schaffen.

Die Grenzen der Regierungsmacht belegt auch das Weitermorden der Todesschwadronen, ohne daß die Behörden etwas gegen die Verantwortlichen unternehmen. Im ersten Jahr der Zivilregierung wurden nach Angaben der Menschenrechtskommission Guatemalas (CDHG) 463 Menschen ermordet. Weitere 126 verschwanden.⁷

Einen Dialog mit der URNG schließt Cerezo aus, solange die Aufständischen die Waffen nicht niederlegen. Die URNG lehnt dies jedoch ab, solange nicht die sozialen Ursachen für ihren Kampf beseitigt sind und die Menschenrechtsverletzungen bestraft werden.

Der illegalisierten kommunistischen Guatemalteken Partei der Arbeit (PGT) bot Cerezo eine legale Existenz an, um damit die URNG zu isolieren. Dieses Manöver schlug jedoch fehl, denn die PGT „unterstützt entschieden die aufeinanderfolgenden Initiativen und Vorschläge des Oberkommandos der URNG, ... die die Bedingungen schaffen, um den Anfang von Gesprächen zwischen der bewaffneten revolutionären Bewegung und der Zivilregierung zu ermöglichen“.⁸

In dieser Situation bezweckte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, begleitet von dem neuen Hausherrn des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Hans Klein, mit seinem Staatsbesuch die „junge Demokratie“ Guatemalas zu festigen. So kommt Guatemala in den Genuß einer

Erhöhung der Entwicklungshilfeneuversagen auf 53 Mio DM für 1987 gegenüber 38 Mio DM für 1986. Der Betrag teilt sich in 40 Mio DM Finanzhilfe zu besonders günstigen Bedingungen⁹ und 13 Mio DM nicht rückzahlbarer technischer Hilfe auf.

In diesen Ziffern nicht enthalten, ist die in der Bundesrepublik heftig umstrittene Polizeihilfe von etwa 10 Mio DM aus dem Haushalt des BMZ. Nach der technischen Aufrüstung der Polizei (mit Polizeifahrzeugen im Wert von ca. 5 Mio DM), deren Chef Armeecoroberst Julio Caballeros sich an der blutigen Aufstandsbekämpfung in der Region El Quiché beteiligte, steht für 1987 die Ausbildungshilfe (ca. 5 Mio DM) mit der Entsendung von Polizeioffizieren in die BRD ins Haus.¹⁰

Gerade die starken Proteste der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gegen diese Hilfe für eine Polizei, die mit dem Militär verstrickt ist, sind ein Motiv für den Bundespräsidenten gewesen, auch das Menschenrechtsthema in Guatemala akzentuierter anzuschneiden, als es vielleicht dem BMZ recht ist.

Er sagte, daß Gewalt und Rechtlosigkeit auch noch in die Gegenwart hineinwirkten. Es gehöre zu den Bewährungsproben jeder Demokratie, das Recht zu achten und für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.¹¹

Obleich der Bundespräsident sich auch mit der GAM traf, nahm er in seinen offiziellen Ansprachen allerdings keine ihrer Forderungen auch nur ansatzweise auf, sei es die nach der Bestrafung der für Völkermord und Menschenrechtsverbrechen verantwortlichen Militärs, sei es die nach der Einrichtung einer parlamentsunabhängigen Untersuchungskommission.

Damit war sein Menschenrechtsdiskurs keineswegs so sensationell bzw. originell, wie es die Medien vermittelten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Cerigua, Vistazo Mensual, Managua, Oktober 1986
- 2) Vgl. Noticias de Guatemala, Mexico, Februar 1987. Die Militärhilfe aus den USA wird im Mai d.J. bei Cerezos Staatsbesuch in die USA vermutlich wieder die alte Höhe erreichen.
- 3) Vgl. Prensa Libre, Guatemala, 16.2.1986
- 4) Vgl. Inforpress, Guatemala, 12.2.1987 und Enfoprensa, Zürich, 13.-19.3.1987. Der neue Generalstabschef Caceres Rojas wird beschuldigt, in den Waffenschmuggel, der in Portugal seinen Anfang genommen hat, verwickelt zu sein.
- 5) Vgl. Enfoprensa, 13.-19. Februar 1987
- 6) Vgl. Inforpress, 19.2.1987
- 7) Angaben nach: Inforpress, 5.2.1987
- 8) Cerigua, 17.-24.1.1987
- 9) Davon 50% als Warenhilfe und der Rest für ein Straßenbauprojekt; vgl. Die Tageszeitung, Westberlin, 27.3.1987
- 10) Zu dieser Delegation soll Julio Caballeros gehören.
- 11) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.1987

Andreas Krajczek

Neuaufschwung der Oppositionsbewegung



Massendemonstration in Kwangju 1986 für eine demokratische Verfassung

Der Foltertod des Studenten Park Chong Chol, von Polizeikräften zusammengeschlagene Teilnehmer antidiKTatorischer Großdemonstrationen sowie Verhaftungen führender Oppositionspolitiker kennzeichnen die innenpolitische Situation Südkoreas in den ersten Monaten dieses Jahres. Im Jahr vor den olympischen „Friedens“-Spielen in Seoul erlebt der Widerstand gegen das Regime einen neuen Aufschwung.

Der gewaltsame Tod des Studenten Park am 14. Januar d.J. war das auslösende Moment für landesweite Protestaktionen, an denen sich mehrere zehntausend Koreaner beteiligten. Zugleich richtete er das Augenmerk auf das Vorgehen des Chun-Doo-Hwan-Regimes gegen die Oppositionsbewegung im Lande.

Foltermord – kein Einzelfall

Von offizieller Seite wurde dieser bekanntgewordene Foltertod als Einzelfall heruntergespielt, als „grausamer Akt“, der „nie mehr vorkommen werde“. So der wegen dieses Vorfalls zurückgetretene Innenminister Kim Jong Ho.

Zudem schickte sich das Regime an, die „Schuldigen“, die beiden Polizeioffiziere Kang Jin Kyu und Cho Han Kyung

vom Dienst zu suspendieren, zu verhaften und unter Anklage zu stellen, während der Präsident Chun Doo Hwan die Vorkommnisse zutiefst bedauerte.

Die Errichtung einer Kommission zur „Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte“ wurde sogleich angeordnet. Und eine mehrtägige Sondersitzung der Nationalversammlung setzte sich mit dem Todesfall auseinander. Dabei kamen auch viele andere ungeklärte Fälle von „Selbsttötungen“ politischer Gefangener und das Verschwinden von über 50 Personen zu Sprache.

So ungewöhnlich das freimütige Bekenntnis der Regierung auch gewesen sein mag, nach Darstellung der Opposition sind Verhaftungen aus politischen Gründen sowie die Folter als Verhörmethode an der Tagesordnung: Allein in den letzten drei Monaten seien 238 Personen ohne Haftbefehl festgenommen worden und unzählige von der Geheimpolizei, dem „Amt für Nationale Sicherheitsplanung“, gefoltert worden.

Amnesty international schätzt die Zahl der politischen Gefangenen auf 1.900. Aufschlußreich ist auch die Reaktion des Regimes auf die im Zusammenhang mit dem Foltertod durchgeführten Protestkundgebungen.

Am 7. Februar d.J., dem von der Opposi-

tionsbewegung ausgerufenen „Volks-trauertag“ waren landesweit rund 70.000 Polizisten aufgeboten, um jeglichen Protest im Keim zu ersticken. Zuvor waren bereits über 2.000 Personen vorbeugend arrestiert worden. Bei regelrechten Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei wurden zahlreiche Personen verletzt und – offiziellen Angaben zufolge – 799 Demonstranten verhaftet.¹

Dies ist offensichtlich alles andere als ein moderates Vorgehen der Regierung. Hinter den Massenprotesten stand schließlich nicht nur die Empörung über den Foltertod. Der Todesfall verhalf auch der zuvor etwas abgeflauten Protestbewegung für eine neue und demokratische Verfassung zu neuem Auftrieb.

Am 30.4.1986 hatte Präsident Chun überraschend angekündigt, er werde sich an der von der Opposition geforderten Diskussion über eine Verfassungsänderung beteiligen. Er reagierte damit auf den starken Druck der Bevölkerung wie des Auslands, Südkorea endlich zu demokratisieren.

Die Oppositionsbewegung wollte zuvor über eine Unterschriftenaktion, die für die Volksabstimmung erforderlichen 10 Mio Unterschriften sammeln, um die Regierung zu einer Verfassungsreform zu zwingen. Obwohl Chun im Februar 1986 der Opposition versprach, die Unterschriftensammlung nicht zu behindern, wurden 760 an ihr beteiligte Personen ins Gefängnis geworfen.

Aber schließlich – nach gewaltigen Massendemonstrationen – sicherte der Vorsitzende der regierenden Gerechtigkeitspartei (DJP), Roo Tae Woo, sogar zu: „Die Verfassungsänderung garantiert dem Volk eine freie Wahl der Regierung.“²

Im Juli 1986 kündigte Chun seinen Rücktritt für 1988 an und sagte die Förderung eines Kompromisses für die von der Opposition geforderte Verfassungsänderung zu.

Tauziehen um Verfassungsreform

Bereits im August 1986 stellte sich aber die Kompromißbereitschaft des Regimes als gespielt heraus.

Während die Opposition für ein Präsidialsystem mit einem in allgemeiner Wahl direkt durch das Volk bestimmten Staatsoberhaupt eintrat, favorisierte der von Mitgliedern der DJP erarbeitete Verfassungsentwurf die Wahl des Präsidenten durch das Parlament. Der Entwurf sah vor, daß ein Präsidentschaftskandidat vor seiner Bewerbung mindestens fünf Jahre lang ohne Unterbrechung in Südkorea gelebt haben muß.

Der führende Oppositionspolitiker Kim

Fortsetzung S. 47

AIB

Sonderheft 2/1987 2,50 DM

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT



Hunger ist kein Schicksal

- AFRIKAHILFE
- AGROBUSINESS
- FALLBEISPIELE
MOSAMBIK
ÄTHIOPIEN
BURKINA FASO



Inhalt

| | |
|---|--------|
| <i>Peter Wahl</i> Hunger – das Übel an der Wurzel packen! | II |
| <i>Marianne Kolter</i> Hunger – kein bloßes Katastrophenthema | III |
| Hungerfaktor Waldvernichtung | IV |
| Hungerfaktor Verschuldung | VII |
| <i>Petra Sittig</i> Nahrungsmittel als Waffe | VIII |
| <i>Joachim Becker</i> Agrobusiness in Afrika | XI |
| <i>Hanne Denk</i> Fallbeispiel Kenia. Multis untergraben die Selbstversorgung | XIII |
| <i>Georg Diederichs</i> Hungernothilfe und das UNO/FAO-Konzept | XIX |
| <i>Randolph Braumann</i> Sonderfall Äthiopien | XXII |
| <i>Jean Ziegler</i> Die Umsiedlung nicht isoliert sehen | XXIV |
| <i>Joachim Becker</i> Fallbeispiel Mosambik/Simbabwe | XXVI |
| Nothilfe für Mosambik | XXVII |
| <i>Claudia Liebst-Maron</i> Burkina Faso – Selbsternährung hat Vorrang | XXVIII |
| Burkina-Faso-Daten | XXIX |
| <i>Hanne Denk, Petra Sittig</i> Hunger und Afrikahilfe – eine Literaturübersicht | XXX |

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21 / 2 46 72

ASK (Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069 / 70 90 60. Sprecher: Prof. Dr. Erich Wulff

Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Brönnler (AIB), Peter Wahl (ASK)

Redaktion: Wolfram Brönnler (Chefredakteur), Nico Bliwer (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebteha, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: H. Czapok, H. Denk, C. Liebst-Maron

Redaktionschluss: 3. April 1987

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH., Postfach 510668, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl.

Vertrieb: Telefon 02 21 / 36 002 - 0

Konten: Postgirokonto Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98)

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelfheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Preis der Sonderhefte/Nebenblätter 2,50 DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

Anzeigen: Volksuni, Antimilitarismus Information, Verlag Kiepenheuer & Witsch

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: C. Liebst-Maron, V. Maier, FAO, UNFPA, natur, BMZ, NACLA, AIM, Afrique-Asie, AiB-Archiv

Hunger: das Übel an der Wurzel packen!



Dieser Widerspruch! Auf der einen Seite sind sich quer durch die politischen Lager alle – oder fast alle – Leute einig, daß der Hunger in der Dritten Welt ein Schandfleck der zivilisierten Menschheit ist – sogar der Papst und Helmut Kohl sehen das so!

Auf der anderen Seite bleiben all die Reden, Bekenntnisse, die Erschütterung, die Empörung auf entsetzliche Weise folgenlos. Mehr noch, es wird alles noch schlimmer.

Die täglichen 40.000 Hungertoten sind noch lange nicht der Tiefpunkt. Vor einem Vierteljahrhundert, 1962, beschloß die UN-Ernährungsorganisation FAO ein weltweites Programm, demzufolge bis 1980 die Menschheit von der „Geißel des Hungers“ befreit werden sollte. Die grüne Revolution sollte das werden.

Die ist nun gescheitert, die Folgen sind bekannt. Und wenn es so weiter geht, werden in nochmals 25 Jahren nur noch die Hälfte der dann 6 Mrd Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika etwas zu essen haben.

Und da hilft keine Erschütterung angesichts der Bilder von Hungerbäuchen und zum Skelett abgemagerter Gestalten, selbst wenn sie echt ist. Da hilft keine Luftbrücke und keine Milchpulversammlung.

Damit kein Mißverständnis aufkommt: Natürlich muß man in akuten Hungersnöten helfen. Natürlich ist ein „Tag für Afrika“ gut, wenn auf diesem Weg Menschen vor dem Hungertod gerettet werden.

Und es ist sogar noch besser, wenn hierzulande der eine oder die andere auch etwas dabei kapiert haben.

Aber damit wird der Hunger nicht aus der Welt geschafft. Allenfalls wird in spektakulären Einzelfällen eine Linde-

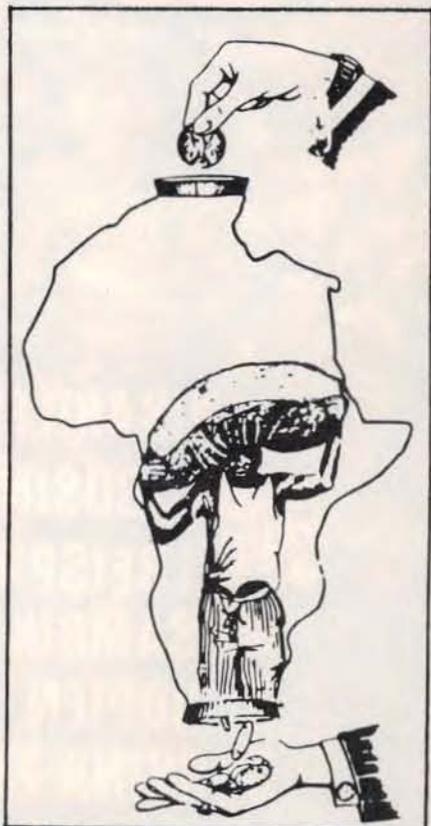
rung erzielt – der berühmte Tropfen auf den heißen Stein! Was aber not tut, das ist, das Übel an der Wurzel zu packen, die Ursachen des Hungers zu beseitigen.

Die Ursachen – das ist natürlich nicht das Wetter, zuwenig Regen oder zuviel Regen und seine Folgen, z.B. die Erosion. Die Probleme liegen auch nicht im technologischen Bereich, oder bei agrartechnischen Methoden. Da werden zwar manche Fehler gemacht und vieles wäre zu ändern – aber verhungern müßte deshalb noch lange niemand.

Die Wurzel des Hungers liegt vielmehr in den ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnissen, in die die Dritte Welt hineingezwungen wurde und die ihr auch heute noch immer aufgezwungen werden: Kolonialismus und Neokolonialismus.

In Jahrhunderte andauernder Kolonialherrschaft wurden die gewachsenen Strukturen der afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Gesellschaften zerstört. An ihre Stelle traten deformierte, an den Bedürfnissen des „Mutterlandes“ ausgerichtete Ökonomien, deren Ressourcen (vorneweg die menschlichen) rücksichtslos ausgebeutet wurden. Hier liegt die Wurzel von dem, was der blasse Begriff Unterentwicklung bezeichnet.

Und diese deformierten, schwachen, unterentwickelten Ökonomien sind heute dem Zugriff transnationaler Konzerne ausgeliefert, deren Umsatz oft ein



Vielfaches des ganzen Bruttosozialproduktes eines solchen Landes ausmacht. Dann sind da noch die Banken – die können sogar ein großes Dritte-Welt-Land am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Die Schulden der Dritten Welt belaufen sich auf 1 Bio \$! Und dabei verhungern eben einige – und das nicht nur im übertragenen Sinn.

Den Rest erledigen die Mechanismen des freien Weltmarktes, der ungleiche Tausch, die Währungs- und Preisschwankungen, kurzum all das was den ordinären Kapitalismus ausmacht. Was uns hier in Nadelstreifen, mit gesitteten Manieren und sozialstaatlich abgedeckt entgegentritt – in der Dritten Welt zeigt sich sein wahres Gesicht.

Im Klartext: Freie Marktwirtschaft, wie die Propaganda den Kapitalismus umschreibt, tötet tagtäglich 40.000 Menschen. Und wenn die Opfer sich wehren, dann sind die zur Stelle, die direkt killen, ohne den Umweg über die Ökonomie. Die Contras, die Söldner, die Stellvertreterregimes, die 5., die 6. und die 7. Flotte, die Schnelle Eingreiftruppe und wie sie nicht alle heißen.

Die schießen dann die Ernten in Brand und schlachten das Vieh. Oder sie verhindern, daß es überhaupt erst zur Aussaat kommt, zwingen ein armes Land, seine knappen Ressourcen in Verteidigungsanstrengungen zu stecken. Nicaragua weiß ein Lied davon zu singen, desgleichen Angola, Mosambik und Vietnam, und, und, und...

Wenn wir also gegen den Hunger mehr als moralische Entrüstung und karitative Hilfe ins Feld führen wollen, müssen wir hier ansetzen: bei den Killern. Wir müssen sie und ihre Apparate abschaffen. D.h. Abrüstung muß her, Konflikte müssen politisch und nicht militärisch gelöst werden.

Dann muß den ökonomischen Wurzeln des Killersystems das Wasser abgegraben werden. Für die Dritte Welt heißt das konkret: sofortige Schuldentilgung, eine Entwicklungspolitik, die die Selbsternährungsfähigkeit der Hungergefährdeten erhöhen hilft, Etablierung einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung. Und perspektivisch: Umwälzungen (Umwälzung heißt auf lateinisch „revolutio“) ungerechter Macht- und Eigentumsverhältnisse.

Damit das langfristig abgesichert ist und nicht jederzeit wieder rückgängig gemacht werden kann, müssen wir auch hier bei uns auf die Umwälzung in den neokolonialen Metropolen hinarbeiten. Dies ist die effektivste Form, in der wir dem Hunger in der Welt entgegentreten können.

Peter Wahl



Marianne Kolter

Hunger – kein bloßes Katastrophenthema

Hunger füllt Seiten und Spalten immer dann, wenn spektakuläre Hunderttausende oder gar Millionen vom Verhungern bedroht sind. Diese Behandlung des Themas verkürzt notwendigerweise „Hunger“ zum Katastrophenthema.

Hierin liegt die Gefahr, daß Hunger als plötzlich hereinbrechender, unabwendbarer Schicksalsschlag begriffen wird. Doch dem ist nicht so.

Hunger oder besser Mangelernährung ist

zum einen eine dauerhaft auf allen drei Entwicklungskontinenten vorhanden und fordert stets seine Opfer. Zum zweiten sind Zuspitzungen dieser konstanten Situation zu Katastrophen – wie sie etwa 1984/85 in Afrika eintraten – schon lange Zeit, oftmals Jahre vorher vorauszusehen.

Zum dritten ist Hunger unter den heutigen Bedingungen auf dieser Erde zu verhindern. Wenn Menschen hungern, liegt

Hungerfaktor Waldvernichtung



Afrika halt die Weltspitze in der Waldvernichtung: jede Minute sind es 80 ha

„Bäume bedeuten Wasser, Wasser bedeutet Brot, Brot bedeutet Leben.“ Dieser eingängige Slogan der indischen Umweltschutzbewegung Chipko (siehe AIB 10/1986, S.39) gilt auch für große Teile Afrikas. Ja mehr noch: Wie auf keinem anderen Kontinent wird gerade hier der enge Zusammenhang von fortschreitender Vernichtung tropischer Wälder, Bodenerosion, Dürre und Hungersnöten deutlich.

Afrika ist der Kontinent mit dem höchsten Anteil von Hungernen und Unterernährten an der Gesamtbevölkerung. Gleichzeitig hat Afrika aber auch die höchsten Verluste an tropischem Wald. Bedingt ist dies vor allem durch einen für transnationale Konzerne äußerst profitablen Edholzeinschlag, den Landhunger einer schnell wachsenden Bevölkerung, einen extrem hohen Verbrauch an Brennholz und die Ausbreitung devisenträchtiger Exportkulturen in der Landwirtschaft (z.B. Kakao, Kaffee, Kautschuk, Bananen, Ananas, Tabak, Tee und Zuckerrohr).

Von den ursprünglich über 2 Mio qkm tropischer Wälder in Afrika sind bis heute etwa 2/3 vernichtet worden. Zahlreiche Staaten haben bis zu 90% ihrer Waldflächen kahlgeschlagen, so z.B. Äthiopien, Madagaskar, Ghana, Sierra Leone und Nigeria. In der Republik Elfenbeinküste sind 3/4 der Regenwälder vernichtet worden, allein zwischen 1956 und 1976 eine Waldfläche von 75.000 qkm. Und selbst der dichte Urwald im Kon-

go-Becken von Zaire ist bereits zur Hälfte zerstört.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß in Afrika allein 3/4 des gesamten Holzeinschlags in Form von Brennholz und Holzkohle verfeuert wird. In Nigeria sind das jährlich 95 Mio Kubikmeter, in Tansania 35 Mio, in Äthiopien 25 Mio Kubikmeter Holz.

Die auf diese oder andere Weise stark dezimierten Wälder können ihre natürliche Funktion als Wasserspeicher und Erosionsschutz nicht mehr wahrnehmen. Die Folgen sind Dürre, fortschreitende Verwüstung und weitere Hungersnöte, da immer größere Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung und damit der Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln verloren gehen.

Ein Stopp der weiteren Entwaldung sowie massive Wiederaufforstungsprogramme wären daher für den Erhalt noch bestehender bzw. die Gewinnung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen dringend geboten. Dabei müßten die Bereitstellung alternativer Energiequellen ebenso wie eine mit dem natürlichen Wald kombinierte, auf Schonung des Ökosystems bedachte Anbaumethode als flankierende Maßnahmen berücksichtigt werden.

Jedenfalls könnte so zumindest ein Beitrag im Kampf gegen den Hungertod in Afrika geleistet werden. Denn: „Bäume bedeuten Wasser, Wasser bedeutet Brot, Brot bedeutet Leben.“
Georg Diederichs

für Darminfekte. Spezifische Mangelkrankheiten (Kwashiorkor, Marasmus) und Erblindung gehören zum Alltag in Hungerregionen.

Besonders betroffen sind hiervon die Kinder, deren hohe Sterblichkeitsrate auf ungenügende Versorgung zurückzuführen ist. In einigen Entwicklungsländern sind 30-40% aller Todesfälle Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Doch von Geburt an unterversorgte Kinder erreichen – wenn sie überleben – durch Wachstumsschäden und die Schädigung des Gehirns in den ersten vier Lebensjahren auch als Erwachsene nie volle Leistungsfähigkeit.²

Weltweit stieg die Nahrungsmittelproduktion von 1950-80 um 250%, während die Weltbevölkerung nur um 170% zunahm.³ Doch mehr als 50% werden in kapitalistischen und sozialistischen Staaten Europas und in Nordamerika verbraucht, nur knapp 50% in den Entwicklungsländern, wo 70% der Weltbevölkerung leben.⁴

Dennoch hat es in Asien und Lateinamerika einige Fortschritte bei der Versorgung der Bevölkerung gegeben, während in Afrika pro Kopf heute weniger Nahrung zur Verfügung steht als 1960. Dies entspricht dem allgemeinen Trend, nach dem das subsaharische oder Schwarzafrika die größten Entwicklungsdefizite aufzuweisen hat.

In den Staaten des nördlichen Hungergürtels Afrikas – Sudan, Äthiopien, Tschad, Mali, Niger, Mauretanien, Burkina Faso – sowie des südlichen Hungergürtels – Mosambik, Angola – waren Mitte dieses Jahrzehnts 19,3 bzw. 3 Mio vom akuten Hungertod bedroht.⁵ Auch in anderen Staaten des Kontinents waren Millionen von schwerer Mangelernährung betroffen, die über die „übliche“ permanente Unterversorgung noch hinausging.

Maleur ungleiche Verteilung

Verantwortlich gemacht wurde für diese Katastrophe eine jahrelange Dürre. Doch schon ein Beispiel zeigt, daß dies allenfalls eine zwar gewichtige, aber zusätzliche Ursache für die akute Notlage war. Fünf Staaten der Sahelzone – Burkina Faso, Mali, Niger, Senegal und Tschad – erwirtschafteten 1983/84, also nur eine Ernte vor der Katastrophe, Rekorde in der Baumwollproduktion.⁶

Die Produktion sog. cash crops, d.h. agrarischer Rohstoffe für den internationalen Markt, ist für zahlreiche Staaten Afrikas wichtigste Devisenquelle. Oftmals liegt der Exporterlös für ein einziges Agrarprodukt über der Hälfte der gesamten Einnahmen.⁷

Die Abhängigkeit afrikanischer Staaten von der cash-crop-Produktion aber hat

es nicht an der Unfähigkeit der Menschheit, ausreichend Nahrungsmittel für alle zu produzieren – der weltweite Hunger hat andere Ursachen.

1979/81 betrug die durchschnittliche Versorgung mit Nahrungsenergie in Entwicklungsländern 101,8% des durchschnittlichen Bedarfs, in Afrika 95,6%. In den Industrieländern betrug die Versorgungsrate 132,1%.¹

Dies entspricht der von Ernährungswis-

senschaftlern für notwendig gehaltenen Rate von 130%, die ungleiche Verteilung sowie Verluste durch unsachgemäßen Umgang mit Nahrungsmitteln einkalkuliert.

Ständige Mangelernährung in quantitativer und qualitativer Hinsicht führt zu körperlichen und geistigen Leistungsdefiziten ebenso wie zu erhöhter Anfälligkeit für Infektionskrankheiten wie Masern, Tuberkulose, Keuchhusten oder

viele Pferdefüße. Hierzu gehört der immense Preisverfall für Rohstoffe ebenso wie die Notwendigkeit, für den Anbau von cash crops hohe Vorleistungen (Infrastruktur, Dünger, Pestizide usw.) erbringen zu müssen.

Über die Vermarktung haben die afrikanischen Staaten keine Kontrolle. Diese liegt zu 70-90% in den Händen transnationaler Konzerne.⁸

Gleichzeitig zwingt die hohe Auslandsverschuldung die Regierungen, weiter auf cash crops zu setzen, notfalls ihre Produktion noch zu steigern (siehe Kasten zur Schuldenkrise). Das wenige vorhandene Kapital wird in diese Produktion investiert, für die Nahrungsmittelproduktion aber fehlen die Mittel. Zudem brauchen cash crops gute Böden, Arbeitskräfte und andere Ressourcen.

Um eine Vermarktung zu gewährleisten, sind Transportmöglichkeiten erforderlich. Folglich konzentrieren sich cash crops oftmals in den erschlossenen Regionen, während die Nahrungsmittelproduzenten in Randgebieten abgedrängt werden. Eine Vermarktung der kleinbäuerlichen Überschüsse wird erschwert, so daß ein Produktionsanreiz für die Nahrungsmittelproduzenten nicht mehr besteht.

Eigenversorgung vernachlässigt

Die entstandenen Lücken in der Nahrungsmittelversorgung versuchten die Regierungen durch Nahrungsmittelimporte zu schließen. In Krisensituationen halfen die Erzeugerländer großer Überschüsse mit Nahrungsmittelhilfe aus.

Diese Importe haben marktverdrängende Wirkung auf den Agrarmärkten Afrikas. Die einheimischen Produzenten sind nicht in der Lage, ihre Produkte wirtschaftlich zu Preisen anzubieten, die konkurrenzfähig mit den Dumping-Preisen der Importe wären. Zudem verändern diese Importe das Konsumverhalten der Verbraucher, das sich von traditionellen Produkten weg zu „modernen“ Getreidesorten, v.a. Weizen, wendet.

Die politisch Verantwortlichen, die mit Nahrungsmittelhilfe oder billig gewährten Importen zumindest kurzfristig Krisensituationen bewältigen können, vernachlässigen die Entwicklung der Eigenversorgung ihrer Länder. Sie nehmen dafür allerdings politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten in Kauf.

Auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der subsaharischen Staaten Afrikas schafft keine Anreize für die Nahrungsmittelproduzenten, ihre Leistungen zu steigern. Das niedrige Pro-Kopf-Einkommen läßt eine ausreichende binnenwirtschaftliche Nachfrage nach Nahrungsmitteln nicht zu.⁹

Ein weiteres Problem der Agrarproduktion ist die Unterentwicklung der Produktivkräfte. Fast 70% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt, ihr Anteil am Bruttosozialprodukt der afrikanischen Staaten beträgt jedoch nur etwa 22%.¹⁰ Der Einsatz menschlicher Arbeitskraft beträgt etwa 85%, während Maschinen nur 1-2% der Arbeitsleistung erbringen.¹¹

Die niedrige Produktivität wird in weiten Teilen des Kontinents zudem noch gesteigert durch saisonale oder ständige Wanderarbeit der männlichen Bevölkerung in städtischen oder bergbaulichen Zentren.

Zu den wirtschaftlichen Aspekten der Agrarentwicklung großer Teile Afrikas – Abhängigkeit von Exportproduktion bei gleichzeitigem Preisverfall und von Nahrungsmittelimporten sowie Unterentwicklung der Produktivkräfte – gesellen



Sahel: Die Wüste schreitet voran

sich eine Reihe von Problemen wie Bevölkerungswachstum, gesundheitliche und soziale Folgen ständiger Mangelernährung, Zerstörung der Umwelt usw. hinzu. Diese haben sich zu einem Geflecht von Ursachen und Wirkungen entwickelt, aus dem es für die allgemein schwach entwickelten Staaten kein Entkommen zu geben scheint.

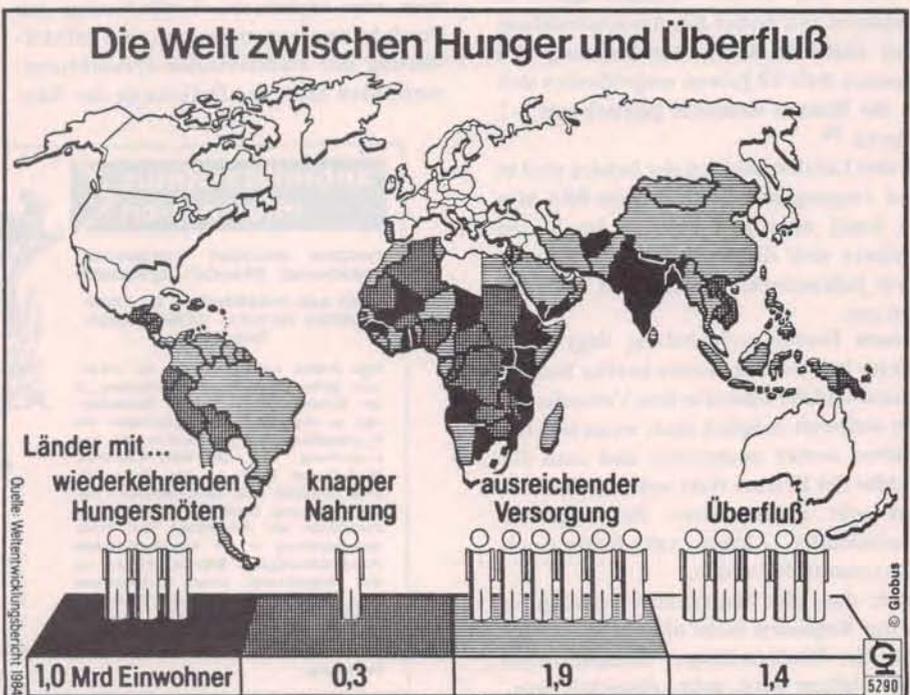
Probleme Bevölkerungsdruck, Verwüstung

In Afrika erreicht das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion etwa die Hälfte des Bevölkerungswachstums von 3%.

Bis Ende des Jahrtausends werden mehr als 810 Mio Menschen auf dem Kontinent leben, die nur bei einer schnellen und wirkungsvollen strukturellen Veränderung der Landwirtschaft die Chance haben, annähernd ausreichend Nahrung zu erhalten. Ohne diese Veränderung werden von den 1,3 Mrd prognostizierten Mangelernährten weltweit etwa 40% im subsaharischen Afrika leben.¹²

Einer der außerökonomischen Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse wäre ein Rückgang an Geburtenzahlen, doch: „Eine Verschlechterung der Umweltverhältnisse, verursacht durch Überbevölkerung“, – so Hermann Bömer – „schafft Lebensbedingungen, unter denen eine Verringerung der Fruchtbarkeit schwer zu erreichen ist. Und das anhaltende Bevölkerungswachstum verstärkt wiederum den Druck auf Umwelt und Boden.“¹³

Solange keine Zukunftssicherung in Form von allgemeinen Renten, Kranken- und Invalidenversicherung gegeben ist, bleibt den Familien kein anderes Mittel,





Ein Mittel gegen den Hunger: Staudammbau im Sahelland Mali

als eine lebende Zukunftssicherung zu produzieren. Bevölkerungswachstum aber bedeutet, neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu erschließen, die z.T. für eine Bearbeitung nicht geeignet sind. Das gilt für die Randbezirke der Wüstenregionen, die keine ackerbauliche Nutzung oder weitere Überweidung verkraften können, ohne endgültig zu Wüste zu werden.

Andere traditionelle Anbaumethoden wie der Brandrodungsbau setzen relativ lange Brachzeiten voraus, ohne die die Böden ausgelaugt werden und veröden. Ein weiteres zur Verwüstung (Desertifikation) trägt der Holzschlag in den Steppegebieten zur Energiegewinnung bei.

Es braucht Strukturveränderungen

Ferner kann eine falsche Bewässerungstechnik den Boden versalzen lassen in Gebieten mit hoher Sonneneinstrahlung und dadurch hoher Verdunstung des Wassers. Seit 50 Jahren vergrößerten sich so die Wüsten weltweit jährlich um 5-7 Mio ha.¹⁴

In den Ländern südlich der Sahara sind in den vergangenen Jahrzehnten 685 Mio ha Land verwüstet worden. Im Sudan breitete sich die Sahara in den letzten zwei Jahrzehnten um 200 km nach Süden aus.

Diesen Prozeß aufzuhalten, liegt nicht nur im Interesse der heute bereits Betroffenen. Welche klimatischen Veränderungen weltweit möglich sind, wenn sich die Wüsten weiter ausbreiten und man die Wälder der Dritten Welt weiter abholzt – dies gilt insbesondere für tropische Regenwälder – kann exakt heute noch nicht ermittelt werden.

Doch daß eine dauerhafte Schädigung ganzer Regionen nicht ohne Konsequenzen für Niederschläge, Temperaturen usw. bleiben wird, sollte einsichtig sein.

Die Aufgabe, sowohl die Umwelt zu schützen als auch ausreichend Nahrung für die Menschen zur Verfügung zu stellen, überfordert allerdings gegenwärtig die afrikanischen Staaten.

„Der wahrscheinlich einfachste und kosteneffektivste Weg zur Vermehrung der verfügbaren Nahrungsmittel auf Dorfebene“, meint Paul Harrison, „ist die Verbesserung der herkömmlichen Methoden der Nahrungsmittellagerung und -verarbeitung.“ Damit könnten in Afrika etwa 30% des Ertrages vor Parasitenbefall geschützt werden.¹⁵

Auch Bertrand Schneider schlägt in seinem Bericht an den Club of Rome eine Umorientierung auf kleine Projekte in der Landwirtschaft, gekoppelt mit entsprechenden Initiativen im Handwerk, vor.¹⁶ Die Erfahrungen mit Entwicklungsstrategien für die ländlichen Gebiete in der Dritten Welt zeigen jedoch, daß eine rein technische Veränderung der Produktion, worunter auch eine Effektivierung der traditionellen Produktionsmethoden fällt, die Defizite in der Nah-

rungsmittelversorgung der Bevölkerung nicht zu lösen vermochte. Wichtig sind strukturelle Änderungen wie die Durchführung von Agrarreformen, gesicherte Besitzrechte der Kleinbauern oder ihrer Dörfer an Boden, Genossenschaften usw., um eine stabile Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten. Die großen ökologischen Probleme und letztendlich auch die ausreichende Versorgung der Millionen Menschen mit qualitativ hochwertiger Nahrung werden auf andere Weise nicht zu lösen sein. Es ist auch nicht einzusehen, warum die vorhandene Hochtechnologie nicht hier eingesetzt werden sollte.

Dies allerdings setzt veränderte Beziehungen im internationalen Maßstab voraus. Ebenso müßten die Vermarktungsbedingungen der Erzeugnisse der Dritten Welt geändert werden.

Anmerkungen:

- 1) P.v. Blankenburg, Welternährung, München 1986, S. 154
- 2) A.-M. Hohenstein/J. Power, Hunger. Welternährung zwischen Hoffnung und Skandal, Frankfurt/M. 1976, S. 58ff.
- 3) D. Stempell, Weltbevölkerung 2000, Leipzig/Jena/Berlin 1985, S. 173
- 4) Ebd., S. 177
- 5) Zusammenstellung nach: L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika. Der Umwelt-Bankrott – Ursachen und Abwendung, Bonn-Wuppertal 1985, S. 24
- 6) Ebd., S. 91
- 7) Ebd., S. 90ff.
- 8) F. Castro, Wenn wir überleben wollen, Dortmund 1984, S. 83
- 9) P.v. Blankenburg, Welternährung, a.a.O., S. 171
- 10) H. Grienig/S. Münch, Brot für alle hat die Erde, Januar 1985
- 11) Ebd., S. 62
- 12) Berechnungen der Weltbank, in: F. Castro, Wenn wir..., a.a.O., S. 240
- 13) H. Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/M. 1984, S. 12
- 14) F. Castro, Wenn wir..., a.a.O., S. 151ff.
- 15) P. Harrison, Die Zukunft der Dritten Welt, Reinbek 1984, S. 181
- 16) B. Schneider, Die Revolution der Barfüßigen. Ein Bericht an den Club of Rome, Wien 1986, S. 260ff.

antimilitarismus information

FRIEDEN BRAUCHT FORSCHUNG,
FORSCHUNG BRAUCHT BEWEGUNG
DAS AMI-THEMENHEFT ZU EINER
WIEDER AKTUELL GEWORDENEN
DEBATTE

Ingo Arend: zur Geschichte der staatlich geförderten Friedensforschung in der Bundesrepublik. Ursula Schmiederer: zu Ansätzen und Ergebnissen der Friedensforschung im Bereich der Untersuchung des Ost-West-Konflikts. Wolf-Dieter Narr: zu den Problemen einer kritisch sich verstehenden Friedensforschung. Ulrike C. Wasmuht: zur Perception der Ergebnisse der Friedensforschung in der bundesdeutschen Friedensbewegung. Martin Köhler: zu den Perspektiven eines Verhältnisses von Friedensforschung und Friedensbewegung. ami-Serviceteil: Kurzvorstellung der bestehenden Institutionen, Publikationen, Adressen der Friedensforschung.



Das Themenheft hat 60 Seiten und kostet 4,50 DM (plus Porto)

Ich bestelle:

- Ex. Themenheft 'Friedensforschung braucht Bewegung'
- ein Abonnement der 'antimilitarismus information' (d.h. pro Jahr 12 Hefte, davon drei Themenhefte) zum Preis von 32,25 DM (incl. Porto)
- ein kostenloses Probeheft

An: Verlag ami (Redaktion und Vertrieb) Deidesheimer Str. 3,
1000 Berlin 33, Tel: 030/ 8212526

Hungerfaktor Verschuldung

„Afrika darf seine Kinder nicht hungern lassen, nur um die Schulden zu bezahlen.“¹ Diese Forderung des ehemaligen Präsidenten Tansanias Julius Nyerere beschreibt treffend das Dilemma Afrikas.

Die Staaten dieses Kontinents, die von der Hungerkrise 1984/85 am stärksten betroffen waren, gehören zugleich auch zu den ärmsten und am stärksten verschuldeten. Nach Angaben der Weltbank mußten die afrikanischen Länder mit niedrigem Einkommen im Jahr 1985 35,8% ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden. Die Schulden machten 58,6% des Bruttosozialprodukts aus.

Die entsprechenden Zahlen für alle Entwicklungsländer betragen 21,9 und 33,0%.² Die Schulden des gesamten Kontinents beliefen sich 1985 auf ca. 170 Mrd \$,³ wovon 80 Mrd⁴ auf die Staaten südlich der Sahara entfielen.

Eine Ursache für die Zuspitzung der Hungerkrise in den ärmsten Staaten Afrikas wird damit deutlich. Im Gegensatz zu einkommensstärkeren Ländern, die ebenfalls auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind, waren sie nicht in der Lage diese zu bezahlen und damit auf die Hilfe des Auslands angewiesen.

Schulden machen für Nahrungsmittel

Doch ist der Hunger nicht nur eine Folge der Verschuldung, sondern auch eine seiner Ursachen. Nahrungsmittelimporte, die ab Ende der 60er Jahre notwendig wurden, waren und sind ein Grund für die Auslandskreditaufnahme sowie die Vertiefung der Verschuldungsprobleme.

Ursache hierfür ist eine jahrzehntelang bevorzugte Förderung der Industrie zuungunsten der Landwirtschaft und die Ausrichtung des Agrarsektors auf den Export. Dadurch schrumpfte oder stagnierte die agrarische Pro-Kopf-Inlandsproduktion. Grundnahrungsmittel in immer größerem Umfang mußten eingeführt werden (bis zu 50% des gesamten Bedarfs), was die Zahlungsbilanzen und Währungsreserven dieser Staaten stark belastete.

Durch die Weltwirtschaftskrise ab Ende der 70er Jahre kam es auch in afrikanischen Staaten zu Verschuldungsproblemen. Exporte erzielten auf dem Weltmarkt geringere Erlöse. Zeitgleich aber stiegen die Preise auch für Grundnahrungsmittelimporte und landwirtschaftliche Produktionsmittel (z.B. Dünger, Pflanzenschutzmittel, Maschinen und -ersatzteile) an.

Folgerichtig müssen heute ca. 20% aller Exporterlöse und ein Großteil der neu aufgenommenen Kredite für Nahrungsmittelinimporte verwendet werden.⁵

Um die negativen Zahlungs- und Handelsbilanzen zu entlasten, wurden ab 1981 die Importe gekürzt und die landwirtschaftlichen Anbauflächen noch stärker für die „cash-crop“-Produktion (siehe Fallbeispiel Kenia) genutzt. Dies führte zu einer weiteren Verminderung des Nahrungsmittelangebots sowie zu dessen Verteuerung.

Diese Maßnahmen, so einschneidend sie waren, reichten nicht aus. Die Schuldenfalle zog sich fester zu. Zahlreiche afrikanische Staaten, auch solche, die ehemals als „Wirtschaftswunderländer“ gepriesen wurden (wie Nigeria oder die Elfenbeinküste),

waren ab 1982 von Zahlungsunfähigkeit bedroht. Sie mußten, nachdem sie mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) Bereitschaftskreditabkommen und die dazugehörigen Stabilisierungsprogramme unterzeichnet hatten, mit ihren privaten Gläubigerbanken Umschuldungsverhandlungen einleiten.

Seit 1983 ist Afrika durch sinkenden Kreditzufluß und wachsenden Schuldendienst zum Netto-Kapitalexporteur geworden.⁶ Die durch den Preisverfall ohnehin mageren Exporterlöse fließen in die Zins- und Tilgungszahlungen und nicht in dringend notwendige Programme zur Steigerung der Produktivität in Industrie und Landwirtschaft, die durch Wirtschaftswachstum den Schuldenberg langfristig abbauen und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewährleisten könnten.

Die Stabilisierungsprogramme des IMF ordnen das Nahrungsmittelproblem ebenfalls der heiligen Kuh Zahlungsbilanz unter. Diese Institution zwingt die kreditnachfragenden Länder zu einer radikalen Begrenzung des Staatshaushaltes und einer oft drastischen Währungsabwertung mit dem Ziel, einen Ausgleich in der Zahlungs- und Handelsbilanz herbeizuführen. Staatliche Sparmaßnahmen wie die Streichung von Nahrungsmittelsubventionen und staatlichen Sozialleistungen, die Reduzierung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Bereich, die Aufhebung von Preiskontrollen, die Verminderung des Kreditangebots auch für die Landwirtschaft und Begrenzung der Löhne führen zu einer weiteren Verarmung breiter Schichten.



Die Folge dieser Spar- bzw. Austeritätsmaßnahmen sind Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlust, Preissteigerungen für (Nahrungsmittel-) Importe und inländische agrarische Erzeugnisse, und damit auch Hunger für jene, die nicht mehr über genügend Einkommen für ihre Ernährung verfügen. Mit spontanen Hungeraufständen wie in Tunesien (1978 und 1984), Marokko (1984), Ägypten (1977) und Sudan, wo sie 1985 zum Sturz des Numeiri-Regimes führten, reagierten die Betroffenen auf die IMF-Politik. Die Gegenstrategie der Weltbank liegt seit 1980 in der Vergabe von nichtprojektgebundenen „Struktur- und Sektoranpassungsdarlehen“ mit einer Laufzeit von 3-5 Jahren und in einem im Februar 1985 eingerichteten Sonderfonds für die unter Dürre und wirtschaftlicher Rezession leidenden schwarzafrikanischen Staaten. Die Kredite dieses Fonds sind zinsfrei und haben eine Laufzeit von 50 Jahren.⁷

Diese Mittel werden aber bisher nur im Zu-

sammenhang mit einem IMF-Kredit und zahlreichen wirtschaftspolitischen Auflagen à la IMF vergeben. Diese sind u.a. institutionelle Reformen (z.B. Ausbildungsprogramme) und eine stärkere staatliche Förderung bestimmter Wirtschaftssektoren (besonders die Landwirtschaft) durch Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise für Produkte.

Damit soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Mobilisierung einheimischen Kapitals erreicht werden. Doch angesichts der deflationarischen Auswirkungen der IMF-Programme und eines Großteils der Weltbank-Auflagen selbst, ist auch dieser Lösungsansatz langfristig zum Scheitern verurteilt.⁸

Die Zuspitzung der Hunger- und der Schuldenkrise veranlaßte die afrikanischen Staaten auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba im Juli 1985 ein „Dringlichkeitsprogramm für die wirtschaftliche Erholung 1986-90“ zu beschließen.

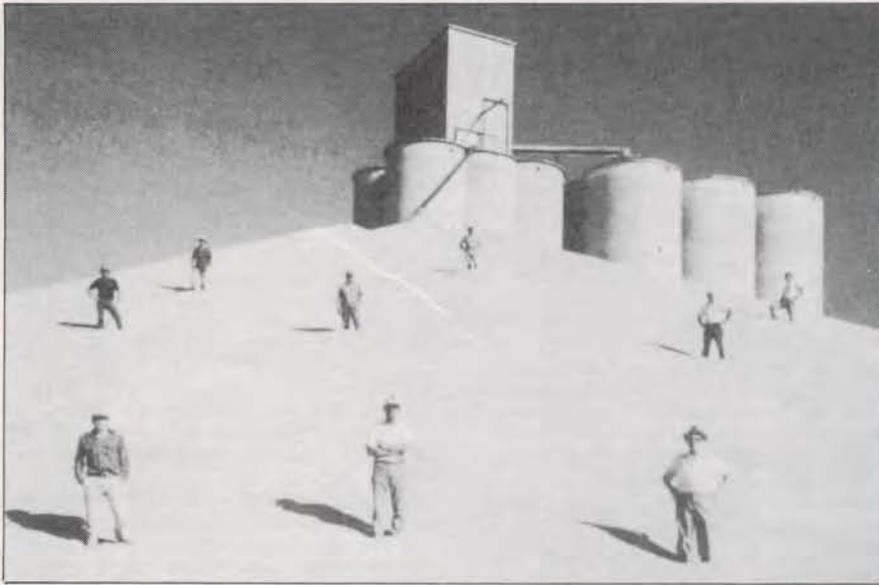
Das Programm in Höhe von 128 Mrd \$ sieht neben einer Verringerung der Schuldenlast vor allem Maßnahmen „für die Bekämpfung der Dürre und der Ausbreitung der Wüsten sowie für den Wiederaufbau der Landwirtschaft“ vor.⁹ Die öffentlichen Investitionen in der Landwirtschaft sollen von gegenwärtig ca. 10% auf 20-25% 1989 gesteigert werden. Der Gipfel forderte außerdem eine Reform der IMF-Auflagenpolitik und einen weitreichenden Zinserslaß.¹⁰

Zur Finanzierung dieses Programms forderten die afrikanischen Staaten auf einer Sonderkonferenz der UNO im Mai 1986 internationale Hilfe in Höhe von 46 Mrd \$ und einen Schuldenerlaß von 35-55 Mrd \$. Sie wurden jedoch mit unverbindlichen Versprechungen und der Empfehlung aus Washington, sich stärker marktwirtschaftlichen Prinzipien zuzuwenden, abgespeist.¹¹

Dies könnte zur Folge haben, daß Afrika radikalere Positionen in der Schuldenfrage, wie sie etwa von Julius Nyerere vorgebracht werden, beziehen könnte. Er verlangte bereits 1985 ein langfristiges Schuldenmoratorium für die ärmeren Entwicklungsländer und einen Zusammenschluß der Schuldner, um den Gläubigern Zugeständnisse abzurufen (vgl. AIB 11/1985, S.44).

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 21./22.7.1985
- 2) Vgl. Weltbank, Weltentwicklungsbericht, Washington 1986, S. 64
- 3) Vgl. LM, 15.4.1986
- 4) Angaben nach: Weltbank, Weltentwicklungsbericht, a.a.O., S. 60
- 5) Vgl. IPW-Berichte, Berlin (DDR), Nr. 6/1986, S.3
- 6) Vgl. IMSF, ASK (Hg.), Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik. Diskussion um Alternativen, Frankfurt/M. 1986, S. 116
- 7) Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 8.8.1985
- 8) Vgl. P. Körner u.a., Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg 1984, S. 189-197
- 9) Beschlüsse zur Wirtschaftsentwicklung der OAU-Konferenz, in: Monitordienst. Afrika, Köln, 22.7.1985
- 10) Vgl. Frankfurter Rundschau, 17.7.1985
- 11) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 28.5.1986 und Frontline, Oakland, 9.6.1986



Getreideberg im US-Bundesstaat Washington: Nahrungsmittelhilfe ist eine Devisenquelle, gerade wenn die Exporteinnahmen fallen

Petra Sittig **Nahrungsmittel als Waffe**

„So wie man in Frankreich an die Clochards Suppe verteilt, so tun es die Industrieländer mit den Afrikanern.“¹ Mit diesem harten Urteil bewertet Thomas Sankara, Präsident von Burkina Faso, die Nahrungsmittelpolitik der (westlichen) Industriestaaten. Regierungen dieser Staaten hingegen erklären, wie wichtig es sei, die Hungernen in der Dritten Welt zu speisen.

Inzwischen aber machen sich in der westlichen Öffentlichkeit Zweifel breit, was die Wirksamkeit der gängigen Nahrungsmittelhilfe betrifft. Genauso wie in Sachen Entwicklungspolitik muß auch hier insbesondere nach den Beweggründen, der Wirksamkeit und dem Nutzen der Hilfe gefragt werden.

Protein besser als Atomwaffen!

Die USA sind traditionell die weltgrößten Nahrungsmittelproduzenten und -exporteure.

Erste Nahrungsmittellieferungen von seiten Washingtons erfolgten bereits während und nach Ende der beiden Weltkriege nach Europa. Schon damals wurde diese Nahrungsmittelhilfe nicht aus humanitären sondern aus machtpolitischen Motiven heraus geleistet.

In die Westzonen des besiegten Deutschland wurden im Winter 1946/47 8,5 Mio t Getreide geliefert, während zur selben Zeit keine Lieferungen an das unter schweren Hungersnöten leidende Indien

erfolgten. Die Regierung Truman begründete ihr Handeln damit, Indien sei kein „vorrangiges antikommunistisches Frontgebiet“.²

Mit dem seinerzeitigen Wirtschaftsaufschwung ging die Notwendigkeit für Nahrungsmittelexporte nach Europa zurück, weshalb die Lagerbestände von Getreide in den USA immer mehr anwuchsen. Die US-Farmer forderten von der Regierung deshalb eine Erweiterung des Nahrungsmittelexportgeschäfts mit dem Ausland.

Gesetzliche Grundlage hierfür wurde das 1954 verabschiedete Gesetz PL 480. Es beinhaltete folgende Zielstellungen:

- Entwicklung neuer Absatzmärkte für amerikanische Agrarprodukte,
- Abbau der hohen Lagerbestände an agrarischen Erzeugnissen in den USA,
- Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländern,
- Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern sowie
- Unterstützung der Außenpolitik der USA.³

Während unter US-Präsident Eisenhower der wirtschaftliche Aspekt zur Absetzung des produzierten Getreides bei den Nahrungsmittelexporten im Vordergrund stand, begriff John F. Kennedy (1960-63) in einer Wahlkampfrede Agrarüberschüsse nicht als Problem, sondern als Möglichkeit für die USA. Er bekannte, daß Nahrungsmittel Stärke bedeuten.⁴

Hinter dem Schlagwort „food for peace“ (Nahrung für den Frieden) verbarg sich schon damals eine interventionistische Politik gegenüber aufbegehrenden Entwicklungsländern. So strich Washington dem nasseristischen Ägypten, da es den Suezkanal nationalisierte und einen angloamerikanisch geführten Militärpakt verschmähte, kurzerhand zugesagte Getreidelieferungen und Projektkredite. Gegen das 1959 befreite Kuba verhängte man eine Wirtschaftsblockade, Grundnahrungsmittel inbegriffen.

Unter Präsident Johnson wurde diese Politik systematisiert. Und unter Präsident Nixon (1968-74) offenbarte sie im Rahmen der Vietnampolitik ihr wahres Gesicht als „Food for War“ (Nahrung für den Krieg). Im Vietnamkrieg wurde ein US-Nahrungsmittelprogramm auf seiten des südvietnamesischen Marionettenregimes zur Aufstandsbekämpfung eingesetzt, während die aufgrund einer Dürrekatastrophe dringend hilfsbedürftigen Länder der Sahelzone fast leer ausgingen. Laut Collins und Lappé erhielt Südvietnam in den Jahren 1968-73 zwanzigmal soviel Nahrungsmittel wie die Länder der Sahelzone zusammengekommen.

Richard Nixon drückte diese Politik in folgenden Worten aus: „Der Handel muß die Karotte und die militärische Macht muß der Stock“ der amerikanischen Außenpolitik sein.⁵

Nicht genug damit, daß die USA ihre überschüssigen Nahrungsmittel gezielt einsetzten, betrieben sie auch eine gezielte Preispolitik. Dies taten sie z.B. 1972, als eine einsetzende Nahrungsmittelkrise zu einer erhöhten Nachfrage nach Lebensmitteln führte und die USA die Weltpreise hochtrieben.

Einflußhebel der EG/BRD

US-Präsident Reagan klopfte im Hungerkatastrophenjahr 1985 die auf neokolonialen Eigennutzen abgestellte Nahrungsmittelpolitik fest, als er der Dritten Welt sein Programm „Lebensmittel für den Fortschritt“ kundtat. Die Empfängerländer, so betonte Ronald Reagan, müßten als Gegenleistung „einen Kurs einschlagen, der auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen und auf mehr Beteiligung des Privatsektors beruht“.⁶

Die Erklärung des damaligen US-Landwirtschaftsministers Earl Butz anlässlich der Welternährungskonferenz von 1974, daß „Protein in der künftigen Welt eine wirksamere Waffe als die Atombombe“⁷ sei, offenbarte die andere, nicht minder folgenschwere Seite der US-Nahrungsmittelhilfe: Es ging und geht Washington gleichermaßen um ihren Einsatz als politische Waffe gegen die Emanzipationsbestrebungen der Entwicklungsländer

und gegen einzelne unliebsame Revolutionsregimes, die man auch mithilfe der Nahrungsschraube zu destabilisieren sucht.

Dabei wird die nach wie vor eindeutige Spitzenstellung der USA in der globalen Nahrungsmittelhilfe, die sich 1980/81 in Anteilen von 62% bei Getreide oder von 79% bei Pflanzenölen ausdrückte, skrupellos genutzt. Dies geschieht sowohl bilateral als auch mittlerweile in zunehmendem Maße auf multilateralen Wegen. Die bilaterale Nahrungsmittelpolitik der US-Regierung läuft auf zwei Schienen: Zum einen werden Nahrungsmittelhilfen propagiert und gefördert. Zum anderen können aus politischen Gründen den Empfängerländern Nahrungsmittel entzogen oder verweigert werden. Damit sichert sich Washington eine sowohl politische als auch wirtschaftliche Kontrolle über die Empfängerländer.

Das Schema: Erfolgt keine Kooperation, so folgen Sanktionen. Unterschiedliche Länder bekommen z.B. unterschiedliche Rückzahlungsbedingungen für Nahrungsmittelkredite. Entschieden wird nicht nach der Bedürftigkeit dieser Länder, sondern nach „freundschaftlicher Gesinnung“, sprich Wohlverhalten gegenüber den USA und nach dem politischen Gutdünken der USA.

Klammer Welternährungsprogramm

War bis Mitte der 60er Jahre die westliche Nahrungsmittelhilfe ausschließlich Sache der USA, so forderten diese nunmehr geradezu eine Angliederung auch anderer kapitalistischer Industriestaaten an dieser Nahrungsmittelpolitik.

Der Anteil der USA an der weltweiten Nahrungsmittelhilfe, der 1963 noch 96% ausmachte, betrug 1981 nur noch 42,3%. Es folgten die EG-Länder mit insgesamt 32,3% (davon allein die BRD 9,3%) und Japan mit 12,6%. Die USA behielten damit immer noch den beherrschenden Einfluß, da sie den größten Einzelanteil stellen.

Die Nahrungshilfepolitik der westeuropäischen Länder und Japans verband das Arrangement mit dem Exportgiganten USA mit der Verfolgung eigener Interessen. Die Begründung für die Nahrungsmittelhilfe ist auch hier nicht ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Empfängerländer. Was zählt sind einerseits die marktwirtschaftlichen Interessen, wie der Absatz von eigenen Überschubprodukten, und andererseits die politische Einflußnahme.

Japan, exportiert seine Reisüberschüsse, die etwa 2/3 des Inlandsverbrauches an Reis ausmachen. Von Westeuropa können Waren durch die einzelnen

Länder in Form von bilateraler Nahrungsmittelhilfe direkt oder multilateral durch das EG-Nahrungsmittelhilfeprogramm (CFAP) an die Empfängerländer gebracht werden.

Wichtigste Export-Nahrungsmittel der EG sind Getreide, vor allem Weizen, Magermilchpulver und Butteröl. Der Anteil der BRD an den Kosten des CFAP beträgt etwa 30%, was wiederum 73% der gesamten Nahrungsmittelhilfe der Bundesrepublik ausmacht.

Die CFAP erfolgt im Rahmen des UN-Welternährungsprogramms bzw. der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO, siehe Beitrag von G. Diederichs).

Das Welternährungsprogramm (WFP) wurde im Jahr 1962 auf Antrag der USA hin durch die UN-Vollversammlung ins Leben gerufen. Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, über das System der Vereinten Nationen möglichst große Mengen überschüssiger Nahrungsmittel verfügbar zu machen.

„Von Anfang an war das WFP“, — so M.B. Wallerstein — „vor allem ein Geschöpf seiner hauptsächlichen Geber, der USA, Kanadas und der EG... Selbst der Druck der Forderung nach einer 'Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung' vermochte nicht, es dazu zu bringen, einen radikalen neuen politischen Kurs einzuschlagen, der im Widerspruch zu den Wünschen seiner Hauptgeberländer steht.“⁷

Immerhin aber erhielten Länder, die von der bilateralen Hilfe der USA von vornherein ausgeschlossen sind, wie Äthiopien, Mosambik oder Kuba, über das WFP Nahrungsmittelhilfe.

Dies zeigt, daß das WFP-Prinzip, keine



Afrika-Hilfssendung der EG im Jahr 1985: Bundespräsident Weizsäcker im Laderaum einer Transall

Länder zu diskriminieren, gelegentlich auch gegen die Anliegen imperialistischer Staaten ausschlagen kann, darf aber über deren WFP-Dominanz nicht hinwegtäuschen. Dies gilt, obgleich das Förderungsinteresse der Westmächte gegenüber dem WFP in den 70er Jahren etwas nachließ und seit 1976 die verfügbaren Gelder gleichblieben.

Neben dem WFP existieren an multilateralen Hilfsorganisationen, deren Hauptaufgabe aber nicht in der Nahrungsmittelhilfe zu sehen ist, Organisationen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), um die bekanntesten zu nennen. Im Vergleich zum WFP verteilt die UNICEF allerdings nur einen geringen Teil an Nahrungsmitteln, etwa 3% der Gesamtmenge des WFP, was 30.000 t Nahrungsmitteln entspricht.

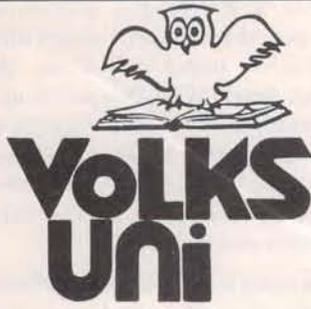
Afrikas Notlage ausnutzen!

Im Rahmen der spektakulären Hunger-Nothilfe im Katastrophenjahr 1985 flossen zwar auch reichlich internationale Hilfsgelder und -güter nach Afrika; so insgesamt 6,7 Mio t staatliche Getreidelieferungen und ein ad-hoc-Posten der UNO von 1,6 Mrd \$ an Nahrungsgütern, Ausrüstungen und Medikamenten. Doch verschlang diese außerordentliche Überlebenshilfe auch beträchtliche Mühen und Gelder, welche eigentlich in langfristigen Entwicklungsvorhaben zur verbesserten Eigenversorgung hätten angelegt werden sollen.

Der US-Experte Jack Sheperd faßt die Schlußfolgerungen, die die Reagan-Administration aus der Notlage Afrikas ableitete, so zusammen: „Beschneidung der multilateralen Hilfe zugunsten bilateraler Hilfe, die die USA direkt kontrollieren können; Einstellung der Zahlungen an die IDA (die Weltbank-Tochter für weiche Kredite); mehr Militärhilfe und mehr politisch motivierte Hilfe. Die USA fahren die multilaterale Hilfe herunter zugunsten der eigenen 'Economics Policy Initiative', EPI: Mit ihr werden u.a. denjenigen Staaten, die bereit sind, 'eine dynamischere, wachstumsorientiertere Politik' zu verfolgen, für die Jahre 1985 bis 1989 (klägliche) 500 Millionen Dollar Hilfe angeboten.“⁸

Bisher war von Staaten oder auch von zwischenstaatlichen Organisationen die Rede. Ein wesentlicher weiterer Aspekt der Nahrungsmittelhilfe ist der transnationale. Ein Zusammenspiel mit imperialistischen Regierungen ermöglicht es den Agrarkonzernen, ihre Profitinteressen durchzusetzen.

Beispiel USA: Während die USA ihre Absatzbedürfnisse und ihren Machtanspruch durch Getreidelieferungen durch-



**8. Berliner Volksuni
Pfingsten '87 – 5.-8. Juni
Hochschule der Künste**

**Neue
Chancen
links**

- Ökonomische Krise – technologische Umwälzung – Umweltkatastrophen – und wie weiter? Die Entscheidungen stehen an: Perspektiven rot-grüner Politik
 - „Popular Planning“: lokale Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung – Berichte aus London – Projekte in Berlin
 - Demokratisierung in der Sowjetunion – Ende eines linken Alptraums?
 - Friedenspolitik in der Ära Gorbatschow
 - Anforderungen an eine linke Kulturbewegung
 - Postmoderne? Postmarxismus? Was steckt dahinter?
 - Neue Beziehungen durch neue Technik: im Betrieb, zu Hause, in der Schule
 - Feministische Kritiken an Fortschrittskonzepten
 - AIDS – Ursachen und politische Dynamik einer Seuche
 - Naturheilkunde in einer unheilen Umwelt
- Abends:
- Türkisches Kabarett Knobi-Bonbon: „Vorsicht! Frisch integriert!“
 - Bandoneon-Konzert mit dem Klaus Gutjahr Trio
 - „Phönix voran“ Neues vom Jazzpoeten Peter Rühmkorf
M. Naura (p), W. Schlüter (yb)

Weitere Informationen:
Volksuni e.V.
Dominicusstraße 3
1000 Berlin 62
Telefon 030 / 784 44 40

setzen, kontrollieren zwei Firmen – Cargill und Continental Grain – die Hälfte des Welt-Getreidehandels.⁹ Vielfache personelle Verflechtungen zwischen US-Regierung und den amerikanischen Getreideriesen ermöglichen eine optimale Verknüpfung beider Interessen. Ein besonders krasses Beispiel ist hier die Saatgutkontrolle der Multis (siehe Beitrag Joachim Beckers zum Agrobusiness).

Zurecht weisen prominente Kritiker der gängigen Nahrungsmittelhilfe wie Thomas Sankara daraufhin, daß diese in der bisherigen Form eher auf eine „Behinderung“ der afrikanischen Entwicklungsanstrengungen hinausgelaufen sei.

Die Nahrungsmittelhilfe sollte sich demnach auf die ad-hoc-Bekämpfung akuter Hungerkrisenfälle oder die Notversorgung von Flüchtlingen, Kindern usw. beschränken. Generell sollten sich die Geberländer auf agrarische Entwicklungsprojekte, welche einer eigenständigen Ernährungssicherung förderlich sind, verlegen.

Aufbegehren gegen Mißbräuche

Die überkommene neokolonialistische Nahrungsmittelpolitik aber ist dieser Zielsetzung entgegengerichtet. Denn sie ist von den westlichen Regierungen und Konzernen dazu auserkoren, in den Entwicklungsländern die Fremdkontrolle über den Markt, die Preise und die Landwirtschaft abzusichern bzw. ihr den Weg zu bereiten. Und sie läßt ein eigenständiges landwirtschaftliches Konzept der meisten Entwicklungsländer gar nicht erst zu. Sie erzeugt vielmehr zusätzliche Abhängigkeiten, indem sie die Wirtschaft der Entwicklungsländer auf die cash-crop-Produktion, d.h. auf Exportgüter, und eben nicht auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln für die Selbstversorgung der eigenen Bevölkerung ausrichtet.

Und so funktioniert der Teufelskreis: Die Grundnahrungsmittel müssen importiert werden. Die Bedingungen für den Import aber setzen die Geber, nicht die Konsumenten. Da sich die Nahrungsmittelhilfe meist nicht nach den traditionellen Bedürfnissen der Bevölkerung richtet, werden Umstellungen in den Eßgewohnheiten erzeugt. Dies wiederum löst einen weiteren Importbedarf aus.

Viele Entwicklungsländer haben also gar nicht mehr die Möglichkeit, auf ihre ursprünglichen landwirtschaftlichen Methoden zurückzugreifen. Ein weiteres Problem, das mit der cash-crop-Wirtschaft verbunden ist, sind die Monokulturen die ohne eingeführte Hightechnik keine optimale Ausnutzung ohne

Schädigung des Bodens zulassen (siehe H. Denks Fallbeispiel Kenia).

Inwiefern können sich die Entwicklungsländer gegen diese Abhängigkeiten zur Wehr setzen oder diese überwinden?

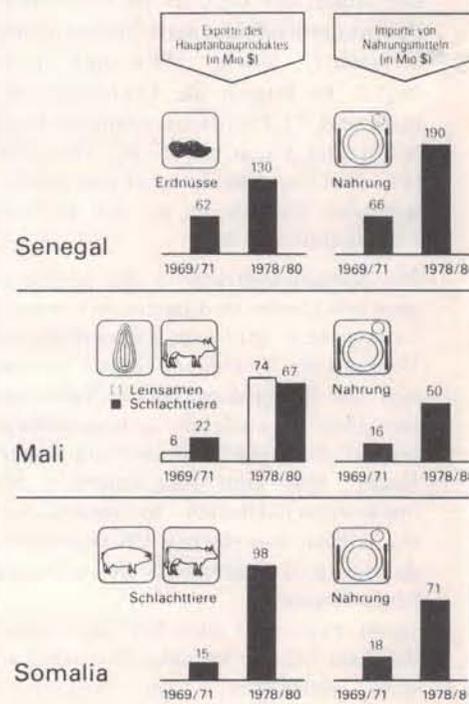
Zwar können die Entwicklungsländer häufig nicht oder nicht ganz auf Nahrungsmittelimporte verzichten. Doch widerspricht die westliche Handhabung von Nahrungsmittelexporten den eigentlichen Bedürfnissen dieser Länder.

In internationalen Gremien wie der UNO oder der Welternährungskonferenz prangern sie immer wieder den westlichen Einsatz der Nahrungsmittelhilfe als Waffe an. Sie fordern Abschaffung des Mißbrauchs der Nahrungsmittel und mehr Mitsprache bei der Mittelvergabe.

Diese Grundforderungen sind eingebettet in den Forderungskatalog der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), der von der Dritten Welt 1974/75 in den Vereinten Nationen verankert wurde. Dies betrifft die NIWO-Forderungen:

- günstigere und stabilere Preise für die Hauptexporte der Entwicklungsländer,
 - eine breitere Streuung der industriellen Kapazitäten der Welt,
 - Schuldenerlaß,
 - gesteigerte wirkliche Hilfeleistungen,
 - Anbindung von Grundstoffpreisen an die Preise der Industrieprodukte,
 - größerer Zutritt zu westlichen Industriemärkten.
- Die im Rahmen des sog. „Nord-Süd-Dialogs“ bislang durchgeführten Verhand-

**Exportproduktion statt
Selbstversorgung
wurde gefördert**



Quellen: FAO / Weltbank

© Strähm; Peter Hammer

lungsrunden zur NIWO beschränkten sich jedoch auf die Aspekte integriertes Rohstoffprogramm und Vorratslager. Trotzdem konnten die Entwicklungsländer den Westmächten einige Zugeständnisse abringen. Eine Verlagerung von bilateraler Hilfe, bei der die Geberländer direkten Einfluß auf die Empfängerländer nehmen können, hin zu multilateraler Hilfe, z.B. des WFP, wurde in Gang gesetzt. Dies gilt, wenngleich sich dieser Prozeß sehr schleppend vollzieht und noch immer 73,2% als bilaterale Hilfe geleistet wird.

Ein weiteres Anliegen der Entwicklungsländer zeigt sich bezüglich der Forderung nach kostenloser Nahrungsmittelhilfe, damit diese die Verschuldungsabhängigkeiten nicht noch auf die Spitze treibt. In der Tat wurde die Finanzierung von Importen in den 70er Jahren seitens der Entwicklungsländer immer schwieriger, während die USA in ihren anwachsenden Getreideüberschüssen eine unerträgliche Belastung sahen. Die kostenlosen Getreidelieferungen der USA stiegen zwischen 1978-81 von 461 Mio \$ auf 768 Mio \$ an.

Ein weiterer Aspekt ihres Strebens nach mehr Unabhängigkeit von den Geberländern ist für die Entwicklungsländer die Verbesserung der eigenen Grundnahrungsmittelproduktion. Entgegen den westlichen cash-crop-Empfehlungen (siehe Beiträge von M. Kolter und H. Denk) nimmt eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern ein nationales Ernährungssicherungsprogramm in Angriff.

In diesem Zusammenhang bedeutsam ist die staatliche Preispolitik, die das Einkommen der Bauern sichern helfen und gegen Teuerungen der Grundnahrungsmittel angehen soll. Der Ernährungssicherung förderlich sind ferner die Kontrolle der Aktivitäten des Auslandskapitals, die Förderung von Genossenschaften und demokratische Landreformen. Außerdem gilt es, die gängige westliche Nahrungsmittel- und Entwicklungspolitik abzulösen durch eine langfristig angelegte Hilfe zur Hungerbekämpfung, welche die Souveränität der Empfängerländer respektiert und ihr Vermögen zur Selbsthilfe und Hungervorsorge stärkt.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: R. Braumann, Afrika wird totgefüttert, Hamburg 1986, S. 50
- 2) Zit. nach: H. Schilling, Nahrungsmittel als Waffe, Berlin 1986, S. 79
- 3) Ebd., S. 84
- 4) Ebd.
- 5) Ebd., S. 71
- 6) Nach: R. Braumann, Afrika..., a.a.O., S. 49
- 7) H. Schilling, Nahrungsmittel..., a.a.O., S. 110
- 8) Laut: L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika, London 1985, S. 242
- 9) Vgl. A. Bogner/M. Franke, Die Hungerproduzenten, Wien/München 1981, S. 96

Joachim Becker Agrobusiness in Afrika



Agrobusiness – das ist das Geschäft mit dem Anbau, der Vermarktung und der Verarbeitung von Agrarprodukten, der Agrarberatung, der Herstellung und des Verkaufs von Saatgut, Dünger, Pestiziden, Traktoren, Landwirtschaftsgeräten, Bewässerungsanlagen und Agrarfabriken.

Groß in diesem Geschäft sind transnationale Konzerne (TNK). Sie vereinen in der Regel gleich eine ganze Zahl der genannten Sparten unter einem Konzerndach.

Gewisse Konkurrenzvorteile im Afrika-Geschäft haben noch aus der Kolonialzeit Konzerne mit Stammhäusern in den früheren Kolonialmetropolen Großbritannien und Frankreich.

Die Kolonialmetropolen setzten tiefgreifende Veränderungen in der afrikanischen Agrarproduktion durch. Sie erzwangen die Produktion für den kapitalistischen Weltmarkt.

Mittels Steuererhebung und/oder Zwangsanzbau zwangen sie die afrikanischen Bauern zum Anbau von Verkaufsprodukten für den Export. In manchen Ländern (vor allem Südafrika, Namibia, Simbabwe und Kenia) konnten sich europäische Siedler das beste Land aneignen und engagierten sich mit Unterstützung der Kolonialverwaltung in der Landwirtschaftsproduktion.

Firmen aus den Kolonialmetropolen legten Plantagen an. Sie kontrollierten auch den Handel.

Afrika ist auch heute noch weitgehend eine „chasse gardée“ für das europäische Agrobusiness. Obwohl nur 16 der 50 größten Agrobusiness-Konzerne nicht US-Firmen sind, haben nur wenige Agrobusiness-Unternehmen aus den USA in Afrika Fuß fassen können.

In einigen afrikanischen Ländern (z.B. in der Elfenbeinküste, Mauritius, Swaziland, Simbabwe, Malawi und Liberia) konnten TNK nach der Unabhängigkeit ihre Aktivitäten in der Agrarproduktion weitgehend uneingeschränkt fortsetzen. In anderen Fällen sicherten sich Regierungen Mehrheitsbeteiligungen an Plantagen oder verstaatlichten sie gar.

Die kenianische Regierung beispielsweise beschränkte die Ausbreitungsmöglichkeiten für Konzernplantagen, um gleichzeitig den Anbau von Verkaufsprodukten (für den Export) durch kenianische Bauern zu fördern (siehe Fallbeispiel Kenia). Es ist den Konzernen nicht schwer gefallen, sich mit geänderten Umständen zu arrangieren.

Der direkte Anbau ist ohnehin nur eine Facette ihres Geschäftes. Meist sind sie auf der gesamten Produktionskette präsent, ja teilweise konzentrieren sie sich fast völlig auf die anschließenden Produktions- und Handelsstufen und die Agrotechnik.

Die Kontrolle der Produktion ist nicht an das Eigentum wesentlicher Kapitalanteile einer Plantage gebunden. Meist sahen sich Regierungen, auch wenn sie

sich an Plantagen beteiligten, zur Zusammenarbeit mit den TNK gezwungen, da ihnen die nötigen Fachkräfte und Verbindungen auf dem Weltmarkt fehlten. Durch Management-Verträge behalten TNK wesentlichen Einfluß auf Produktion, Technologiewahl, Vermarktungs- und Beschaffungsentscheidungen. Ohne die lästigen Beschränkungen des Gewinntransfers kassieren die Konzerne die Managementgebühren. Das Verlustrisiko liegt bei den Eigentümern.

Gleichzeitig vermögen die Konzerne, welche Managementverträge haben, gezielt anderen Unternehmensteilen Aufträge zuzuschauen. So können die britischen Konzerne Tate & Lyle, Booker McConnell und Lonrho, die zahlreiche Zuckerplantagen in Afrika verwalten, den Inputbezug von ihren britischen Töchtern forcieren.

Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank favorisieren bei ihren „Anpassungsprogrammen“ solche Privatisierungsmaßnahmen. Auch andere Standardelemente ihrer „Stabilisierungs“-programme begünstigen das Agrobusiness.

Die Agrokonzerne verwalten nicht allein Plantagen bei afrikanischen Exportprodukten wie Zucker oder Tee.

Vielmehr haben afrikanische Regierungen auch auf die Nahrungsmittelkrise reagiert, indem sie Agrokonzernen die Leitung von Pflanzungen mit Nahrungsmitteln übertrugen, anstatt gezielte Förderungsprogramme für die Familienlandwirtschaft zu entwickeln und durchzuführen. Selbst so progressive Länder wie São Tomé e Príncipe und Tansania (teil-)reprivatisierten in den letzten Jahren Plantagen.

Plantagen reprivatisieren!

Manche Agrokonzerne zogen sich aus der direkten Agrarproduktion zurück, um sich auf gewinnträchtigere Geschäftssparten zu konzentrieren. So verkaufte der britische Zuckermulti Tate & Lyle bis zu Anfang der 70er Jahre fast alle Plantagen und diversifizierte in die Bereiche Vermarktung, Verarbeitung, Beratung und Zubehör. In jüngster Zeit zeigen Gesellschaften wie Dalgety, Inchcape, James Finlay wieder verstärktes Interesse an Plantagen.

Dieser Trend ist in Nigeria besonders deutlich. Dort stellen durch Devisenmangel verursachte Importbeschränkungen Unternehmen, die Agrarprodukte verarbeiten oder sich auf den Handel mit Luxusgütern spezialisiert haben, vor erhebliche Probleme.

Lockende Anreize der Regierung und der Wunsch, nichtkonvertierbare Naira-Guthaben anzulegen, wecken das Interesse von UAC (Teil des Unilever-

Imperiums), John Holt, Tate & Lyle oder Total Nigeria an Investitionen in der kommerziellen Landwirtschaft. Ein verhältnismäßig neues Expansionsfeld in Afrika ist für Agrounternehmen der Anbau und Export von Blumen und in Europa außersaisonalen Obst- und Gemüsesorten.

Großen Einfluß auf die Agrarentwicklung in Afrika räumen Consultingverträge dem Agrobusiness ein. Consultingfirmen „erweisen sich als profitables Mittel, die Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft zu gestalten“, so Barbara



Dinham und Colin Hines in ihrer Studie über Agrobusiness in Afrika, „denn sie bieten den Unternehmen eine gute Gelegenheit, die Entwicklung so zu gestalten, daß sie ihren eigenen Interessen entgegenkommt.“

In der Regel handelt es sich dabei um Großprojekte, entweder auf der Grundlage von Plantagen (die dem Staat oder Staatsunternehmen gehören) oder Vertragsbauern-Projekten, bei denen die Bauern (auf Kreditbasis) mit den notwendigen Inputs versorgt werden und die Agrarerzeugnisse auf ihrem eigenen Land anbauen.

Eine zentralisierte Fabrik (mit oder ohne dazugehöriger 'Kern'-Pflanzung) verarbeitet im allgemeinen die Erzeugnisse.“ Viele Agrokonzerne halten sich Consulting-Töchter. Die Consultingaufträge sind oft „hilfs“-finanziert.

Entscheidungen in Konzernzentralen können sehr weitgehende Konsequenzen für die Produktionsstruktur einzelner Länder haben.

Als sich in Zaire nach der Unabhängigkeit das „Investitionsklima“ für Unilever drastisch verschlechterte, verlagerte Unilever seine Palmölproduktion nach Malaysia, wo „das geographische Klima günstiger und das politische Klima weniger explosiv als in Zaire“ war (B. Dinham/C. Hines).

Ein anderes Beispiel ist die Teeproduktion. Als Indien 1947 und Sri Lanka

1948 unabhängig wurden, war eine schrittweise Ersetzung der Teesträucher erforderlich. Die Teegesellschaften nahmen jedoch die fälligen Investitionen nicht vor (gleiches galt zunächst auch für nationale Nachfolgeunternehmen) und investierten stattdessen in andere Bereiche in Südostasien oder begannen, den Teeanbau in Afrika zu fördern. „Brooke Bond (inzwischen von Unilever geschluckt; J.B.), Lipton, Cadbury, Lyons und Co-op (alles britische Multis)“, berichtet Al Imfeld, „hatten ihre Experten im Europäischen Entwicklungsfonds, der bald bereit war, für neue Teeplantagen in Kenya, Uganda, Ruanda, Burundi und Malawi Millionenkredite zur Verfügung zu stellen.“

Das afrikanische Teeland eignete sich bestens zum Anbau von Grundnahrungsmitteln. Der Tee soll Devisen ernten.

Aufbau und Unterhalt der Teeplantagen, ausländisches Management sowie aufwendige Trocknungsanlagen und Fabriken machen jedoch auch hohe Devisenaufwendungen erforderlich.

Die Teearbeiter verdienen kümmerlich. Der tägliche Mindestlohn betrug im Dezember 1985 in Malawi 0,30 Pfund, in Sri Lanka und Indien 0,73 Pfund, in Kenia 0,79 Pfund und – als Spitzenwert – in Simbabwe 1,31 Pfund. „...in der Rangfolge der mangelernährten Gruppen“, so der simbabwische Wissenschaftler Thomas Shopo, „sind die Farmarbei-

Hanne Denk

Fallbeispiel Kenia

Multigeschäfte untergraben die Selbstversorgung

„Wir sind einzig damit beschäftigt, für heute, für morgen noch etwas Eßbares aufzutreiben“, so beschreibt ein Bauer aus dem Meru-District seine Situation.

Berichte über Hungersnöte im Touristenparadies Kenia finden sich in der Presse selten. Dennoch ist Kenia auf der UN-Liste der von Hunger ernstlich betroffenen Länder verzeichnet, ist das ostafrikanische Land Empfänger von EG-Nahrungsmittelhilfe.

Lokale Mißernten und daraus resultierende Nahrungsmittelverknappung treten immer wieder auf. Und dies nicht nur in den semiariden Zonen im Norden des Landes, von dessen nomadischer Bevölkerung mittlerweile fast ein Drittel auf Hungerhilfe angewiesen ist.

Auslaugende Devisenbringer

Eine lange Dürreperiode hat in den 80er Jahren auch in Teilen des zentralen Hochlandes, dem Hauptanbauggebiet, Hunger ausgelöst. Landverknappung, Ausdehnung der Exportkulturen, Bodenerosion lassen die Bevölkerung immer weniger in der Lage sein, ökologisch bedingte Krisen, die frühere Generationen ohne Hungerskatastrophen überbrücken konnten, aufzufangen.

Seit 1980 muß das Land, das bislang stolz auf seine Selbstversorgung war, Mais, das wichtigste Grundnahrungsmittel, importieren. Der Mangel ist chronisch geworden und eine Rückkehr zur Eigenversorgung mit Mais kann nur durch enorme Kapazitätssteigerungen erreicht werden.

Einer noch intensiveren Nutzung vorhandener Flächen sind Grenzen gesetzt. Nur 7% sind guter Ackerboden und niederschlagsreich, 4,5% von ausreichender Bodenqualität. Die Trockengebiete nehmen fast 70% des Landes ein.

Alarmierend wirkt ein Bericht der kenianischen Regierung, der feststellt, „daß die landwirtschaftliche Expansion in den vergangenen Jahren auf Kosten einer weitreichenden Bodenerosion, einer Auslaugung des Bodens und Zerstörung der einheimischen Wälder erreicht worden ist“.¹

Aufgrund ihrer hohen Auslandsverschuldung hatte die Regierung Moi zunehmend die Ausweitung der devisenbringenden cash-crop (Handelsgewächse, d.h. für den Weltmarkt bestimmte Agrarprodukte wie Baumwolle, Tee usw.)-Produktion gefördert – und ökologische Schäden und Versorgungsengpässe bei Grundnahrungsmitteln in Kauf genommen.

Kenias Bemühen nach der Unabhängigkeit 1963, mittels Importsubstitution eine einheimische Industrie aufzubauen, erlitt in den 70er Jahren einen Rückschlag, nicht zuletzt durch verteuerte Ölimporte, auf die das Land angewiesen ist. Der Agrarsektor, aus dem mehr als die Hälfte der Exporterlöse stammen, dominiert weiterhin die Wirtschaft.

Wichtige Devisenbringer sind Kaffee (1979:29%) und Tee (16%), außerdem Pyrethrum und Sisal (1-2%). Um seine Weltmarktabhängigkeit von Kaffee und Tee zu

verringern – brachten beide 1977 noch 77% der Gesamterlöse ein, waren es nach dem Preisverfall 1979 nur noch 50%² –, diversifizierte Kenia das Angebot seiner landwirtschaftlichen Exporterzeugnisse.

Nun werden neben Zucker auch Gemüse, Ananas, Erdbeeren und Blumen ausgeführt. Luxusgüter, die die knappen Bodenressourcen dem Anbau von Nahrungsmitteln für den einheimischen Markt entziehen.

Doch schon in der Kolonialzeit waren die fruchtbaren Böden im Hochland für die Tee- und Kaffeepflanzungen der britischen Siedler und Gesellschaften reserviert. Die afrikanische Bevölkerung wurde in Reservate abgedrängt.

Oder die zur Plantagenarbeit verpflichteten Kikuya-Bauern erhielten eine winzige Parzelle zur Selbstversorgung auf dem Farmland. Infolge der Landverknappung wurde der Boden überbeansprucht und jahrhundertlang klimatisch und ökologisch angepaßte Anbaumethoden (Mischkultur, Brachezeiten) aufgegeben.

Diese ungleiche Landverteilung blieb auch nach der Unabhängigkeit ein wesentliches Merkmal der kenianischen Agrarstruktur. Die Plantagen der ausländischen Unternehmen wurden nicht angetastet, allein die Ausdehnung der Nutzflächen untersagt.

Einige der ehemals europäischen Farmen wurden in Staatsfarmen umgewandelt, die restlichen Ländereien gelangten in den Besitz der finanzkräftigen kenianischen Bourgeoisie.

Diesen Großbetrieben steht die Vielzahl kenianischer Kleinbauern gegenüber, die von der Subsistenzlandwirtschaft leben. Ihre wenigen Überschüsse verkaufen sie auf dem

lokalen Markt, um Bargeld für einfache Konsumgüter, Schulgebühren usw. zu erhalten. Verschlechterung der Böden, Erbteilung, Landknappheit und der wachsende Bevölkerungsdruck (jährlich 4%) zwingen viele Familien, in dünnerbesiedelte Gebiete mit geringem landwirtschaftlichen Potential umzusiedeln oder aber in die Städte abzuwandern.

Daneben hat sich ein kleinbäuerlicher Sektor herausgebildet, der cash crops erzeugt. Durch staatliche Förderung wurden hauptsächlich Kaffee und Tee zu einem kleinbäuerlichen Agrarprodukt.

Die transnationalen Unternehmen haben sich der veränderten Situation angepaßt. Sie sind zu einer intensiveren Bewirtschaftung, verbesserten Verwaltung ihrer verbliebenen Flächen und zu ertragreicheren Sorten übergegangen.

Viele Multis schätzen mittlerweile den Vorteil, das Produktionsrisiko den Kleinbauern zu überlassen. Sie kümmern sich vorrangig um das Management, liefern das technische Know-how, kontrollieren Weiterverarbeitung, Transport, Handel, Vertrieb und Verteilung der Produkte.

Oder sie investieren in anderen Branchen, wie Brooke Bond Liebig z.B. in der Gemüseproduktion und Agrochemie. Der Tabakriese BAT (British American Tobacco) unterstützt das kenianische Landwirtschaftsministerium beim Aufbau einer Geflügelindustrie.

Als eine ihrer vordringlichsten wirtschaftspolitischen Aufgaben sieht die Regierung Moi die Verbesserung ihrer Zahlungsbilanzen an. Hierbei fällt der Erweiterung der einheimischen Nahrungsmittelverarbeiten-



Arbeiter einer Teeplantage im kenianischen Hochland

den Industrie eine wesentliche Rolle zu. Nahrungsmittelimporte wie Weizen, Frühstücksflocken und Zucker, die vor allem den städtischen Konsumenten dienen, verschlingen wertvolle Devisen. Zucker ist für viele afrikanische Staaten zum zweitwichtigsten Ausgabeposten für Nahrungsmittel geworden.

Neben einer Verringerung der Importausgaben, so hofft man, könnten Überschüsse der einheimischen Produktion im Gegenteil noch exportiert werden und Devisen einbringen. Auch zeigen Kenias Politiker Interesse an der Perspektive Zucker in Äthanol umzuwandeln, wie es bereits von Brasilien praktiziert wird, um damit Kraftstoffreserven einzusparen.

Um einen raschen Ausbau der einheimischen Zuckerindustrie zu gewährleisten, hat sich die Staatsführung für eine Beratung und Beteiligung durch das Agrobusiness entschieden. Politische Stabilität, ein günstiges Investitionsklima (Gesetz zum Schutz ausländischer Investitionen) und ein expandierender städtischer Absatzmarkt bieten diesem gegen Anreize.



Ablieferung gepflückter Kaffeebohnen

Am kenianischen Zuckergeschäft sind u.a. die Unternehmen Madhavi und Metha (Indien) sowie die britischen Multis Lonrho, Tate & Lyle und Booker McConnell beteiligt. Diese beraten und managen die zumeist staatlichen Pflanzungen und Fabriken, und erhalten für ihre Dienstleistungen entsprechende Vergütungen.

Am kenianischen Zuckerprojekt Mumias ist Booker McConnell zwar nur mit 5% des Grundkapitals beteiligt, doch das Management wurde von ihm übernommen. Die Aktienmehrheit des Staates bedeutet zudem, daß Infrastrukturmaßnahmen von staatlicher Seite finanziert werden müssen. Außerdem können so Entwicklungshilfegelder eingesetzt werden.³

Neben den Kernplantagen erzeugen Kleinbauern auf Vertragsbasis Zuckerrohr. Staatliche Investitionsanreize haben viele bewogen ihren traditionellen Maisanbau aufzugeben, um stattdessen Zuckerrohr anzupflanzen.

Dies führte im Zuckergürtel Kenias, den westlichen Provinzen, mittlerweile zu einer erheblichen Verknappung von Grundnahrungsmitteln. Ärztlichen Berichten zufolge haben in dieser Region, der eigentlichen Kornkammer des Landes, Mangel- und Fehlernährung zugenommen.⁴

Viele Bauern bepflanzen den größten Teil ihrer Felder mit Zuckerrohr, und es bleibt ihnen für den Anbau von Mais und Bohnen nur eine geringfügige Fläche über. Um die großen Familien zu ernähren, werden diese Parzellen intensiv bewirtschaftet, die Böden mehr und mehr ausgelaugt.

Die Erträge vermindern sich. Sinken zusätzlich die Erzeugerpreise, bedingt durch Weltmarktschwankungen und Quotenkürzungen, kehrt Hunger in die Gegend ein. Manche Zuckerunternehmen zeigen sich dann auch unfähig, mangels Lagermöglichkeiten die Ernten aufzukaufen, da sie zunächst die Produktion der Kernplantage verarbeiten. Protestkundgebungen der hungernden Bevölkerung werden mittels Polizeigewalt aufgelöst.⁵

Den Kauf zusätzlicher Nahrungsmittel können sich viele Familien in Krisenzeiten oder Dürreperioden nicht leisten. Ein Sack Mais kostet dann oft das Dreifache. Oder es gibt in der von Monokultur geprägten Region einfach keinen Mais zu kaufen.

Während von staatlicher Seite Kaffee- und Teevermarktungsbehörden gefördert wer-

den, liegt der Aufbau von funktionierenden Einkaufs- und Verteilungsorganisationen bei Grundnahrungsmitteln eher im argen. So wurde zu Anfang der 80er Jahre trotz absehbarer Dürreschäden noch Mais exportiert. Es fehlte an Lagermöglichkeiten für die Rekordmengen der vorangegangenen Jahre.

Aber auch die veränderten Ernährungsgewohnheiten verstärken das Hungerproblem. Hybridmais hat die trockenheitsresistenteren Nutzpflanzen wie Hirse und Sorghum vielerorts verdrängt. Die hochgezüchteten Maissorten, die jährlich neues Saatgut benötigen, reagieren empfindlicher auf Wassermangel, was oft zu ganzen Ernteausfällen führt.

Auch Jams ist in Kenia selten geworden. Diese sehr anspruchslose, stärkehaltige Knollenfrucht bleibt im Boden, dort läßt sie sich jahrelang lagern. Nur braucht Jams, eine Schlingpflanze, Bäume zum hochranken. Diese jedoch mußten u.a. vielen Monokulturen weichen.

Daß Monokulturen nicht nur kurzfristig Hunger bringen, sondern auch langfristig Hunger erzeugen, erleben die Tabakbauern in der Gegend von Meru. Dort hatte Ende der 70er Jahre BAT Kenya Ltd., eine große Tochter des Multis British American Tobacco (BAT), zahlreiche Kleinbauern motivie-

ren können, Tabak für den einheimischen Absatz anzubauen.⁶

Die hohen Erzeugerpreise verleiteten viele kleinbäuerlichen Betriebe dazu, ihre Selbstversorgung ganz aufzugeben. Setzlinge, Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel wurden von BAT geliefert, die auch die Erntebahnung garantierte.

Die Tabakmonokulturen setzten der Umwelt jedoch enorm zu. Zur Fermentierung der grünen Blätter werden riesige Mengen Holz benötigt, pro ha Tabak etwa 1-2 ha Wald vernichtet. So begannen die Bauern die umliegenden Hügel abzuholzen.

Der Kahlschlag hatte Bodenerosion, Austrocknung des Bodens und schließlich Verwüstung zur Folge. BAT hatte sich Investitionskosten für eine moderne Fabrik- und Trockenanlage gespart, ohne Rücksicht auf die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts, ohne Rücksicht auf die künftige Nahrungsmittelsicherheit der lokalen Bevölkerung. Lohnt sich in einer Gegend der Anbau für den Konzern nicht mehr, verlagert er seine Produktionsstätte.

Auf landesweite Proteste hin beteiligt sich das Unternehmen jetzt an der Wiederaufforstung. Er liefert Setzlinge an die Bauern, doch sind deren Böden landwirtschaftlich unbrauchbar geworden.

Man ist sich in Kenia des Problems der Abholzung mittlerweile sehr bewußt geworden. Von Wiederaufforstung ist in Kenia, das nur noch über 3% bewaldete Flächen verfügt, überall die Rede. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Kengo (Kenyan Energy Non-Governmental Organizations Association), Green belt-Movement und viele mehr nehmen Aufforstungsprogramme in Angriff.

Kommunale Verwaltungen, Genossenschaften, Schulklassen und Frauengruppen werden angeregt und beraten Bäume zu pflanzen. Besonders Frauen auf dem Lande, – sie müssen oft in 10-12 stündiger Arbeit Brennholz herbeischaffen – reagieren positiv.

Auch die betroffenen Zuckerrohr- und Tabakbauern haben aus der Hungersnot gelernt und sich umgestellt. Sie reduzieren ihre cash-crop-Anbauflächen und bauen wieder vermehrt Feldfrüchte für den Eigenbedarf an, soweit es ihnen Landressourcen und Verschuldung erlauben.

Wenn die kenianische Staatsbürokratie ihre immer wieder geäußerte Priorität der Selbstversorgung konkret durch faire Erzeugerpreise, gerechte Landaufteilung, verbesserten Vermarktungs- und Kreditmöglichkeiten für food-crop (Selbsternährungsgewächse) erzeugende Kleinbauern unterstützt, bleibt allerdings abzuwarten.

Anmerkungen:

- 1) Zit. bei: Dinham/Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika, Heidelberg 1985, S. 126
- 2) Siehe ebd., S. 123 und 124
- 3) A. Imfeld, Zucker, Zürich 1983, Dinham/Hines, S. 101ff.
- 4) Vgl. V. Kasch/U. Leffler/P. Schmitz, R. Tetzlaff, Multis und Menschenrechte in der Dritten Welt, Bornheim-Merten 1985, S. 113
- 5) Vgl. ebd., S. 111ff. und L. Timberlake, Krisenkontinent Afrika, Wuppertal 1986, S. 94
- 6) Kenya Times, 20.3.1985; A. Bänzinger, Die Saat der Dürre, Afrika in den achtziger Jahren, Bornheim-Merten 1986, S. 111; V. Kasch u.a., Multis und Menschenrechte... a.a.O., S. 110f.; Deutsche Volkszeitung, 26.2.1981

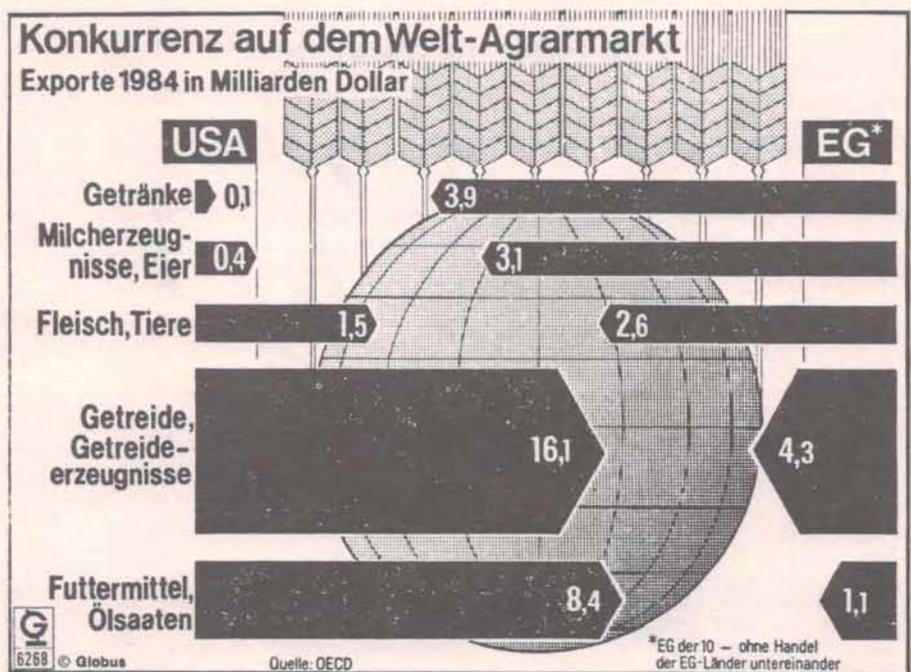
ter, die mit ihren Familien ungefähr 25% von Simbawes Bevölkerung ausmachen, am schlechtesten dran."

Auf die Erhöhung der Mindestlöhne reagierten die kommerziellen Farmer in Simbabwe durch Intensivierung der Arbeit, Produktionsumstellungen und verstärkter Einsatz von Teilzeitkräften. Höhere Löhne gefährdeten die internationale Konkurrenzfähigkeit, so argumentieren die Agrobetriebe – nicht allein in Simbabwe – gegen Lohnerhöhungen.

Afrikas Export fremdbeherrscht

Nicht selten haben Plantagenbetriebe in Afrika Schwierigkeiten, vor allem für Arbeitsspitzen, eine ausreichende Anzahl von Arbeitskräften zu rekrutieren. Der Grund: miserable Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die TNK dominieren die Weltmärkte für Afrikas Exportprodukte (vgl. Tabelle). Mittels staatlicher Vermarktungsgesellschaften haben einige afrikanische Staaten zumindest eine Kontrolle über Exportmengen und -preise; eine konzerninterne Unterfakturierung der Exporte, eine Variante der berüchtigten Transferpreismanipulationen, zwecks Gewinntransfer wird so unterbunden. Da den Vermarktungsbehörden nur wenigen Konzerne als potentielle Abnehmer gegenüberstehen, sind ihre Handlungsspiel-



räume jedoch gering.

Bei den internationalen Rohstoffabkommen, die, so die Absicht, die Rohstoffpreise stabilisieren sollen, verhandeln zwar Regierungen, im Hintergrund stehen aber die Konzerne. Diese sind nicht notwendigerweise gegen derartige Abkommen. So kommentierte der Zuckermulti Tate & Lyle die Zuckerabkommen so: „Die Abkommen haben uns sehr genützt.“

Umstellungen bei den Produktionsver-

fahren in den kapitalistischen Metropolen können enorme Veränderungen auf den Rohstoffmärkten nach sich ziehen. Das wird den zuckerexportierenden Staaten derzeit drastisch vor Augen geführt.

Die Umstellung von Zucker auf Isoglucose auf Maisbasis der führenden Soft-Drink-Hersteller in den USA hat zu einem enormen Rückgang des Zuckerverbrauchs in den USA geführt.

Von enormer Bedeutung sind TNK auch bei Herstellung und Lieferung von Inputs für die Agrarproduktion. Das fängt schon beim Saatgut an.

Wesentliche Veränderungen auf diesem Feld bewirkte die Entwicklung und Verbreitung sog. Hohertragsorten, die sog. Grüne Revolution. Die Initiative ging von US-amerikanischen Industriestiftungen aus.

Kontrollschlüssel Saatgut

Die Düngemittelindustrie, deren Absatz durch die neuen, auf hohe Düngergaben angewiesenen Sorten stimuliert wurde, gehörten lange zu den aktiven Förderern des Projektes. „Hat man die Kontrolle über das Saatgut“, so der kanadische Experte Pat Mooney, „ist man der Kontrolle über die gesamte Nahrungskette schon recht nahe: Man kann bestimmen, welche Pflanzen angebaut werden, welche Agrochemikalien eingesetzt werden und wo die Produkte verkauft werden.“

Diese Tatsache ist den TNK nicht entgangen. Sie sind voll in das Geschäft mit dem Saatgut eingestiegen.

Sehr hilfreich sind für sie zahlreiche „Hilfs“programme multilateraler Organisationen und bilateraler „Hilfs“geber. Diese fördern nämlich den Einsatz von Hohertragsaatgut.

| Transnationale Konzerne, die den Weltmarkt für Afrikas wichtigste Agrarerzeugnisse beherrschen | | |
|--|---|--|
| Erzeugnis | Unternehmen | Bemerkungen |
| Kakao | Cadbury-Schweppes, Nestlé, Gill & Duffus, Rowntree | Diese 4 TNK kontrollieren zusammen 60-80% des Weltkakaohandels |
| Tee | Unilever, Cadbury-Schweppes, J. Lyons (jetzt Tochter von Allied Breweries), Nestlé, Standard Brands, Kellogg's, Coca Cola | Über sie läuft ca. 90% des in Westeuropa und Nordamerika vertriebenen Tees |
| Kaffee | Nestlé, General Foods, Rothfos, Jacobs-Suchard, Cargill | |
| Zucker | Tate & Lyle, Sucden, Philip Brothers | |
| Melasse | Tate & Lyle | 40% des Welthandels |
| Palmöl | C Itoh, Unilever, Lesieur | |
| Tabak | BAT, R.J. Reynolds, Phillip Morris, Imperial Group, American Brands, Rembrandt Group (Rothmans; Südafrika) | Kontrollieren zusammen 89-95% des Roh-tabakhandels |
| Baumwolle | Velkart, Cargill, Bunge, Ralli Brothers, Soga Shosho, Bambax, Blanchard | Diese TNK kontrollieren zusammen mit 9 anderen Mischkonzernen 85-90% des Weltbaumwollhandels |
| bei Afrikas Agrarimporten: | | |
| Getreide | Cargill, Continental Grain, Bunge y Born, Louis Dreyfus, André et Cie. | Zusammen 87% des Weltgetreidehandels (im Jahr 1983) |

(Quellen: B. Dinham & C. Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika (Vorwort von Al Imfeld), Heidelberg/Brazzaville 1985, S. 60, Tab. 1.2.; ergänzt und aktualisiert durch: A. Imfeld, Zucker, Zürich 1983, S. 68; South, London, Mai 1986, S.45; Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1984, S. 34 und Juni 1985, S. 25)



Es gelang den Multis, zuerst bei der Welt-ernährungsorganisation FAO und später beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), unter das Mäntelchen der UNO zu schlüpfen, um von dort ihre „technischen“ Lösungen voranzutreiben.

Besonders wichtig ist den Multis der patentähnliche Sortenschutz. Während die Multis sich das Saatgut teuer bezahlen lassen, besorgen sie sich das Grundmaterial meist aus der Dritten Welt – ohne zu zahlen, versteht sich.

Verlust an genetischer Vielfalt

Besonders lukrativ ist die Züchtung von Hybriden. Diese können nämlich nur einmal verwendet werden, so daß das Saatgut für jede Saat neu gekauft werden muß. Die Hybridforschung ist nur Großfirmen möglich.

Auf dem Saatgutsektor hat sich eine starke Konzentration vollzogen. Er wird von Öl- und Chemiekonzernen dominiert.

Führend ist Shell mit 71 Saatguttöchtern und vertraglichen Arrangements. Es folgen Sandoz und Ciba-Geigy, beide aus der Schweiz. Auch Kema Nobel und Cardio (beide Schweden), Elf-Aquitaine und Rhône-Poulenc (beide aus Frankreich), Suiker-Unie (Niederlande) und u.a. die US-Unternehmen Pfizer, Upjohn, Olin, Occidental und Cargill sind Größen im Saatgutgeschäft. Auch Höchst und Bayer sind ins Saatgutgeschäft eingestiegen.

Daß so viele Chemiekonzerne im Saatgutgeschäft zu finden sind hat seinen guten Grund: Sie stimmen Saatgut und Agrochemikalien aufeinander ab und verkaufen sie gleich als Paket.

Das Hohertragssaatgut ist gegen Krankheitsepidemien anfälliger und benötigt

zur Entfaltung seiner Hohertragskraft in der Regel hohe Düngergaben. Damit kommt dieses Saatgut nur für Landwirte mit höherer Marktproduktion in Frage. Die afrikanischen Staaten müssen die Vorprodukte zum wesentlichen Teil einführen; entsprechend steigen die Exportzwänge. Das weltbankgeförderte Nationale Maisprogramm in Tansania, das Hybridmais verwendete, war beispielsweise weitgehend ein Mißerfolg.

Experten, so Philip Raikes, „haben ohnehin die Idee der Monokultur plus Dünger als eine langfristige Strategie unter Bedingungen, wo der Verschlechterung der Bodenstruktur oft ein Hauptproblem ist, in Frage gestellt“. Ökologisch noch weit bedenklicher ist, daß die Züchtungspolitik der Konzerne zu einem immer stärkeren Verlust an genetischer Vielfalt führt.

Zuletzt noch zu einer weiteren, häufig vernachlässigten Variante des Agrobusiness in Afrika: dem Agrobusiness als Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln.

In der „Weizenfalle“

Veränderungen in der Sozialstruktur, Konzernstrategien und Nahrungsmittel-„hilfe“ haben in zahlreichen afrikanischen Ländern zu einem verstärkten Brotkonsum geführt. Weizen kann meist nicht angebaut werden oder doch nur zu enormen Kosten. Nicht allein Nigeria ist in der „Weizenfalle“, wie Gunilla Andrae und Bjorn Beckman eine Studie über Nigeria betiteln, gefangen.

Auch die Bierherstellung gehört zum Agrobusiness. Die Bierindustrie in Burkina Faso ist eine nur allzu bezeichnende Illustration der Rolle des Agrobusinesses in der Genußmittelproduktion.

1984 gab es in Burkina Faso zwei Brauereien (eine zu etwa 80% durch französisches Kapital kontrolliert, die andere mit 51% burkinabé Kapital). Die meisten Vorprodukte dieser Brauereien werden importiert.

Großzügige Steuervorteile sicherten ihnen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dolo, dem lokalen Bier auf Sorghobasis. Sorgho wird in Burkina Faso angebaut. Dolo wird nur von Frauen hergestellt. Etwa 15% der Frauen Burkina Fasos sind zumindest zeitweise mit dem Brauen von dolo beschäftigt.

In der industriellen Bierproduktion arbeiten nur wenige hundert Arbeiter. Dank staatlicher Begünstigung und dem Ruf der „Modernität“ konnte das „europäische“ Bier seit der Unabhängigkeit seinen Marktanteil stark ausweiten. Auch die Nahrungs- und Genußmittelmärkte Afrikas sind im Visier des Agrobusiness.

Wenn das Agrobusiness auch in begrenztem Maße industrielle Anlagen in Afrika betreibt, so sind doch Industrie und Landwirtschaft nicht aufeinander abgestellt. Wechselseitige Verbindungen zwischen Industrie und Landwirtschaft sind am ehesten in Südafrika sowie in Simbabwe gegeben. In beiden Fällen gibt es eine (nationale) Siedlerbourgeoisie von politischem Gewicht.

2,50 DM

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITUNG
Sonderheft 1/87

Die Kunst des Überlebens

NICARAGUA

Themen:

- Die Facetten der US-Aggression
- Contra-Krieg und Volksverteidigung
- Die Menschenrechtskampagne
- Soziale Bilanz der Revolution
- Der Weg zur Überlebenswirtschaft
- Die Amtskirche stößt auf Widerstand
- Die neue Verfassung
- Städtepartnerschaften
- Interview mit Sergio Ramirez
- Die Bonner Contra-Hilfe

36 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____

Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Aboppreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab verschenken.

befristet für ein Jahr

unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

Rechnung

Datum Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum Unterschrift

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort

Betr.: Kreditverlängerungen für Südafrika
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Dresdner Bank AG, die Deutsche Bank AG und die Commerzbank AG sind Mitglieder im "Technischen Ausschuß" für die Umschuldung der von Südafrika nicht zurückgezahlten Kredite.
Rechtzeitig vor den Umschuldungsverhandlungen im Februar 1986 hat Präsident Botha "Reformen" in Südafrika angekündigt. Erwartungsgemäß wurden diese Versprechungen kaum eingehalten, die Abschaffung der Apartheid war ohnehin nicht geplant.
Seither hat sich die Lage in Namibia und Südafrika dramatisch verschlimmert. Schuld daran sind auch die bundesdeutschen Banken, die weiterhin mit dem Apartheid-Regime Geschäfte machen und Kredite geben oder verlängern.
Die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank haben den Kreditverlängerungen im Februar 1986 zugestimmt. Ich fordere Sie auf, weiteren Umschuldungen mit Südafrika solange nicht zuzustimmen, bis die Apartheid restlos abgeschafft ist.
Mit freundlichem Gruß

Datum des Poststempels

Absender:

-.60 DM

POSTKARTE



An die Dresdner Bank AG, die
Deutsche Bank AG, die Commerz-
bank AG
zHd des Vorstandes der
Dresdner Bank AG
Jürgen-Ponto-Platz 1
6000 Frankfurt/Main 1

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name) _____
 (Straße/Hausnummer) _____
 (Ort) _____
 (Name) _____
 (Straße/Hausnummer) _____
 (Ort) _____
 (Name) _____
 (Straße/Hausnummer) _____
 (Ort) _____

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Bankenaktionstag 21. Mai 1987:

KEIN GELD FÜR APARTHEID



- Kaufen Sie keine Krügergoldstücke
- Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse, ob sie Südafrika-Geschäfte macht
- Wenn ja: Machen Sie Ihrer Bank klar: Nicht mit meinem Geld!
- Wechseln Sie zu einer „sauberen“ Bank oder Sparkasse

Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Siegesstr. 9, 8 München 40

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51

Georg Diederichs Hungernothilfe und das UNO/FAO-Konzept

In den meisten afrikanischen Ländern haben 1986 genügend Regenfälle zu einer deutlichen Verbesserung der Ernteaussichten und der Nahrungsmittelproduktion geführt, so daß die Gefahr einer fortgesetzten Dürre und einer daraus resultierenden Massenhungernot vorerst gebannt zu sein scheint. Trotzdem bleibt die Ernährungssituation in vielen Gebieten weiterhin prekär.

Gemeinhin wurde die jahrelange Dürreperiode (in manchen Gebieten gab es 17 Jahre lang unterdurchschnittlich geringe Regenfälle, wobei sie in den letzten fünf Jahren sogar um mehr als 40% hinter den normalen Durchschnittswerten zurückblieben) als zentrales Problem der „afrikanischen Hungerkatastrophe“ angesehen.

Doch konnte erst die Kombination von Dürre mit den sich allgemein verschlechternden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, einer fortschreitenden Verarmung, chronischen Strukturproblemen, verfehlten sektoralen Wirtschaftspolitiken sowie Fehlentwicklungen im ökologischen und sozialen Bereich eine Notlage des bekannten tragischen Ausmaßes hervorrufen.

Geld rein, Hunger raus?

Zu Beginn des Jahres 1985 hatte die durch das Zusammenwirken der genannten Faktoren bedingte Krise schier unvorstellbare Dimensionen angenommen: Schätzungsweise 150 Mio Menschen lebten in den von Dürre betroffenen Ländern, bedroht von Hunger und Unterernährung. 30 bis 35 Mio – davon 3/4 Frauen und Kinder – waren besonders gefährdet. Etwa 10 Mio waren geflohen oder hatten ihre Wohnstätten auf der Suche nach Nahrung, Wasser und Weiden verlassen. Fast die Hälfte war in zeitweiligen Auffanglagern untergebracht. Hunderttausende starben.

Die mittels Fernsehen in die Wohnstuben transportierten Schreckensbilder aus Äthiopien, Mosambik oder Mali lösten daraufhin eine regelrechte Welle „demonstrativer Nächstenliebe“ aus. In der Bundesrepublik etwa erbrachte ein im Januar 1985 medienwirksam inszenierter „Tag für Afrika“ die Massenkollekte von 120 Mio DM für die Hungernoten.

Und das von dem irischen Pop-Star Bob Geldof im Sommer desselben Jahres organisierte Rock-Spektakel „Live Aid“, eine per Satellit zusammengekoppelte Synchronveranstaltung in London und Philadelphia, an der fast die gesamte Riege bekannter Rockmusiker sowie eine Fernsehgemeinde von 1,5 Mrd Menschen teilnahm, trug immerhin umgerechnet rund 200 Mio DM ein.

Doch dem Höhenflug barmherzigen Samaritertums sollte schon bald erste Ernüchterung folgen. So stellte sich z.B. heraus, daß ein Großteil der in der Bundesrepublik gespendeten 120 Mio DM, trotz aller Aufrufe zur „Soforthilfe“, zunächst einmal auf den Konten der Hilfsorganisationen verblieb. Und auch von dem Geld, das bereits ausgegeben worden war, blieb das meiste im Land: bei den Produzenten von Zelten, Decken, Lagerhallen und bei den internationalen Speditions- und Luftfrachtgesellschaften, – als satte Profite.

Und auch Bob Geldof, der mit „Band

Enthusiasmus caritativer Hilfe mischten sich kritische Stimmen, die darauf hingen, daß das Prinzip „Geld rein, Hunger raus“ so einfach nicht funktionieren würde.

Wer etwa den Eindruck erwecke, mit Spendengeldern oder auch mit den bescheidenen Summen unter dem Etikett Entwicklungshilfe sei der Hunger in der Welt zu beseitigen, der säe nicht nur Resignation. Er mache sich auch mitschuldig daran, daß die Probleme verharmlost würden und daß „die Profiteure ungerechter, entwicklungshemmender, Hunger verursachender Faktoren, von öffentlicher Kritik unbehelligt, weiterwursteln können wie bisher“. Dies erklärte z.B. der Pressereferent von „Brot für die Welt“, Herbert Hassold, im Januar 1985 bei einer Tagung der Rabanus Maurus Akademie zum Thema „Hungerhilfe“ in Wiesbaden.

Produktionshilfe tut Not!

Es käme darauf an, so Hassold weiter, „das ganze System zu hinterfragen, das die Entwicklungsländer dazu zwingt, agrarische Potentiale für unseren Überfluß statt für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu nutzen“.

Kritische Stimmen kamen und kommen aber auch aus Afrika selbst. So erklärte etwa der Staatschef Burkina Fasos, Thomas Sankara, in einem Interview mit



FAO-Regionalkonferenz zu Afrika in Yamoussoukro 1986

Aid“ schon vor dem Mammut-Rock-Konzert „Live Aid“ und danach noch mit „Sport Aid“ Aktionen für die Afrikanerhilfe organisiert hatte, mußte sich, mittlerweile von der englischen Königin sogar mit einem Orden dekoriert, fragen: „War das alles?“ So lautet zumindest der Titel eines kürzlich von ihm veröffentlichten Buches.

Doch auch schon in den anfänglichen

„Fraternité Matin“, einer in Abidjan (Elfenbeinküste) erscheinenden Tageszeitung: „Wenn ich sage, daß uns heutzutage, da wir uns der Dürre und dem Vorschreiten der Wüste gegenübersehen, niemand in konkreter Weise hilft, dann meine ich damit folgendes:

Ich möchte, daß die Hilfe sich deutlich von der Nahrungshilfe unterscheidet, wie sie uns die Staaten des Nordens heu-

te gewähren. Denn diese Hilfe stellt in Wirklichkeit eine Behinderung unserer eigenen Entwicklungsanstrengungen in der Landwirtschaft dar, weil sie bei unseren Bauern eine Bettler-Mentalität fördert. (...)

Unsere Landwirtschaftsexperten sind Experten im Briefeschreiben geworden. Die brauchen nur noch Briefe an internationale Organisationen zu schreiben, in denen sie diese um Nahrungshilfe anbetteln. Dies ist der einzige Beitrag, den sie leisten, oder jedenfalls der meisten dieser Leute.

Wir aber sagen dazu Nein, und fordern, daß die Nahrungshilfe nach und nach durch Produktionshilfe ersetzt wird, durch eine Hilfe, die uns die Produktionsmittel gewährt, wie etwa Maschinen, Geräte, Dünger. Mit dieser Art von Hilfe sind wir voll einverstanden."

Eine für diese Art von Hilfe wichtige Institution ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen. Innerhalb der UNO fällt ihr die Verantwortung für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei, Forsten und ländliche Entwicklung zu.

Ursprünglich als eine im wesentlichen berichtende und die internationale Willensbildung auf ihrem Sektor koordinierende UN-Behörde entstanden, wuchs die FAO schnell in die Rolle eines technischen Dienstleistungsbetriebs für Entwicklungsfragen hinein.

So wurde sie, nach der Gründung des UN-Fonds für Technische Hilfe (1949) und des UN-Sonderfonds (1958), zum

Hauptauftragnehmer dieser später im UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) zusammengeschlossenen Finanzierungsinstrumente.

Im Rahmen ihrer Entwicklungsprogramme leistet die FAO technische Hilfe, Investitionsvermittlung und Sonderhilfe. Vor allem mit ihren mittlerweile über 5.000 technischen Hilfsprojekten ist sie in allen Teilen der Dritten Welt vertreten. Das FAO-Schild an der ländlichen Forschungsstation, der FAO-Geländewagen unterwegs in entlegene Gegenden, der FAO-Berater für Geflügelzucht, ländliches Kreditwesen oder Obstvermarktung im Projektgebiet u.a.m. sind in vielen Entwicklungsländern ein vertrauter Anblick.

Im Anschluß an Projekte der technischen Hilfe vermittelt die FAO Investitionen, d.h. sie bringt den Kapitalgeber und die Regierung des auf Investitionen angewiesenen Landes zusammen. Mit dieser Investitionsvorbereitung und Maklertätigkeit setzt die FAO übrigens etwa 2,5 Mrd Dollar im Jahr um.

Zwei Schienen der Afrikahilfe

Schließlich leistet die FAO noch Sonderhilfe, um von Naturkatastrophen und Hungersnöten betroffenen Ländern bei der akuten Linderung von Notständen zu helfen und die landwirtschaftliche Produktion wieder aufzubauen. Finanziert werden derlei Maßnahmen aus freiwilligen Beiträgen und aus Mitteln des FAO-Programms für Technische Zusammenarbeit (TCP). Zuständig für Mobilisierung und Koordination der Sonderhilfe ist das FAO-Büro für Sonderhilfemaßnahmen (OSRO).

In Afrika leistete 1984/85 allerdings das extra zu diesem Zweck vom UN-Sekretariat eingesetzte Büro für Nothilfemaßnahmen in Afrika (OEOA) den entscheidenden Beitrag zur Mobilisierung und Koordination der internationalen Sonderhilfe. Im OEOA arbeiteten Vertreter des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP), des Katastrophenhilfsamts (UNDRO), des Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR), des Kinderhilfswerks (UNICEF), des Welternährungsprogramms (WFP), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der FAO und des Büros für besondere politische Fragen im UN-Sekretariat zusammen.

Dieser wegen bürokratischer UN-Strukturen und unnötigem Kompetenzgerangel vor Ort zunächst schwierigen Zusammenarbeit war es aber doch zu verdanken, daß die bereitgestellte Nothilfe von ca. 3,8 Mrd \$ weitestgehend zeitgerecht und massiv eingesetzt werden konnte, was Hunderttausenden akut vom Hungertod bedrohten Menschen das Über-

leben gesichert hat.

Ende Oktober 1986 wurde das OEOA als separate Einheit des UN-Sekretariats wieder geschlossen. UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar (Peru) gab allerdings Vorkehrungen bekannt, die eine schnelle und wirksame Reaktion des UN-Sekretariats auf künftige komplexe Notlagen sicherstellen soll.

Bereits Ende Mai/Anfang Juni 1986 hatte sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit der kritischen Wirtschafts- und Versorgungslage auf dem afrikanischen Kontinent befaßt und ein „Aktionsprogramm der UNO für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas bis 1990“ verabschiedet.

Zum Abschluß ihrer fünftägigen Sondersitzung befürworteten die 159 Delegationen seinerzeit einen von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vorgelegten Plan, der bis 1990 Investitionen von 128 Mrd \$ vorsieht, von denen die afrikanischen Staaten selbst 82 Mrd \$ aufbringen wollen. Der Aufruf der OAU an den Rest der Welt, die fehlenden 46 Mrd \$ beizusteuern, fand bei den Delegierten allerdings ebensowenig ein Echo in Form konkreter Zusagen wie die Forderung, 1/3 der afrikanischen Auslandsschulden (175 Mrd \$) zu streichen. So hieß es denn im UN-Aktionsprogramm lediglich, die internationale Gemeinschaft habe sich „verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ausreichende Mittel zu finden und Afrika bei seinen Entwicklungsbemühungen zu unterstützen“.

Als Schwerpunkte des UN-Aktionsprogramms 1986-90 wurden die Landwirtschaft, die Bekämpfung der Wüstenausbreitung, die Modernisierung der Verwaltungen sowie die Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit benannt. 1988 soll dann bei einer erneuten Sondervollversammlung der UNO zu diesem Thema eine Zwischenbilanz gezogen werden.

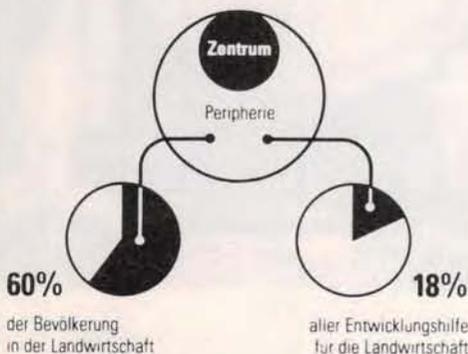
FAO-Prognose apokalyptisch

„Es gibt zwei Möglichkeiten der Hilfe“, schrieb FAO-Generaldirektor Edouard Saouma (Libanon) im Vorwort des Welt-ernährungsberichts 1985. „Die erste ist die Verbesserung der Leistung von Katastrophenhilfe. Die andere wäre die Schaffung einer Grundlage, auf der die Völker Afrikas ihre Landwirtschaft wieder aufbauen können. Afrika hungert nicht nur nach Nahrung, sondern auch nach den Mitteln, sie zu erzeugen.“

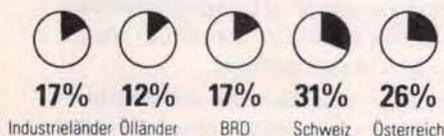
Um eine bessere Zukunft für Afrikas Landwirtschaft und damit eine Verbesserung der Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen, hat die FAO im September 1986 anläßlich ihrer

Entwicklungshilfe vernachlässigte die Landwirtschaft

Gesamte Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft 1974-1981



Öffentliche Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft 1979-1981





Setzlinge von Eukalyptusbäumen in Äthiopien – die FAO unterstützt die Wiederaufforstung

Regionalkonferenz für Afrika in Yamoussoukro (Elfenbeinküste) – quasi im Anschluß an das von der UN-Sondervollversammlung verabschiedete Aktionsprogramm – eine umfangreiche Studie mit dem Titel „Die afrikanische Landwirtschaft in den nächsten 25 Jahren“ vorgestellt.

Mit Hilfe eines für frühere Studien entwickelten Rechenmodells analysiert dieser FAO-Bericht zunächst, was geschehen würde, wenn die derzeitige Entwicklung über die nächsten 25 Jahre einfach so weiterginge. Die Ergebnisse sind geradezu apokalyptisch:

Die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf würde weiter fallen, durchschnittlich um 1% pro Jahr. Im Jahr 2010 würde Afrika demzufolge ungefähr 30% weniger Nahrungsmittel pro Kopf produzieren als im Jahr 1985. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Exportländer fiel von 26 auf vier und die Nahrungs-Selbstversorgungsquote würde drastisch sinken.

Während Nordafrika 1985 noch 53% seines Getreides selbst erzeugt habe, und die Länder südlich der Sahara 85%, würden diese Ziffern bis zum Jahr 2010 auf 34% bzw. 56% zurückgehen. Im Jahr 2010 würde Afrika 100 Mio t Getreide importieren müssen, um seine Defizite wettzumachen.

Allein die Kosten dieser Einfuhren würden mehr als das Doppelte der Erlöse aus den landwirtschaftlichen Exporten betragen, wenn diese weiterhin zurückgingen.

Als Ergebnis davon wären nur noch wenige Länder in der Lage, die Getreidemengen zu importieren, die sie benötig-

ten. Zwar könnte Nahrungsmittelhilfe einige akute Löcher stopfen, aber die meisten Länder wären nicht einmal mehr in der Lage, diese großen Mengen an Nahrungshilfe zu lagern und zu verteilen. Es gäbe daher immer wieder schwere Hungersnöte und „viele Länder würden sich an der Schwelle des Untergangs befinden“.

Solche Ergebnisse seien allerdings nicht unausweichlich. Laut FAO-Studie könnte z.B. die Agrarfläche um ungefähr 1% pro Jahr ausgedehnt werden, was die Gesamtagrarfläche von 215 auf etwa 265 Mio ha erweitern würde. Und auch die bewässerten Flächen könnten von 9,5 auf 14,5 Mio ha vergrößert werden.

Der Hauptanteil der Produktionssteigerung müßte jedoch aus höheren Erträgen kommen, die durch einen stärkeren Einsatz von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln wie etwa Dünger, verbessertem Saatgut und Mechanisierung zu erreichen wären. Dabei geht die FAO-Studie u.a. von einem sechsfachen Düngemittelverbrauch aus, was eine jährliche Verbrauchssteigerung von 7% bedeutet.

Eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation müßte allerdings auch mit Maßnahmen zur Erholung und Entwicklung der afrikanischen Ressourcenbasis, mit einer verstärkten Unterstützung der Bauern und nicht zuletzt einer Verbesserung des externen Wirtschaftsumfeldes einhergehen.

Vor allem Land- und Gewässerverschlechterung sind nach wie vor ein großes Problem. Agrarland wird überbeansprucht, Weideland überweidet, Wälder werden abgeholzt.

Aufforstung, Kleinbewässerung

Allein oder in Kombination führen diese Faktoren zu einer ständig zunehmenden Verwüstung. Die FAO-Studie schlägt deshalb eine Umstellung vom Wanderfeldbau auf den Anbau mehrjähriger Baumkulturen, Mischfeldbau, Nichtpflüge- oder zumindest Minimumpflügemethoden sowie die Errichtung von Barrieren gegen die Bodenerosion vor, um diese zu verhindern und die Fruchtbarkeit der Böden zu verbessern.

In diesem Zusammenhang empfiehlt die FAO-Studie auch, das weitere Abholzen der Wälder zu beenden und stattdessen wieder aufzuforsten. Der akute Brennholzangel sollte durch die Anlage von Brennholzplantagen in der Nähe der Dörfer und durch „Industrieplantagen“ in der Nähe der Städte behoben werden. Da große Bewässerungsanlagen für die rentable Produktion von Grundnahrungsmitteln oft zu kostspielig sind, sollten sich die Bemühungen daher mehr auf die Verbesserung traditioneller Bewässerungsmethoden wie etwa die Sumpf- und

Überschwemmungsbewässerung konzentrieren.

Bei der notwendigen Bekämpfung der Wüstenbildung kritisiert die FAO-Studie, daß die Dorfgemeinschaften bisher zu wenig in diese Maßnahmen einbezogen würden. Die Anlage von Windbrechern, Schutzgürteln und Pflanzungen entlang der Straßen sowie die Integration von Forst- und Viehwirtschaft in die Landwirtschaft könnten hier die Basis für eine neue Strategie bilden, bei der die Dorfgemeinschaften eine Schlüsselrolle spielen.

Projekte der FAO

- Zusammenarbeitende Kleinbauern in acht Bezirken Westkenias haben eine 30- bis 60prozentige Steigerung der Milchproduktion gemeldet, seitdem sie ertragreiche Futtermittel verwenden, die von einem FAO/UNDP-Projekt eingeführt wurden.
- In Ruandas Teil des Kivu-Sees in Ostafrika hat ein Projekt zur Förderung des Fangs pelagischer Fische eine Jahresproduktion von 60 Tonnen vorher wenig gefangener Fische erbracht.
- Ein Wiederaufforstungsvorhaben der FAO bekämpft zwei chronische Probleme auf den Kapverden – Bodenerosion und Arbeitslosigkeit. Rund 1.200 Personen sind bei dem Projekt auf 8.000 Hektar beschäftigt. (Quelle: Das Parlament, Bonn, Nr. 36/7.9.1985, S.11)

„Regierungen können gar nicht so viele Kleinprojekte beaufsichtigen, daher muß die Verantwortung für eine Reihe von ihnen an die Bauern und die Dorfgemeinden abgegeben werden. Die Bauern setzen sich aber für solche Projekte nur dann ein, wenn sie sicher sind, daß die Pläne dafür von ihnen selbst ausgehen, daß sie von ihnen kontrolliert und ausgeführt werden, gemäß ihrem Bedarf, und daß der Nutzen daraus ihnen zukommen wird.“

Letztlich kommt es auch darauf an, die Bauern durch erhöhte Produktivität ihrer Arbeit in den Markt zu integrieren. Neben einer entsprechenden ökonomischen und sozialen Infrastruktur gehören dazu allerdings auch landwirtschaftliche Erzeugerpreise, die Produktionsanreize bieten.

„Diese praktischen Maßnahmen durchzuführen“, so FAO-Generaldirektor Edouard Saouma, „ist die schwierigste Aufgabe der nächsten 25 Jahre.“ Allerdings könnte so z.B. das Getreidedefizit von derzeit 100 Mio auf 76 Mio t gesenkt werden, was – laut FAO-Studie – eine erhebliche Verbesserung der Versorgungssituation in weiten Teilen Afrikas bedeuten würde.

Darüber hinaus bleibt jedoch die dringende Aufgabe, die Ursachen von Hunger und Armut in den Ländern Afrikas zu beseitigen. Dürren werden wiederkehren – Hungersnöte müssen es nicht.



Äthiopisches Lager Korem 1984: Abtransport eines Verhungerten

Randolph Braumann

Sonderfall Äthiopien

„Afrika wird totgefüttert“ lautet der Titel eines sehr empfehlenswerten Buches, in dem der Redakteur des Umweltmagazins *natur*, Randolph Braumann, die Nahrungsmittelhilfe und Hungerverursacher in Afrika schonungslos aufs Korn nimmt. Einer radikalen Kritik unterzieht er auch die ganz besonders auf Äthiopien gemünzte westliche Kampagne, die im Interventionsanspruch gipfelt. Wir dokumentieren Braumanns Äthiopienkapitel mit freundlicher Genehmigung des Verlags Rasch und Röhrling.

Eine sachliche Beantwortung der Frage, warum wir Afrika nicht endlich vor unserer Verteilungswut retten, wird vor allem durch die Äthiopische Tragödie von 1984/85 erschwert. Zu biblisch waren die Ausmaße des Elends, als daß die großen Verteilungsgewinnler sich die Chance hätten entgehen lassen, die Gleichung Äthiopien = Afrika aufzustellen und gigantische neue Weizenlieferungen zu fordern.

Aber Äthiopien ist nun einmal ein Sonderfall. Kein anderes Land der Welt leidet wie Äthiopien unter Erosion. Niederschläge fallen im äthiopischen Hochland in kurzen aber heftigen Schauern, und das Regenwasser reißt von den Berghängen fruchtbare Erde mit sich. Das geschieht seit Jahrtausenden.

Erosion wie nirgendwo

Vom Flugzeug aus sehen riesige Gebiete Nordäthiopiens wie eine Mondlandschaft aus. Wenn man unten auf dem Boden steht, fragt man sich erst recht, wo hier überhaupt Menschen leben können.

In den letzten fünfzig Jahren hat die Erosion immer schlimmere Formen angenommen. Im alten Kaiserreich (Haile Selassie regierte von 1930 bis 1974) lagen große Flächen als „Kronland“ brach, weil sie jederzeit verfügbar sein mußten: Haile Selassie pflegte – wie übrigens alle

Kaiser vor ihm – die Loyalität von Fürsten und Notabeln durch Lehensvergabe zu belohnen.

Für die Bauern blieb dieses Kronland gesperrt (es sei denn, sie wären dort als Leibeigene der Fürsten eingesetzt worden). Die wachsende Bevölkerung mußte in immer unwirtlichere Regionen ausweichen, mußte immer steilere Bergänge roden und unter den Pflug nehmen. Je steiler aber die Hänge, desto rascher geht fruchtbare Erde verloren.

Es ist ein unabwendbar in den Untergang führender Prozeß: immer weniger Ertrag, dann immer neue Rodungen in immer noch höheren Bergregionen, dann Abholzung der letzten Wälder, dann Zerstörung der Grasnarbe durch Überweidung. Die bloßgelegte Erde, von tropischer Sonne ausgedörrt, wird vom Regen geradezu sintflutartig, hunderttausendtonnenweise, weggeschwemmt – mit dem Blauen Nil bis hinunter in den Sudan.

Ausgerechnet dieses Äthiopien, das jetzt als Paria der Welt dasteht, ist das einzige Land der Sahelregion, das den Kampf gegen die Verwüstung ernsthaft aufgenommen hat. In weiten Gebieten sind an den entwaldeten Hängen horizontale Gräben angelegt worden, die ablaufendes Regenwasser bremsen und die Versickerungsrate erhöhen. In Gemeinschaftsarbeit haben Bauern allein in der Provinz Eritrea schon 310.000 Kilome-

ter Terrassen und Gräben gezogen. Es gibt gar keinen Zweifel: Gerade Äthiopien verdient Unterstützung; und seine Bauern, die sich gerade erst von generationenlanger Unterdrückung erholen, verdienen auch unser Mitleid. Es war nun allerdings vorzusehen, daß jenes Mitleid, das der unselige „Tag für Afrika“ auf Äthiopien lenkte, sich sehr schnell ins Gegenteil verkehren würde. 24 Stunden nach der Gefühlskanonade gab es das erste Fernsehinterview, in dem einem der Hilfsorganisations-Gurus die Frage gestellt wurde, wann denn nun Äthiopien und mit ihm ganz Afrika wieder „okay“ sein würde. Die entscheidende Vorleistung – Geld für Nahrungsmittel in Hülle und Fülle – sei in Deutschland ja soeben erbracht worden.

Zaghaft deutete der Interviewte, der Geschäftsführer von „Brot für die Welt“, an, hundert Millionen seien soviel Geld nun auch wieder nicht; gleichzeitig wollte er aber die ganze Fernsehaktion, die schließlich auch seiner Organisation eine Menge Spenden eingebracht hatte, nicht kritisieren.

Auf den Bundesbürger prasselten jedoch schon bald nach dem „Tag für Afrika“ Meldungen hernieder, die verrietten, daß die Äthiopier sich nach all diesen tollen Vorleistungen – vor allem der Deutschen – leider wieder zu dumm anstellten. *Associated Press* meldete aus Addis Abeba: „Der in Äthiopien seit langem erwartete Regen (Vorstellung des Europäers: Wenn der Regen mal kommt, ist alles in Ordnung! Anm. d. Verf.) hat nach Angaben von westlichen Hilfskräften schätzungsweise 8.800 Tonnen Getreide verdorben, die der hungernden Bevölkerung als Hilfslieferungen geschickt worden sind. Die äthiopischen

Erosion in Wollo: selbst unter den Wurzeln der Eukalyptusbäume wurde Mutterboden weggeschwemmt



Behörden haben bereits zugegeben, daß 4.000 bis 5.000 der rund 110.000 Tonnen Hilfsgüter im Hafen Assab verrotten sind." Die äthiopischen Behörden haben bereits zugegeben! Wer gibt etwas zu? Der einer kriminellen Handlung Verdächtige. Also: Sie kriegen den Weizen von uns kostenlos, und jetzt lassen sie ihn verrotten!

Warum verrottet Weizen in den Häfen Assab oder Massawa? Weil es nicht ausreichend Lagerraum und weil es nicht genug Lkws gibt! Seit jenem „Tag für Afrika“ gibt es kaum eine Agenturmeldung aus Addis Abeba, in der nicht darauf hingewiesen wird, daß leider zuwenig Transportmittel zur Verfügung stünden. Das ist eine altbekannte Tatsache, aber plötzlich bekommt sie einen anklagenden Unterton. (...)

Der äthiopischen Regierung war in unseren Medien lange der Vorwurf gemacht worden, sie habe das Ausmaß der Hungerkatastrophe verheimlicht (was nicht stimmt, wie wir gleich sehen werden). Jetzt, nach dem Afrika-Spektakel, warf man ihr vor, was man ihr logischerweise gar nicht vorwerfen kann: daß sie nicht genügend Transportkapazität habe. Ein anderer Vorwurf, monatelang in unseren Zeitungen nachzulesen: Die Lage in Äthiopien sei deshalb so schlimm, weil Auffanglager errichtet worden seien. Die hätten eine große Anziehungskraft auf alle die ausgeübt, die eigentlich in ihren Dörfern hätten zurückbleiben sollen und wollen.

Konkret: Weil die Dorfbewohner wissen, daß es in den Camps Essen und Trinken und medizinische Versorgung gibt, pilgern sie dorthin – was ohne Zweifel katastrophale Folgen für die Landwirtschaft hat, denn zur nächsten Aussaat-

periode sind die Leute nicht auf ihren Feldern.

Nun wurde Anfang Mai 1985 das Lager Ibbet in der Nähe von Gondar geräumt. Die äthiopische Armee übernahm die Aufgabe, die Bauern in ihre Dörfer zurückzutransportieren. *dpa* meldete korrekt aus Addis: „Damit die Bauern angesichts der begonnenen Regenzeit wieder ihre Felder bestellen.“

Eine bundesdeutsche Zeitung kann wohl nicht anders, als hinter jeder Aktion der äthiopischen Armee eine Schurkerei zu vermuten. In einem Kommentar der „FAZ“ wurde jedenfalls ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „den vorliegenden Informationen zufolge bei der Aktion offenbar keiner der Hungerflüchtlinge ums Leben“ gekommen ist.

Äthiopisierung der Hungerkrise

Offenbar habe die Armee kleinere Nahrungsmittelrationen an die Lagerinsassen verteilt. Warnung der „FAZ“: Es müsse jedoch befürchtet werden, „daß die Rationen keinesfalls ausreichen“.

In Washington behauptete ein Mr. McPherson, Leiter der amerikanischen „Agentur für internationale Hilfe“ – und es stand natürlich in allen bundesdeutschen Zeitungen –, die „brutale Rücksiedlung der Flüchtlinge bedeute mit Sicherheit für die Hälfte von ihnen, etwa 30.000 Menschen, das Todesurteil“. Das Ganze sei ein „barbarischer Akt“.

Im Anschluß an diese Mai-Meldung hätte man ja gern erfahren, wie viele dieser Menschen gestorben sind, wirklich 30.000 oder vielleicht nur 10.000 oder tausend oder hundert? Es folgte keine Meldung mehr, was mich vermuten läßt, daß im Zuge dieser Rücksiedlungsaktion jedenfalls niemand gestorben ist.

Wäre das der Fall gewesen, so wären wir sicher von *Associated Press* oder *Reuters* mit Massaker-Meldungen versorgt worden. Was in den Köpfen aller, die sich hierzulande mit Dritter Welt beschäftigen, aber hängengeblieben ist, ist der Gedanke an eine barbarische äthiopische Regierung. (...)

Ich gehe davon aus, daß die Berichterstattung über die afrikanischen Hungerprobleme ganz anders aussähe, wenn die sozialistisch orientierten Länder wie Äthiopien und Mozambique ihre Krisen befriedigend gemeistert hätten.

Das aber haben sie, wie jeder weiß, eben nicht. Die anderen 22 notleidenden Länder haben ihre Krisen genausowenig gemeistert, aber von ihnen wird auf eine geheimnisvolle Art nicht – oder doch nur sehr selten – gesprochen.

Schon im Dezember 1982 hat die FAO – die Nahrungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen – meh-

rere Warnungen über die sich anbahnende afrikanische Katastrophe veröffentlicht. Die drohende Hungersnot in Afrika war Dauerthema nicht nur in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, sondern ab 1983 auch in den EG-Kommissariaten. In den Medien dagegen herrschte totales Schweigen.

Ab Oktober 1984 dann plötzlich große Aufregung, Bilder von sterbenden Kindern auf allen Kanälen. Seltsamerweise aber nur sterbende äthiopische Kinder – keine aus Mauretanien oder aus dem Turkanaland im Norden Kenias, keine aus dem Sudan und keine aus dem Tschad.

Fast gleichzeitig mit den ersten Reportagen über sterbende Kinder tobte eine geradezu phantastische Berichterstattung über die Feiern zum 10. Jahrestag der Revolution über die westlichen Sender. Ich kann mich nicht daran erinnern, jemals zuvor eine derart ausführliche Berichterstattung über eine Militärparade im Fernsehen gesehen zu haben. Diese äthiopische Demonstration der Stärke – man bedenke: mit Erich Honecker und dem sowjetischen Politbüromitglied Romanow auf der Ehrentribüne – war unseren Fernsehleuten eine Menge hämischer Kommentare wert.

Die Marxisten zu Fall bringen!

Nun war die Lage ja wirklich geklärt: Äthiopien war fest und offenbar unwiderruflich im feindlichen Lager und zumindest für die nähere Zukunft für den Westen verloren. Alle Versuche, Äthiopien zurückzugewinnen – da hatte es einen EG-Kredit gegeben und ein französisches Angebot, Waffen zu liefern –, waren ganz offensichtlich fehlgeschlagen.

Also: Äthiopien war marxistisch, bekannte sich sogar dazu – und es starben Kinder! Hohn und Spott ergossen sich ab jetzt über Addis Abeba. In den europäischen und amerikanischen Medien wurde etwas geboren, was der in Berlin lebende äthiopische Wissenschaftler Getinet Belay „die Äthiopisierung der Hunger-Berichterstattung“ nennt.

Zurück zur Hungersituation. 1984 baten die eben erwähnten 24 Länder bei internationalen Organisationen um Hilfe. 22mal wurde den Anträgen stattgegeben. Mozambique und Äthiopien wurde die Hilfe verweigert.

Charles Elliott, der Leiter von *Christian Aid* aus London, sagt in einem Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (22/24, 84) ganz offen, die Hilfe sei verweigert worden „in der Hoffnung, die von der Sowjetunion unterstützte Regierung Äthopiens zu Fall zu bringen“. (...)



Jean Ziegler

Umsiedlung nicht isoliert sehen

1985/86 wurden in Äthiopien 650.000 Menschen aus den Dürregebieten des Nordens in fruchtbare Gebiete im Süden und Südwesten des Landes umgesiedelt. Weitere 2,8 Mio Personen sind in Dörfern zusammengefaßt worden. Dieses Programm zur Bekämpfung des Hungers wird von der Gesellschaft für bedrohte Völker, dem Präsidenten der Hilfsorganisation Médecins sans Frontières, Dr. Rony Brauman u.a. attackiert, da es angeblich unter bloßem Zwang durchgesetzt werde und mit der „Vernichtung“ ganzer Völker (Tigray, Eritrea) einher gehe. Den Vorwurf Braumans, die äthiopische Militärregierung unter Mengistu Haile Mariam habe mit den Umsiedlungen „eines der größten Blutbäder in der gegenwärtigen Geschichte“ angerichtet, wies u.a. der Sonderbotschafter des UN-Generalsekretärs, Maurice Strong, zurück. Strong bezeichnete ihn als „Affront gegen all jene, deren gemeinsame Anstrengungen Millionen Menschen in Afrika das Leben gerettet haben“, zurück. „Tatsache jedoch ist, daß das Umsiedlungsprogramm ursprünglich unter der früheren Regierung (zur Zeit Haile Selassie; d. Red.) bereits mit Unterstützung westlicher Experten, einschließlich jener aus den USA, ausgearbeitet worden war. Heute wird im Prinzip diese Vereinbarung fortgesetzt, Äthiopier aus den überfüllten und ökologisch völlig zerstörten Hochlandgebieten umzusiedeln in weniger bevölkerte und fruchtbare Gebiete im Süden des Landes. (...) Die Behauptungen von Dr. Brauman, hunderttausend Äthiopier wären zu Tode gekommen in direkter Folge erzwungener Umsiedlungen wurden zu keiner Zeit von den Hunderten von internationalen Hilfsorganisationen, die in diesen Gebieten tätig waren, bestätigt...“

Jean Ziegler, Büromitglied der Sozialistischen Internationale und Soziologieprofessor in Genf, kam bei einem Äthiopien-Besuch im Sommer vorigen Jahres zur gleichen Erkenntnis. Er wußte aus dem Kerngebiet der Neuansiedlung zu berichten, daß bei aller anfänglichen Fehlerhaftigkeit der Aktion diese insgesamt positive Wirkungen zeitigte. Eine hungerbannende Alternative gebe es ohnedies nicht. Ziegler signalisierte ferner eine Dialogbereitschaft in Addis Abeba. Und er verwies auf die Ernsthaftigkeit des von Mengistu vorangetriebenen Demokratisierungsprozesses, die unterdessen mit der Volksabstimmung über eine neue Verfassung vom Februar d.J. (siehe AIB 4/1987, S. 41-42) unterstrichen wurde.

Der schwarze Boden von Shoa, der Boden der Hochebenen, ist voller Wasser. Nach 5 Jahren einer mörderischen Trockenheit ist der Regen endlich wiedergekehrt. (...)

12 Stunden dauert die Reise, um von Addis Abeba aus die Hauptstadt der Provinz Kaffa (die im 14. Jahrhundert dem Kaffee den Namen gab, der in ganz Europa von arabischen Händlern populär gemacht wurde) Ghimma zu erreichen. (...)

Wir erreichen Gambela, die große Ebene im Westen, ein Grenzgebiet zum Sudan von 26.000 qkm. Eine weitverstreute und buntgemischte Bevölkerung: die Anuak, Jäger und Fischer, die entlang des Baro-Flusses neben den Nuer leben, Hirten, die mit den Jahreszeiten vom Sudan nach Äthiopien ziehen.

Dieses Gebiet ist der Ort eines der umfangreichsten Umsiedlungsprogramme von Hungerflüchtlingen:

Riesige Maschinen des Landwirtschaftsministeriums haben den Dschungel auf einem Gebiet von mehr als 6.000 ha gerodet. 52.000 Menschen, die aus den Todeszonen von Tigray und Wollo kamen, wo die Trockenheit teilweise die Erde und die Pflanzen zerstört hat, leben jetzt in ca. 60 Dörfern, die unter Mangobäumen verstreut sind.

Ab September 1986 werden sie Selbstversorger sein: Es deutet sich an, daß die Ernte von Mais, Sorghum, Kartoffeln und Hirse hervorragend werden wird.

Jede Familie besitzt ein Stück Land von 1 ha Fläche, wovon die Hälfte für die private Familienproduktion bestimmt ist und die andere Hälfte in der Kooperative bearbeitet wird. Süßwasserbrunnen mit einer Tiefe von 40 m wurden gegraben. Im Aufbau befindliche Schulen und Krankenhäuser funktionieren so gut als möglich. 9 Monate nach ihrer Ankunft leben die Familien langsam wieder auf. Ich weiß, daß das Programm zur Umsiedlung der Bevölkerung aus den Katastrophengebieten der Hochebenen des Nordens zu den unendlichen fruchtbaren Böden des Südens und Westens, die fast

menschenleer sind, in Europa heftige Kritik ausgelöst hat. Bis heute wurden 650.000 Personen umgesiedelt. Freiwillig?

Mohamoudia Gaas, ein Afar-Intellektueller, der vor 37 Jahren an der Wüstenküste des Roten Meeres geboren wurde, ist erster Sekretär der Arbeiterpartei Äthiopiens (Einheits- und Staatspartei) in Gambela. Er gibt zu, daß Fehler gemacht wurden.

Umsiedlungen hätten in der Eile und manchmal unter Bedingungen der Unordnung und Gewalt stattgefunden. Eine Sonderkommission hält sich der Reihe nach in jedem Dorf auf: Wenn ein Bauer, eine Frau, ein Kind von seiner bzw. ihrer Familie getrennt wurde, verläßt er (sie) das Dorf und kehrt zu seiner (ihrer) Familie zurück.

Ich hatte Äthiopien im Januar 1985 besucht: Ich hatte dort die Todeslager von Makelle und Koren gesehen.

Der ausgelaugte, staubige Boden war hart wie Stein. Trotz aller Kritik bin ich davon

überzeugt, daß die Umsiedlung der Bevölkerung der einzige Weg ist, um das Leben der Betroffenen zu sichern. Äthiopien konnte nicht passiv auf die nächste und wahrscheinliche Katastrophe warten.

Im großen Büro mit purpurroten Vorhängen im ersten Stockwerk des Gebäudes des Zentralkomitees in Addis Abeba empfängt mich der Präsident Mengistu – lebendiger Blick, sicherer Charme und außergewöhnliche Aufmerksamkeit für den Besucher – während fast 3 Stunden. (...)

Mengistu: „...Wir sind ein unabhängiges Land. Der Beweis: Äthiopien sucht jetzt den Dialog, die Zusammenarbeit mit den progressiven Kräften Europas. Und u.a. mit der Sozialistischen Internationale.“

Ich attackiere mit dem Krieg in Eritrea: Dieser Krieg ist für mich eine unannehmbare Tragödie ohne militärischen Ausweg.

Der Staatschef antwortet ausführlich: Die nationale Einheit ist für ihn nicht verhandelbar. Abgesehen von der Einheit kann jede andere Lösung (innere Autonomie usw.) Gegenstand von Diskussionen zwischen den kriegführenden Parteien sein.

Geheime Treffen haben in Aden im Frühjahr 1985 stattgefunden. Ohne Ergebnis. Werden andere Treffen stattfinden? Der Staatschef äußert sich nicht. Aber er schließt sie auch nicht aus.

Ich fasse zusammen: Äthiopien, ein riesiges Land von 1 Mio qkm und von mehr als 40 Mio Menschen bewohnt – in ihrer großen Mehrheit Bauern –, durchlebt seit 1974 eine der radikalsten Revolutionen, die die Dritte Welt gekannt hat. Der abrupte Bruch mit Jahrhunderten des Feudalismus wirft in den Köpfen und im gesellschaftlichen Leben der Leute unermeßliche Probleme auf.

Sollen die Demokratien Westeuropas unter dem Vorwand des Antikommunismus weiterhin jeden konstruktiven Dialog mit diesem Land, das eine tausendjährige Geschichte und Tradition hat, ablehnen?

Die politische Erfahrung Europas, seine Technologie, sein Kapital können Äthiopien sehr dabei helfen, eine demokratische, menschliche und gleichgewichtige Gesellschaft aufzubauen... Äthiopien ... sucht heute intensiv den Dialog, die Zusammenarbeit mit Westeuropa. Man darf sie nicht verweigern.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 382, 1986, S.53)



Neuansiedlung in der fruchtbaren Südwestprovinz Kaffa



Durchgehende Tendenz in der Hunger-Berichterstattung: Die Katastrophe ist – neben der Dürre – das Ergebnis marxistischer Mißwirtschaft. Nuancen gibt es nicht. Auch die „Zeit“ verkündete, den Zeigefinger erhoben: „Wer verbissen auf marxistisch-sozialistische Modelle setzt, darf die enttäuschenden Ergebnisse nicht dem Weltmarkt ankreiden.“

Dem Leser wird schlicht und einfach verschwiegen, daß sowohl das koloniale Mozambique als auch das feudalistische Äthiopien bis Mitte der siebziger Jahre fest auf das Freie-Marktwirtschafts-Modell gesetzt hatten.

Ein Beispiel aus der Nachbarschaft: der Sudan, potentiell so etwas wie der Brotkorb Afrikas (so hat man das Land in der Tat früher genannt). Vor 15 oder 16 Jahren noch, so erinnere ich mich, schickte der Sudan ein ganzes Schiff voller Hirse nach Saudi-Arabien. Die Saudis zählten damals noch zu den Habenichtsen, weil sie ihr Öl viel zu billig verkaufen mußten.

Heute: Sudan – ein Land voller ausgehungelter, hungriger, zerlumpter Menschen, Zusammenbruch des Handels, totale Abhängigkeit von amerikanischen Getreidelieferungen. Einige Berichte über die Hungersnot im Sudan erschienen 1985 in unseren Zeitungen. Nicht ein einziger weist darauf hin, daß im Sudan die freie Marktwirtschaft versagt habe. (...)

Nach jahrelanger Indoktrination (Motto: Die armen Schwarzen sind von unserer Gnade und Barmherzigkeit abhängig!) ist die Wende-Gesellschaft der Bundesrepublik in ihrer großen Mehrheit davon überzeugt, daß sogar Interventio-

nen in der Dritten Welt gerechtfertigt sind, wenn es darum geht, hehre Werte wie den „freien Welthandel“ zu schützen. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ schrieb: „Mit den katastrophalen Ergebnissen der eigenen Politik konfrontiert, weigern sich die afrikanischen Regierungen unter Berufung auf ihre staatliche Souveränität (das ist also etwas Schlimmes! Anm. d. Verf.) immer noch, den Tatsachen ins Auge zu sehen und daraus Konsequenzen zu ziehen.“

Intervention inbegriffen?

Die rassistische Arroganz, mit der sich westdeutsche Journalisten mit der Dritten Welt beschäftigen, reicht von rechts bis links. Auch *epd*, der Evangelische Pressedienst, den man eher links einordnen würde, fordert Einmischung durch den Westen: „Angesichts der akuten Notsituation muß die Frage gestellt werden, wie die Ursachen der Katastrophe beseitigt werden können. Ausländische Entwicklungshilfe-Organisationen haben ein Recht, zugunsten der Bevölkerung auf die äthiopische Regierung Einfluß zu nehmen.“

Die Unverfrorenheit, mit der hier Intervention gefordert wird, ist schon bemerkenswert. Noch bemerkenswerter ist es, daß solche vor aller Öffentlichkeit präsentierte Interventionsdrohung keinerlei Aufschrei sensibler Demokraten zur Folge hat.

So etwas hätte aber genausogut vor hundert Jahren veröffentlicht werden können, als Kaufleute – wie etwa der Bremer Lüderitz in Südwestafrika – und Missionsgesellschaften in Afrika eigene

Politik machten und ihre Regierungen in Europa prompt um militärische Intervention baten, wenn die dummen Eingeborenen, „the Natives“, Probleme machten.

Das europäische Personal der Hilfsorganisationen tendiert auch heute dazu, das Heft in die Hand zu nehmen. Das habe ich selbst oft genug erleben können. Anordnungen von Ministerien werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Und wenn die einheimische Regierung etwas gegen eigenmächtige Entwicklungs- und andere Helfer unternimmt, schreitet sofort die Botschaft ein, droht mit Abbruch der Beziehungen und Schlimmerem.

Der amerikanische Botschafter in Addis Abeba forderte vor Ort mit unglaublicher Chuzpe „nicht nur die ungehinderte Start- und Landeerlaubnis für Flugzeuge, sondern überhaupt die ungehinderte Bewegung im ganzen Land, auch in den Bürgerkriegsgebieten“. Man muß sich das mal umgekehrt vorstellen – ungehinderte und unangemeldete Starts und Landungen etwa kubanischer oder libyscher Flugzeuge in den USA –, um das ganze Ausmaß dieser rassistischen Arroganz zu entlarven. (...)

(Quelle: R. Braumann, Afrika wird totgefüttert. Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Hamburg 1986, S. 53-64)



Spendenkonto Äthiopien

Äthiopien führt nach Aussagen von UNO-Vertretern das beispielhafteste Wiederaufbauprogramm in den Hungerregionen Afrikas durch. Sie tut dies in enger Kooperation mit der UN-Unterorganisation FAO. Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) unterstützt diese Vorbeugeaktion gegen den Hungertod und bittet um Spenden auf das Konto:

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PGA Frankfurt/M., Nr. 527055 - 602, Stichwort: Wiederaufbau in Äthiopien.



Hungernde Mosambikaner auf Nahrungssuche.

Joachim Becker Fallbeispiel Mosambik/Simbabwe

„Wenn mehrere Mio Menschen in einem Land vom Hungertod bedroht sind, in einem Nachbarland hingegen enorme Getreideüberschüsse produziert werden, was wäre die Lösung? Die meisten Menschen würden instinktiv antworten: Nimm das Getreide des Landes mit dem Nahrungsmittelüberschuß und verteile es an das Land mit dem Nahrungsmittelmangel. Aber in Afrika sind die Dinge nicht so einfach.“¹

Der in Mosambik arbeitende Journalist Paul Fauvet bezieht sich hier auf einen ganz konkreten Fall: Simbabwe und Mosambik.

Contrarkrieg als Hungerauslöser

In Mosambik sind mindestens 4 Mio Menschen von großem Nahrungsmittelmangel betroffen. Der Grund liegt nicht in Dürre oder Überschwemmungen, sondern im Krieg.

Die von Südafrika gesponsorten Banden des Mosambikanischen Nationalen Widerstandes (RNM), wie er sich selbst bombastisch nennt, haben Mosambiks Landwirtschaft auf das stärkste geschädigt. Immer wieder greifen die Banditen

die ländliche Bevölkerung an.

Systematisch zerstören sie Nahrungsmittellager, Vermarktungseinrichtungen, Felder, Transportverbindungen und -mittel. „Die staatliche landwirtschaftliche Vermarktungsbehörde, Agricom, ist ein Lieblingsziel der RNM gewesen“, berichtet Paul Fauvet.

„Die Vermarktungsposten von Agricom sind zerstört und ihre Fahrzeuge überfallen worden, was den Zusammenbruch eines Großteils des Vermarktungssystems zur Folge hatte. Die Verbindung zwischen Stadt und Land ist zerstört worden. Konsumgüter gelangen nicht zur Bauernschaft, und was immer an bäuerlichen Überschüssen produziert sein mag, gelangt nicht in die Städte.“²

Am schlimmsten sind die Provinzen Zambézia, Niassa und Tete, die an Malawi angrenzen, von der Hungersnot betroffen.

Hier tobte in den letzten Monaten der Krieg am heftigsten. In den letzten Wochen verbesserten die Regierungstruppen durch eine Offensive die militärische Situation in Zambézia.

Daher sind Teile der Provinz jetzt deutlich besser zugänglich. Die großen Produktionsausfälle bleiben jedoch. Das ist

im Fall Zambézias für Mosambik besonders fühlbar, da Zambézia zum landwirtschaftlichen Kernland Mosambiks gehört.

Eine große Anzahl von Mosambikanern sind aus ihren Dörfern geflohen. Diese Menschen haben alles verloren. Die städtische Bevölkerung ist stark angeschwollen. Die vermarktete Produktion ist bei den meisten Agrarprodukten von 1981-85 um 50-90% gefallen (vgl. AIB 12/1986, S.7).

Mehrfach erließ Mosambiks Regierung Aufrufe für Nahrungsmittelhilfe. Mosambik benötigt innerhalb der nächsten 32 Monate 670.000 t Nahrungsmittel.³

Im benachbarten Simbabwe quellen hingegen die Maislager über.

2,35 Mio t Mais sind eingelagert, was dem Inlandsverbrauch von etwa drei Jahren entspricht.⁴ Das sei „sicherlich mehr als genug, um uns und das Volk Mosambiks für ein Jahr zu ernähren“, sagt Dick Bylo, Vorsitzender des simbabwischen Verbandes kommerzieller Getreideproduzenten.⁵

Politische Probleme mit der Lieferung von Mais nach Mosambik hätte Simbabwe nicht (siehe Simbabwe-Einschätzung in: AIB 11/1986, S. 9-12; d. Red.). Im Gegenteil. Simbabwe und Mosambik sind Verbündete.

Simbabwische Truppen schützen die Transitroute nach Beira und kämpfen an der Seite der mosambikanischen Streitkräfte gegen die bewaffneten Banditen. Im November letzten Jahres versprach Simbabwe Mosambik eine Kreditlinie von 50 Mio Z\$.⁶ 90.000 t an Nahrungsmitteln wurden für Mosambik bereitgestellt. Die zimbabwische Bevölkerung beteiligt sich zudem an einer Spendensammlung für die Hungernden.

Überquellende Maislager in Simbabwe

Bereits in der Vergangenheit, so die simbabwische Soziologin Rudo Gaidzanwa, „wurde Getreide als Hilfe an Schlüssel-länder wie Tansania gegeben. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ging also über die reine und augenfällige 'wirtschaftliche' Ebene hinaus. Simbabwe gewann, indem es Südafrika als eine Maisquelle im SADCC (Entwicklungs koordinierende Konferenz des Südlichen Afrika; J.B.) ersetzte.

Südafrika schlug jedoch zurück, indem es leichtere Zahlungsbedingungen für seinen Mais anbot. Nahrungsmittelpolitik bleibt also besonders im Südlichen Afrika von großer Wichtigkeit.“⁷

Dafür ist die derzeitige Situation der beste Beweis. Westliche Länder sind kaum bereit, Simbabwes Mais zu kaufen und nach Mosambik zu schicken. Sie la-

den lieber ihre eigenen Getreideüberschüsse in Mosambik ab. Das Südliche Afrika ist somit ein Schauplatz des Kampfes um die Vorherrschaft zwischen den USA und Westeuropa auf den Weltgetreidemärkten. Statt ein paar hundert Kilometer per Bahn und LKW von Simbabwe aus nach Mosambik wird das Getreide nun um die halbe Welt nach Mosambik geschifft.

Diese Form der Nahrungsmittel-, „hilfe“ hilft, die Bilanz von Getreidemultis wie Cargill oder André et Cie sowie von transnationalen Speditions- und Transportunternehmen noch freundlicher zu gestalten.

Weil der Fluß der Nahrungsmittelhilfe aus Westeuropa und den USA trotz regionaler Überschüsse weitergegangen sei, fürchtet Hans von Sponeck, der für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in Botswana arbeitet, daß „Länder, die wir ermutigen, mehr zu produzieren, auf einem Berg unverkaufter Nahrungsmittel sitzen bleiben werden“.⁸

Genau dieser Fall ist in Simbabwe eingetreten. Auf den Weltmärkten ist Simbabwe mit seinem Mais nicht konkurrenzfähig, mit dem subventionierten Mais der westlichen Länder kann es nicht mithalten.

Im Rahmen regionaler Hungerhilfe kann es nur einen relativ geringen Teil seines Mais absetzen. Einige Länder haben mit Simbabwe Tauschabkommen – Weizen

Seine Devisenlage ist sehr angespannt. Für das erste Halbjahr 1987 wurden die Devisenzuteilungen für Importe der Industrie um 40% und für Importe des Handels um 55% gekürzt.

Simbabwes Regierung zog im September letzten Jahres Konsequenzen aus seinem wachsenden und zudem äußerst kostspieligen Getreideberg. In der Saison 1987/77, appellierte Landwirtschaftsminister Moven Mahachi an die Farmer, müßten die Getreidelieferungen an die staatliche Vermarktungsbehörde auf die Hälfte sinken.

Der Erzeugerpreis von 180 Z\$ werde nur noch für Lieferungen bis zur Hälfte der diesjährigen Lieferung bezahlt. Der Rest werde nur noch mit 100 Z\$ pro t vergütet. Allein Kleinproduzenten, die 20 t oder weniger vermarkteten, bekämen den vollen Erzeugerpreis gezahlt.¹⁰

Kleinproduzenten sind die Kleinbauern in den Communal Lands (Gemeindeländereien; d. Red.). Sie erhalten jedoch in der Regel ohnehin weniger als 2/3 des staatlichen Erzeugerpreises, da bei ihnen hohe Transportkosten und ähnliches für Mittelsmänner anfallen. Von der Förderung der Communal Lands, die sich in ihrem gestiegenen Anteil an der vermarkteten Produktion niederschlägt, profitieren ca. 20% der Bevölkerung in den Communal Lands.¹¹ Die Kürzung bei den Erzeugerpreisen ist insofern nicht überraschend, als die Regierung Mugabe eine Maisproduktion in dieser Höhe ursprüng-



Maistaspelung im Getreidedepot des simbabwischen Marondera

aus dem eigenen Land gegen simbabwischen Mais als Nahrungsmittelhilfe für Mosambik oder andere Länder – abgeschlossen. Allein das Weltnahrungsmittelprogramm (WFP) der UNO kauft zu fast kostendeckenden Preisen große Mengen von simbabwischen Mais, um ihn bei der Hungerhilfe einzusetzen.⁹

Simbabwe kann es sich nicht leisten, große Mengen seines Maisberges nach Mosambik zu verschenken und den entsprechenden Transport zu organisieren.

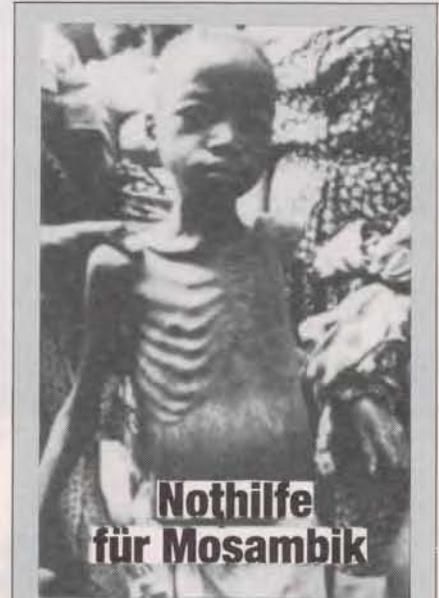
lich auch gar nicht angestrebt hatte.

Für Simbabwe hat sein Produktionserfolg bei Getreide einen bitteren Beigeschmack. Simbabwe ist den Rezepten der westlichen Länder in der Agrarproduktion gefolgt. Auf dem Getreideweltmarkt hat es keine Chancen.

Seiner möglichen Rolle als Nahrungsmittellieferant in regionalen Notfällen kann es dank der westlichen Nahrungsmittel-, „hilfs“politik auch nur sehr begrenzt gerecht werden.

Anmerkungen:

- 1) The Guardian, New York, 15.10.1986
- 2) The Guardian, London, 17.2.1987
- 3) die tageszeitung, 18.3.1987
- 4) Vgl. New African, London, Februar 1987; African Business (AB), London, Oktober 1986
- 5) New African, Februar 1987
- 6) The Herald, Harare, 27.11.1986
- 7) R. Gaidzanwa, Drought and the food crisis in Zimbabwe; in: P. Lawrence (Hg.), World recession & the food crisis in Africa, London 1986, S. 249-257, hier S. 255
- 8) AB, Oktober 1986
- 9) Ebd.
- 10) The Herald, 30.9.1986
- 11) S. Moyo, The land question; in: I. Mandaza (Hg.), Zimbabwe: the political economy of transition 1980-1986, Dakar 1986, S. 165-202, hier S. 188



Nothilfe für Mosambik

Mindestens 4 Mio Menschen, also rund 1/3 der Bevölkerung, hungern in Mosambik. Grund ist der Krieg.

Die sofortige Lieferung von Lebensmitteln und Hilfsgütern ist in der jetzigen Situation absolut notwendig. Sie kann dazu beitragen, daß Menschen in den Hungergebieten ihre Dörfer nicht verlassen. Verlassen noch mehr Mosambikaner die ländlichen Gebiete, würden wegen verringerter Aussaat und Ernte die Probleme in der nächsten Saison noch schlimmer. Viele sind schon jetzt vor dem Krieg geflohen – entweder ins Ausland oder in sicherere Gebiete im Inland.

Enorme Probleme wirft der Transport in Mosambik auf. Die Verkehrswege in den am stärksten vom Hunger bedrohten Provinzen in Zentralmosambik sind unsicher, teilweise nicht mehr benutzbar. An Transportmitteln herrscht großer Mangel. Im Februar d.J. verfügte die staatliche mosambikanische Hilfsorganisation in Zambézia, der Provinz mit der größten Zahl von Hungernden, über ganze zwei Lastwagen. Die internationale Hilfe läuft trotz wiederholter Appelle Mosambiks nur schleppend an.

Dauerhaftere Lösungen sind in den Gebieten möglich, in denen die militärische Situation relativ stabil ist. So gibt es in „grünen Zonen“ um die Städte erfolgreiche landwirtschaftliche Genossenschaften.

Das Dritte-Welt-Haus in Bielefeld unterstützt Projekte im Agrarbereich. Kontakt: Dritte-Welt-Haus/AKAARIK, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld. Konto: 106666 Sparkasse Bielefeld, BLZ 480 501 61, Stichwort „Mozambique-Projekt“



Ernte des Grundnahrungsmittels Sorghum in der Koro-Region

Claudia Liebst-Maron Burkina Faso – Selbsternährung hat Vorrang

Das westafrikanische Binnenland Burkina Faso – bis 1984 hieß es noch Obervolta – ist etwa so groß wie die Bundesrepublik. Der Norden gehört zur Sahelzone, im Zentrum und im Süden herrscht Trocken- bis Feuchtsavanna vor.

Im Norden und im Zentrum machen sich die Folgen moderner Einflüsse auf die traditionellen Agrarstrukturen, verbunden mit Bevölkerungszuwachs und periodischen Dürren, alarmierend bemerkbar. Das Voranschreiten der Wüste von Norden nach Süden scheint unaufhaltsam.

Die Bauern im Sahel wurden zu Dauerempfängern internationaler Nahrungsmittelhilfe, wohingegen in den südlichen Landesteilen sogar Überschüsse produziert und auch Exportprodukte wie Baumwolle und Erdnüsse angebaut werden.

Man war jedoch bislang nicht in der Lage, die regionalen Unterschiede durch eine effiziente Politik der Umverteilung zu mildern. Die Überschüsse wurden von

Getreidehändlern billig aufgekauft und entweder in die Nachbarländer transferiert oder in den Mangelzeiten vor der nächsten Ernte zu überhöhten Preisen weiterverkauft.

Der Putsch vom 4. August 1983 war nicht, wie die häufigen vorherigen Machtwechsel, die Ablösung einer korrupten und habgierigen Elite durch eine andere. Vielmehr brachte er junge Militärs, die ein ehrgeiziges nationales Entwicklungsprogramm verkündeten, an die Spitze des Staates.

Vordringen der Wüsten

Der Erfüllung der Grundbedürfnisse der ganzen Bevölkerung an Nahrung, Wasser, medizinischer Versorgung und Alphabetisierung wird Priorität gegeben. Die entschiedene Bekämpfung der Korruption und die Gleichstellung der Frauen sind ebenso Teil des Programms wie die Förderung der Kleinindustrie zur Weiter-

verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Als höchstes Entscheidungsgremium formierte sich ein Nationaler Revolutionärsrat (CNR). An der Basis wurden auf Dorf-, Stadtteil- und Betriebsebene Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) gebildet, die die Bevölkerung für die Beschlüsse des CNR mobilisieren sollen und damit die wichtigsten Multiplikatoren der Regierungspolitik darstellen.

Um den Staatshaushalt von umgerechnet ca. 400 Mio DM, der vorher 70% für den öffentlichen Dienst verbraucht wurde, zugunsten von mehr Investitionen umzustrukturieren, zögerten die neuen Machthaber nicht, Einkommen im öffentlichen Dienst in mehreren Etappen zu kürzen und somit den städtischen Schichten Privilegien zu entziehen. Die Unzufriedenheit darüber konnte bisher unter Kontrolle gehalten werden.

Eine wichtige integrative Rolle spielt dabei der populäre Präsident Thomas San-

kara, der die Tugenden der Revolution verkörpert: Bescheidenheit, Fleiß, selbstbewußtes Auftreten, persönliche Integrität.

„Die Landwirtschaft wird der Motor unserer Entwicklung sein; die Verwirklichung der Nahrungsmittelselbstversorgung stellt das Hauptziel des Plans dar“, so der Planungsminister Henri Zongo über den 5-Jahres-Plan für 1986-90.¹ Eine populäre Maßnahme war zunächst die Abschaffung der jährlich zu entrichtenden Kopfsteuer für die Bauern, eines Relikts aus der Kolonialzeit. Dem Ziel der administrativen Dezentralisierung diente die Neuaufteilung des Staates in 30 Provinzen, womit auch eine basisnähere Politik ermöglicht werden soll.

Nahrungsmitteldefizit abgebaut

Jede Provinz soll in ihrem Bereich – im Zusammenspiel mit Maßnahmen und Anordnungen der Zentralregierung – das Ziel der Selbstversorgung anstreben. Erklärtes Ziel der Revolutionsregierung ist es, die Bauern für ihre eigenen und die nationalen Interessen zu mobilisieren. Laut Präsident Sankara ist es eminent wichtig, eine Veränderung des Bewußtseins der Bauern weg von Passivität und Fatalismus hin zum Vertrauen auf die eigene Kraft und Selbstbewußtsein zu erreichen.

Es geht darum, der Bevölkerung die unumgänglich notwendigen Maßnahmen verständlich zu machen.²

So werden seit 1985 die drei Maßnahmen zur Bekämpfung der Desertifikation (Verwüstung) propagiert und von den CDR überwacht:

Verbot des freien Weidens, damit die Tiere nicht auf den Feldern weiden oder neu angepflanzte Bäume anfressen; Verbot von Buschfeuern und Kontrolle des Holzschlags für kommerzielle Zwecke. Begleitend dazu gibt es Wiederaufforstungsprogramme auf Provinz-, Departements- und Dorfebene, die von den ent-

sprechenden staatlichen Stellen und den CDR mit Hilfe der Dorfbewohner durchgeführt werden.

Aber auch der Einzelne soll sich mitverantwortlich fühlen für ein „grünes Burkina“: Jeder Burkinabé ab 18 Jahren soll jährlich mindestens einen Baum pflanzen und pflegen.

Um die Abholzung einzuschränken, werden auf breiter Ebene „verbesserte Herde“ mit geringerem Holzverbrauch eingeführt, die die Frauen auf dem Land aus Lehmerde selbst herzustellen lernen.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land wurde 1985 eine Kampagne für die Einrichtung einer Gesundheitsstation pro Dorf gestartet. Hier ist ebenfalls hauptsächlich die Eigenleistung der Dorfbewohner das Mittel zur Realisierung des Projekts.

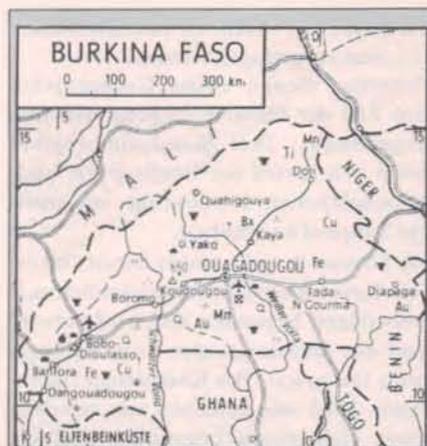
Vom Staat gibt es lediglich einen Zuschuß. Derartige Mobilisierungskampagnen laufen hauptsächlich über das Radio als überall verbreitetes Medium.

Förderung von Getreidebanken

Um die eingangs erwähnte Spekulation mit Getreide – das Grundnahrungsmittel in Burkina ist die Hirse – zu beenden, werden die Getreidepreise kontrolliert und jedes Jahr auf Provinzebene festgesetzt, was bislang jedoch noch keinen durchschlagenden Erfolg brachte.

Wo Bauern in Gruppen oder Kooperativen organisiert sind, wird die Gründung von sog. Getreidebanken gefördert: Nach der Erntezeit werden lokale Überschüsse aufgekauft und in der Getreidebank gelagert. In der Zeit vor der neuen Ernte wird dieses Getreide zu nur unwesentlich höheren Preisen an Bedürftige abgegeben.

Die staatliche Organisation für Aufkauf, Lagerung und Verteilung von Getreide (OFNACER) bräuchte, um eine ausreichende Getreidevorratshaltung zu gewährleisten, bedeutende zusätzliche



Territorium: 274.200 qkm
Bevölkerung: 7,9 Mio Einwohner (1986). Vor allem Mossi (48,4%) und andere Volta-Völker (23,7%), Mandé-Stämme (17,2%) sowie Peul, Tuareg und Nomaden (10%), ca. 3.400 Europäer, meist Franzosen
Hauptstadt: Ouagadougou, 300.000 Einwohner
Religion: ca. 1/3 Moslems, 1/10 Christen, der Rest Naturreligionen
Sprache: die Amtssprache ist Französisch, Volta-Semi-Bantu-Sprachen, westsudanesische Sprachen und Ful als Umgangssprachen
Währung: CFA-Franc; 1 CFA-Franc = 0,006 DM (Stand Dezember 1986)
Wirtschaft und Soziales: Burkina Faso ist ein rückständiges Agrarland. Mit einem Brutto-sozialprodukt von 160 \$ pro Kopf gehört Burkina Faso zu den 25 ärmsten Ländern der Welt. 87% der Erwerbspersonen sind in der Landwirtschaft, 4% in der Industrie und 9% im Dienstleistungssektor beschäftigt. Hauptexportgüter sind Tierprodukte, Baumwolle und Erdnüsse. Haupthandelspartner sind Frankreich, die Elfenbeinküste und die Bundesrepublik Deutschland. Die Lebenserwartung beträgt 45 Jahre, die Analphabetenrate 95%.
Geschichte:
 1896 Beginn der Eroberung durch Frankreich
 1919 Bildung der Kolonie Obervolta
 1960 Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit unter Maurice Yaméogo
 1966 Machtübernahme der Armee unter Sangoulé Lamizana
 1980 Ein Militärpat unter Oberst Saye Zerbo übernimmt die Macht nach einem Generalstreik
 1982 Erneuter militärischer Umsturz. Staatsoberhaupt wird Jean-Baptiste Ouédraogo, Premierminister wird Thomas Sankara
 1983 Im Mai Entmachtung der linken Militärs
 Anfang August Machtübernahme durch einen Nationalen Revolutionsrat unter Sankara

Kleine Steinwälle, die im Anbaugelände das Wegschwemmen des Bodens verhindern



Finanzmittel für den Bau von Lagern, für Transportmittel. Dies wäre erforderlich, um das Getreide von Überschussgebieten in Mangelgebiete zu bringen und für den Aufkauf der Überschüsse zu angemessenen Preisen.

„Hier können die Geberländer und Hilfsorganisationen handeln, um uns darin zu unterstützen, von Nahrungsmittelhilfe unabhängig zu werden, nicht in 10 Jahren, sondern kurzfristig.“³ So charakterisiert der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium die Vorstellungen

Burkinas, die auch in internationalen Gremien vorgetragen werden.

Weiterhin dienen einige Großprojekte dem Ziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Drei Staudammprojekte sollen den Anteil der bewässerten landwirtschaftlichen Produktion um mehrere Tausend ha erhöhen.

Das Sourou-Projekt wurde bereits im ersten Revolutionsjahr hauptsächlich mit Freiwilligen begonnen und wird vorwiegend aus dem nationalen Entwicklungsfonds finanziert. Der Komienga-Damm wurde 1985 mit Anleihen von verschiedenen Geldgebern begonnen. Und für das Projekt von Bagré wurden 1986 die Finanzierungsverträge abgeschlossen.

Diese Großprojekte erhöhen den Schuldenberg Burkinas beträchtlich, aber man erhofft sich von der intensiven Nutzung des bewässerten Landes mit mehreren Ernten im Jahr sogar Überschussproduktion für möglichen Nahrungsmittel-export.

Hier sollen junge Bauern angesiedelt werden, die das Land mit verbesserten Techniken wie z.B. Ochsenanspannung kultivieren sollen. Bei diesen Projekten ist vorgesehen, die Bildung von Kooperativen besonders zu fördern.

Eine Agrarreform, die Bodennutzungsrechte und deren Handhabung regelt, ist in Vorbereitung. Man versucht nicht, die Bauern zu kollektiven Produktionsformen zu zwingen, sondern will sich in der Zukunft verstärkt um die Weiterbildung und Organisation der Bauern kümmern. Dazu wurde 1986 ein Ministerium für Bauern-Angelegenheiten neu gegründet. Seit 1984 verzeichnet Burkina eine im Vergleich zu den anderen Sahelländern überproportional steigende Getreideproduktion und die höchsten Produktionszahlen der letzten 10 Jahre.⁴

Bisher wird damit zwar lediglich der jährliche Nahrungsmitteldefizit verringert, aber die Tendenz ist ermutigend. Die nationalen Kampagnen gegen Desertifikation, für Wiederaufforstung und Holzeinsparung haben langfristig sicherlich bessere Erfolgchancen als die bisherigen vereinzelt und unkoordinierten Entwicklungshilfeprojekte auf diesem Sektor.

Die Bauernschaft, die jedoch wenig politisches Gewicht im Vergleich zu den städtischen gebildeten Schichten besitzt, wird erstmals eher gefördert und ermutigt als ausgebeutet. Es bleibt abzuwarten, ob es den Revolutionsführern gelingt, die gesamte Bevölkerung für das Ziel einer eigenständigen Entwicklung in kleinen Schritten zu gewinnen.

Anmerkungen:

- 1) Afrique-Asie (AA), Paris, Nr. 377/Juli 1986, S. 21
- 2) AA, Nr. 327/Juli 1984
- 3) AA, Nr. 367/Februar 1986, S. 39
- 4) FAO monthly bulletin of statistics, Rom, Jg. 9/Dezember 1986



Afrika wird totgefüttert



Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik
Ein natur Buch
von Randolph Braumann
Rasch und Röhling



Hunger und Afrikahilfe – eine Literaturübersicht

Asit Datta, Welthandel und Welthunger, dtv-Sachbuch, München 1984/85, 171 S., 8,80 DM

vermittelt einen guten Einblick in die Zusammenhänge von Kolonialismus und Welthunger, Welthandel und Welthunger. Am Beispiel von Guatemala, Indien, Tansania und Brasilien beschreibt der indische Autor, wie diese Länder als Rohstofflieferanten für die Kolonialmächte ihrer Fähigkeit zur Eigenversorgung beraubt wurden.

Desweiteren macht Datta deutlich, daß sich das Abhängigkeitsverhältnis auf dem Weltmarkt bis heute fortsetzt und nicht nur die Ungleichheit zwischen den Industrienationen und den Entwicklungsländern verstärkt, sondern auch innerhalb der einzelnen Dritte-Welt-Staaten die Kluft zwischen Armen und Reichen vertieft.

Lloyd Timberlake, Krisenkontinent Afrika. Der Umwelt-Bankrott. Ursachen und Abwendung, Hammer Verlag und Deutsche Welthungerhilfe, Bonn/Wuppertal 1985, 268 S., 18,80 DM.

Der Autor deckt die Ursachen auf, die Afrika in den ökologischen Ruin trieben. Nicht Naturkatastrophen sind an der wachsenden Hungersnot Schuld, sondern – an zahlreichen Beispielen nachgewiesen – eine extreme Verschuldung und Exportorientierung, staatliche Mißwirtschaft einheimischer Eliten und deren blinde Orientierung am europäischen Vorbild sowie eine falsch ausgerichtete Entwicklungshilfe.

Timberlake, der zumindest kurz auch den Apartheidstaat in seine Analyse miteinbezieht, erhofft sich eine Gesundung des geschädigten Kontinents vom afrikanischen Bauern selbst. Dieser „weiß am besten, wie und warum er gezwungen wurde, jene Umwelt zu zerstören... Der Bauer und die Bäuerin besitzen auch den Schlüssel für den Wiederaufbau des Kontinents“ (S. 262).

Ähnlich wie Timberlake nimmt Andreas Bänzinger, Die Saat der Dürre. Afrika in den achtziger Jahren, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1986, 224 S., 24 DM

die ökologische Krise zum Anlaß, die innenpolitischen Strukturen der afrikanischen Länder und ihre Weltmarktabhängigkeit darzustellen. Gleichzeitig hinterfragt Bänzinger, langjähriger Afrika-Korrespondent der Frankfurter Rundschau, westliche Entwicklungsprogramme.

Er entlarvt, daß diese „Hilfe“ allzuoft als „Hilfe zur Selbsthilfe“ für die Industrieländer betrieben wird. Insgesamt gelingt es dem Autor mit überzeugenden Fallbeispielen einen tiefen Einblick in die afrikanische Realität zu vermitteln und erste Lösungsansätze anzubieten.

Hunger als Alltagsfernung im frühneuzeit-

lichen West- und Mitteleuropa ist Thema des Buches

Ulrich-Christian Pallach (Hg.), Hunger. Quellen zu einem Alltagsproblem in Europa und der Dritten Welt. 17. bis 20. Jahrhundert, dtv-Dokumente, München 1986, 424 S., 16,80 DM.

Pallach beginnt seine Dokumentation mit dem Dreißigjährigen Krieg und schildert den Kampf der kleinen Leute um's tägliche Brot bis hin zur letzten großen Hungersnot am Vorabend der Revolution von 1848. Auszüge aus Akten, Gerichtsprotokollen, Kirchenbüchern, Zeitungen usw. bereichern diese „Geschichte des Hungers“.

Zuletzt wirft der Verfasser einen Blick auf die heutige Situation in den Entwicklungsländern und greift auf knapp 40 Seiten die wichtigsten Fragen zum Thema Hunger in der Dritten Welt auf.

Obwohl bereits Ende der 70er Jahre erschienen, gilt

Joseph Collins/Frances Moore Lappé, Vom Mythos des Hungers. Die Entlarvung einer Legende: Niemand muß hungern, Fischer alternativ, Frankfurt 1978, 479 S., 12,80 DM

nach wie vor als eine der umfassendsten Analysen des Welternährungsproblems. Neuerungen stützen sich immer wieder auf diese sehr breite und gründliche Materialsammlung.

Ziel der beiden Autoren ist es, die Legende einer weltweiten Nahrungsmittelverknappung, als Ursache des Hungerproblems, zu widerlegen. Auf dem Hintergrund von Kolonialismus, Weltmarkt, Grüner Revolution, Entwicklungspolitik u.a. werden die vermeintlichen Ursachen des Hungers in ihrem tatsächlichen Zusammenhang – als Frage- und Antwortspiel – untersucht.

Peter Krieg, Der Mensch stirbt nicht am Brot allein... Lesebuch zum Film „Septemberweizen“, Hammer-Verlag, Wuppertal 1981, 192 S., 22,80 DM

zählt ebenfalls zu den „Klassikern“. Wie auch der Film „Septemberweizen“ (1980) von P. Krieg hat das Buch die Weizenproduktion, ihre Verteilung und Verarbeitung zum Thema.

Doch es ist ein Buch zum Schmöckern. Literarische Einlagen (u.a. von Brecht, Eisler, Kisch) wechseln mit naturwissenschaftlichen Informationen. Es enthält Beispiele aus der Geschichte und aktuelle politische Beiträge. Inhalt und Aufmachung – mit zahlreichen Karikaturen, Schautafeln, Fotos – machen das Buch zu einem echten Lesevergnügen.

Eine detaillierte Studie über den Einfluß transnationaler Unternehmen auf die afrikanische Nahrungsmittel- und Agrarproduktion haben Barbara Dinham/Colin Hines, Hunger und Profit. Agrobusiness in Afrika, P. Kivouou Verlag

— Editions Bantoues, Heidelberg 1985, 265 S., 24,80 DM

erstellt. Anhand vieler Beispiele zeigen sie die Handels- und Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen vor allem im Kaffee- und Zuckersektor auf.

Sie analysieren die unterschiedliche Haltung Kenias und Tansanias gegenüber ausländischen Investitionen im Agrarbereich. Und sie decken die Zusammenhänge von Agrobusiness, Nahrungsmittelgroßproduktionen und wachsendem Hunger in Afrika auf. Tabellen und Unternehmensprofile ausgewählter Konzerne ergänzen dieses wichtige Buch.

Das umfassend angelegte und kritische Werk von

Horst Schilling, Nahrungsmittel als Waffe, Dietz Verlag, Berlin 1986, 227 S., 10 DM

zeigt den Einsatz von Nahrungsmitteln im Rahmen der neokolonialistischen Strategie gegenüber den Entwicklungsländern auf. Zunächst geht der Autor den Ursachen des Hungers auf den Grund. Es folgt ein Abriss der Geschichte und Hintergründe der Nahrungsmittelpolitik der USA, der EG-Länder und Japans. Im Schlußteil stellt Schilling die emanzipatorischen Forderungen und Gegenaktivitäten der Entwicklungsländer dar und diskutiert ihre Möglichkeiten gegenüber der imperialistischen Nahrungsmittelpolitik. Das Buch bietet die wohl systematischste Kritik der Konzepte und des Mißbrauchs westlicher Nahrungsmittelhilfe. Und es stellt eine erste Gesamtschau des Widerstands der Dritten Welt vor.

Mit dem eher szenarisch-ausschnitthaft angelegten Buch von

Al Imfeld, Hunger und Hilfe, Provokationen, Unionsverlag, Zürich 1985, 212 S., 18 DM

werden einzelne Aspekte der Hungerkrise in Afrika aufgegriffen. Es enthält Schilderungen

über die Pokot in Kenia, über Flüchtlinge in Somalia, über die Zerstörung des Pastoralismus u.a.m.

Dazwischen werden kritische Denkanstöße zu den Ursachen des Hungers, europäischer Betroffenheit und Spendenbereitschaft geschaltet. Aufgeworfen werden Fragen nach dem Nutzen der Hilfe sowie dem Mißbrauch des Hungers.

Die Kritik am Eigennutz der Nahrungsmittelspenden der Industrieländer sowie an den nicht auf die afrikanischen Bedürfnisse ausgerichteten Entwicklungsprojekten steht im Mittelpunkt bei

Randolph Braumann, Afrika wird totgefüttert — Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Rasch und Röhrig, Hamburg/Zürich 1986, 156 S., 19,80 DM.

Dieses Buch verknüpft auf exzellente Weise Situationsbeschreibungen mit Hintergrund einschätzungen und Fakten. Es demonstriert an den Fallbeispielen der Republik Elfenbeinküste, Nordkenias, Kilimandscharo, Somalia wie die Umwandlung von Acker- und Weideland in Wüsten vor sich geht.

Anhand der Fallstudie der Serer im Senegal zeigt der Agrarsoziologe Volker Jansen den Vorgang des Verfalls einer afrikanischen Bauerngesellschaft auf. Hochinteressant ist ferner die Diskussion über den Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfeprojekten.

Um die erfolgreiche europäische Agrarpolitik auf Kosten der Armen in der Dritten Welt geht es bei

Harald Schumann, Futtermittel und Welthunger, Rowohlt, rororo-aktuell, Hamburg 1986, 212 S., 10,80 DM.

Der Autor greift das Beispiel Brasilien auf. Das Land steht mit seinem Sojaexport an erster Stelle der Futterproduzenten für die EG. Viehfutter geht in großem Stil an die EG, während

die brasilianische Nahrungsmittelproduktion nicht die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung abdeckt. Wie die Dritte Welt von der EG als „Selbstbedienungsladen“ zum billigen Einkauf von Agrarprodukten betrachtet wird und in welcher Weise der politische Rahmen dafür gesteckt wird, zeigt dieses Buch.

Daß eine Saatgutkette die reichen Länder mit der Dritten Welt verbindet, wird bei **Pat Roy Mooney, Saat-Multis und Welthunger**, rororo-aktuell, Rowohlt, Hamburg 1985, 170 S., 8,80 DM

nachgewiesen. Das wirtschaftliche Machtstreben der Agrarkonzerne wie Royal Dutch/Shell, Sandoz und Ciba Geigy bereitet der Verschmelzung von Saatguthandel und Agrochemie den Weg. Die Bauern der Dritten Welt sind inzwischen auf Saatgut und Pestizide der Konzerne angewiesen, ja diese haben durch eine Art Patentgesetzgebung ein ausschließliches Monopol auf bestimmte Pflanzensorten errichtet.

Mooney zeigt schließlich, daß es für Regierungen und internationale Organisationen nur noch wenig Zeit zum Handeln gibt, um die genetische Vielfalt von wichtigem Getreide, Gemüse und Obst zu erhalten.

Gerhard Müller-Wethmann, Markt der offenen Herzen, Hoffmann und Campe, Hamburg 1985, 255 S., 18 DM

bringt die Wahrheit über Praktiken des Spendenschwindels einer Vielzahl von Spendenvereinen und Wohlfahrtsverbänden zu Tage.

Diese werden, in der Manier der Stiftung Warentest, einzeln abgeklopft und die schwarzen Schafe der Spendenorganisationen benannt. Das Buch eignet sich so gesehen auch als Ratgeber für Spender, die sich verständlicherweise vor dem Mißbrauch ihrer Hungerhilfegroschen schützen möchten.

Hanne Denk/Petra Sittig

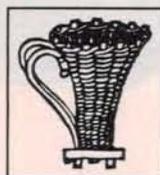
Breyten Breytenbach **Mouiroir** Spiegelungen eines Romans



Kiepenheuer & Witsch

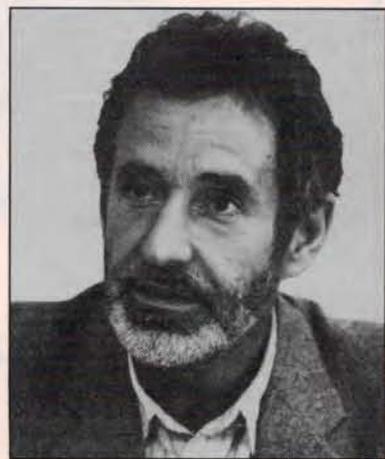
Mouiroir entstand während Breytenbachs siebenjähriger Haftzeit in südafrikanischen Gefängnissen. Es sind Geschichten, die in bedrohlich gesichtslosen, surrealistischen Landschaften spielen.

Aus dem Englischen
von Uli Wittmann
288 Seiten.
Gebunden DM 34,—



Verlag
Kiepenheuer
& Witsch

Foto: Horst Tappe



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Elisabeth Reimann
Ich war ein Contra
Bekennnis eines antisandinistischen Kommandanten
Pahl-Rugenstein-Verlag
120 Seiten, 9,80 DM

Vukani-Makhosikazi
Frauen in Südafrika
Bilder und Texte
Pahl-Rugenstein-Verlag
288 Seiten, 16,80 DM

Jochen Hippler
Krieg im Frieden
Amerikanische Strategien für die Dritte Welt
Pahl-Rugenstein-Verlag
180 Seiten, 14,80 DM

Das Jung wäre damit von den nächsten Wahlen ausgeschlossen, da er erst im Februar 1985 aus dem Exil in den USA zurückkehrte. Zudem müsse das zukünftige Staatsoberhaupt der Partei angehören, die über die Mehrheit im Parlament verfüge.

Angehörige der oppositionellen Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) befürchteten, daß dem Regime über ein parlamentarisches Wahlsystem große Möglichkeiten zur Wahlmanipulation eröffnet würden. Ein Beispiel hierfür lieferte Chun am 6.10.1986, als er durch ein Aufgebot von über 1.000 Polizisten die Abgeordneten der NKDP am Betreten des Parlamentsgebäudes hinderte, um durch die 146 Abgeordneten der Regierungspartei und einen Unabhängigen die Immunität eines Oppositionsabgeordneten einstimmig aufheben zu lassen.

Am 29.9.1986 brach die NKDP die Verhandlungen mit der regierenden DJP über eine Verfassungsreform ab.

Die NKDP begründete diesen Schritt mit der Weigerung des Präsidenten, ein Spitzengespräch zwischen ihm und Oppositionspolitikern zuzulassen. Es folgten schließlich Demonstrationen und Kundgebungen mit dem Ziel, die ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen der NKDP und der DJP unter günstigeren Bedingungen für die Opposition wieder in Gang zu bringen.

Radikalisierungsfaktor Studenten

Doch das Chun-Regime schlug zurück – am 31.10.1986 gegen oppositionelle Studenten, die den aktivsten und radikalsten Teil der Oppositionsbewegung stellen. Über 1.200 Studenten wurden verhaftet. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um eine Verfassungsreform bis dato mehr als 3.000 Studenten festgenommen.

Mit einem Polizeiaufgebot von rund 70.000 Mann unterband die Regierung Ende Oktober und Ende November 1986 von der NKDP initiierte Demonstrationen in Seoul. Gewerkschaften, die mit Unterstützung von Studenten und kirchlichen Gruppen ihren Einfluß verstärkt hatten und zunehmend kämpferischer wurden, ließ das Regime verbieten. Durch das bedingungslose Vorgehen der Sicherheitskräfte und das Schüren der Differenzen zwischen den radikalen und gemäßigten Teilen der Opposition konnte die Diktatur ihre Position wieder festigen.

Zudem gelang es der DJP, andere konservative Kräfte im Parlament auf ihre Seite zu ziehen, indem sie die NKDP als „kommunistisch unterwandert“ und als „verlängerten Arm“ Nordkoreas abkanzelte.

Die DJP kann daher auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament für ihre Vorstellungen von einer Verfassungsänderung und einem indirekt gewählten Präsidenten zählen.

Kim Jung Sam, neben Kim Dae Jung populärster Vertreter der Opposition, sieht damit den Kampf der NKDP noch lange nicht als beendet an: „Egal, wie lange wir brauchen: wir müssen mit aller Kraft ein Ende der gegenwärtigen Regierung herbeiführen. Sie wird stürzen, und ich will dazu keine Gewalt anwenden, nein, ich will wie Gandhi gewaltlos einen Wechsel herbeiführen.“³

Der innenpolitische Mißerfolg der NKDP stürzte die Partei Ende vergangenen Jahres in eine schwere Krise.

Teile der bürgerlichen Oppositionspartei um den Vorsitzenden Li Min Woo schlugen vor, sich mit den Verfassungsplänen des Präsidenten einverstanden zu erklären, wenn damit andere Forderungen der NKDP erfüllt würden: z.B. die Entlassung aller politischen Gefangenen aus den Gefängnissen, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie freie und faire Wahlen.

Dieses Zugeständnis an das Regime traf auf entschiedene Ablehnung der um Kim Dae Jung und Kim Yung Sam gescharten Anhängerschaft. Während sich der DJP-Vorsitzende Roh Tae Woo anschickte, bekanntzugeben, daß seine Partei die von Li geforderten Reformen „positiv zu überlegen“ gedenke, führten heftige NKDP-interne Auseinandersetzungen zur völligen Handlungsunfähigkeit der Oppositionspartei.

Der Streit in der NKDP, ihre offensichtliche Ohnmacht gegenüber dem Chun-Regime beschleunigte die Radikalisierung der demokratischen Studentebewegung. Anders als die NKDP protestieren viele Studenten gegen die Unterstützung Washingtons für die Diktatur und gegen die Präsenz von rund 40.000 US-Soldaten.

Die gewaltigen Studentenproteste und der Foltortod des Studenten Park zu Jahresbeginn ermöglichten es der NKDP – zumindest vorübergehend – wieder geint in Aktion zu treten.⁴

Anmerkungen:

- 1) Zu den Protesten nach dem Foltortod von Park vgl. u.a. Generalanzeiger, Bonn, 10.2.1987; Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 9.2.1987; Frankfurter Rundschau (FR), 21.1.1987; Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 5.2.1987 und Time, New York, 16.3.1987
- 2) Die Tageszeitung (taz), Westberlin, 11.7.1986
- 3) FR, 19.12.1986. Zur Verfassungsreform und den Protesten vgl. auch: SZ, 26.8.1986; taz, 11.7.1986; FEER, 20.11.1986 und International Herald Tribune (IHT), Paris, 30.10.1986
- 4) Zur Opposition vgl. FR, 2.2.1987; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 9./10.11.1986 und IHT, 23.2.1987

SAHARA-INFO

Gesellschaft der Freunde des Sahrauischen Volkes e.V.
 8. Jahrgang / Nr. 1 Februar 1987 Preis: DM 1,50



Marokkanische Kriegsgefangene bei den Sahrauischen Schulen in den Flüchtlingslagern: Das neue Schuljahr
 Sonderbeilage: Menschenrechtsverletzungen in den von Marokko besetzten Gebieten der Westsahara

berichtet regelmäßig über

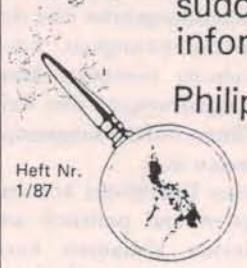
- den Befreiungskampf der F. POLISARIO
- die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
- das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
- die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das **SAHARA INFO** erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM!
 Probeheft und Abobestellung bei
 GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAUISCHEN VOLKES e. V.
 U. Hilpert, Am Wall 46
 2800 Bremen 1

südostasien
informationen

Philippinen



Heft Nr. 1/87

Inhalt u. a.:

- Dokumentation zur Verfassung
- Debatte in der KP
- Berichte aus der Gewerkschaftsbewegung
- KMP: für eine echte Landreform
- „Popular Democracy“ – ein Konzept

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus z. T. schwer zugänglichen Publikationen, zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

südostasien
informationen

erscheinen vierteljährlich
 Einzelverkaufspreis: 6,- DM
 Jahresabonnement: 24,- DM für Einzelpersonen
 48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
 Südostasien-
 Informationsstelle
 Josphinenstr. 71
 4630 Bochum 1
 Tel.: (02 34) 502748

Dieter Boris

Lösungsvarianten der Schuldenkrise

Die Weigerung Brasiliens vom Februar d.J., für mindestens drei Monate keine Zinsen mehr auf einen Großteil seiner Schulden zu bezahlen (siehe AIB 4/1987, S.3), hat für Furore gesorgt. Sie hat erneut deutlich gemacht, daß die Schuldenkrise der Dritten Welt längst nicht ausgestanden ist – ganz im Gegenteil. Trotz gesunkener Zinsen und Erdölpreise, trotz des Verfalls des Dollars und eines Aufschwungs der Weltkonjunktur ist der Schuldenberg weiter gewachsen. Nach Angaben der Weltbank von Ende Februar 1987 erreichte die Außenverschuldung der Entwicklungsländer 1986 insgesamt 1035 Mrd \$ und wird sie voraussichtlich bis Ende 1987 auf 1080 Mrd \$ weiter ansteigen.

Die Zahlungsprobleme der Entwicklungsländer sind gewachsen. Da die neuen Kredite der Privatbanken von 52 Mrd \$ im Jahr 1981 auf 13 Mrd \$ im Jahr 1985 gesunken sind und der Devisenmangel zu Importkürzungen, darunter auch von Investitionsgütern geführt hat, stellt eine Fortsetzung des Schuldendienstes das weitere wirtschaftliche Wachstum in Frage. 1986 zahlten die Entwicklungsländer 29 Mrd \$ mehr an ihre Gläubiger als sie an neuen Krediten erhielten. Angesichts sinkender Exportaussichten und wachsender Proteste gegen die vom Internationalen Währungsfonds (IMF) diktierte soziale Verelendung schreiten jetzt selbst Regierungen, die den imperialistischen Staaten wohlgesonnen sind – darunter Brasilien, Zaire und Ecuador –, zur teilweisen Aussetzung des Schuldendienstes. Da die nächste zyklische Wirtschaftskrise vor der Tür steht und zu einem Rückgang der für den Schuldendienst notwendigen Exporterlöse führen dürfte, werden sich weitere Länder der Dritten Welt vor das Problem der Zahlungsunfähigkeit gestellt sehen. Spätestens dann wird sich zeigen, daß mit der bisher von IMF, westlichen Regierungen und Banken verordneten Sparpolitik eine Lösung der Schuldenkrise nicht möglich ist (zur bundesdeutschen Rolle siehe: AIB-Sonderheft 4/1986 „Dritte-Welt-Politik der BRD“, S. XIV ff.).

Im folgenden Beitrag stellt AIB-Mitherausgeber Prof. Dieter Boris die wichtigsten Varianten zur Lösung der Schuldenkrise vor. Es handelt sich um einen auszugsweisen Vorabdruck der Einleitung des Buches: *D. Boris, N. Biver, P. Imbusch, U. Kampmann (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Aus der Sicht der Betroffenen, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, ca. 220 S., 14,80 DM, das im Mai/Juni d.J. erscheinen wird.*

Es ist einleuchtend, daß angesichts der Brisanz der Verschuldungskrise und der weitgehenden Wirkungslosigkeit oder Unterproportionierung bisheriger konventioneller Lösungsstrategien eine Reihe von Ideen, Plänen und Lösungsempfehlungen entstanden sind.

Im Rahmen dieses Überblicks können nur die wichtigsten und politisch am meisten diskutierten Varianten kurz skizziert werden.

Der weitgespannte Bogen von Lösungsvorschlägen läßt sich a) unter dem Gesichtspunkt der Konventionalität bzw. Kapitalkonformität und der Radikalität bzw. Systemveränderungstendenz und b) unter dem Gesichtspunkt der spezifischen Kosten- und Verlustverteilung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten (Banken, Regierungen/Steuerzahler in den Metropolländern, Regierungen/herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern, Massen in den Entwicklungsländern) anordnen.

Die drei Hauptkategorien von Lösungsvorschlägen wären schematisch – d.h. es gibt natürlich auch ein gewisses Über-

schneidungsfeld zwischen ihnen – als a) der konventionelle Ansatz, b) die reformkapitalistische bzw. sozialreformistische Lösungsvariante und c) als systemverändernder Lösungsvorschlag zu kennzeichnen.

Vertrauen auf Kräfte des Marktes

Der konventionelle Ansatz enthält keine Vorschläge zu gewichtigen institutionellen Veränderungen im internationalen Kreditsystem oder im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem. Er spekuliert vielmehr auf die „Erholung“ der Weltwirtschaft, auf Sanierungserfolge in den Entwicklungsländern, auf die Fortsetzung der ... „Land-zu-Land“-Umschuldungen („case by case-approach“) usw.

Im Eintreten für den Abbau des Protektionismus, für internationale Zinssenkungen und inflationsfreies Wachstum sieht z.B. die CDU/FDP-Regierung ihre wichtigsten Beiträge zur Lösung der Schuldenkrise. Insbesondere in markt-



konformen Strukturreformen in Entwicklungsländern selbst sollen die Grundlagen für eine grundsätzliche Lösung der Verschuldungskrise liegen. Eingriffe in das Marktgeschehen werden im Prinzip abgelehnt. Im Falle gänzlich uneinbringbarer Bankforderungen könne eine Zentralbank oder die Weltbank diese Forderungen – mit Staats- bzw. Steuerzahlermitteln – aufkaufen, den Schuldnerländern längere Zahlungsfristen und niedrige Zinsen einräumen, oder diese zu quasi Wertpapieren umgewandelten Schulden auf einem entsprechenden Geldmarkt weiter anbieten. Damit wären die betreffenden Privatbanken von „schlechten Schuldnern“ befreit und die Schuldnerländer etwas erleichtert.

Allerdings würde dies nur auf Kosten der Steuerzahler in den kapitalistischen Industrieländern möglich sein. Denn die Wertabschläge auf die Bankforderungen und die Zinseinbußen müßten ja von irgendeiner Seite – gedacht wird häufig an eine „Weltschuldendiskontzentrale“ – getragen werden.

Diese als „Konversionsansätze“ bekannt gewordenen Entschuldungsvorstellungen sind bislang – trotz der breiten Diskussion darüber – nirgendwo in die Praxis umgesetzt worden, da die Banken zwar relativ geringe Verluste selbst zu tragen hätten, allerdings Gefahr liefen, gegenüber dem „Umwandlungsfonds“ ihre Bilanzen offenlegen zu müssen.¹

In eine ähnliche Richtung zielt der jüngst von dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank gemachte Vorschlag, einen „Zinsausgleichsfonds“ einzurichten. „Mit den Mitteln des Fonds, die vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, den Regierungen der Industriestaaten und den kommerziellen Banken aufzubringen wären, soll die Zinsbelastung der hochverschuldeten Länder auf einen Höchstsatz festgeschrieben werden. Bei in der ganzen Welt über diesen Höchstsatz steigenden Zinsen, soll die Zinsdifferenz aus den Fondsbeiträgen aufgebracht werden.“²

Eine Variante hierzu wäre, die öffentliche Entwicklungshilfe der entwickelten kapitalistischen Länder zum Aufkauf bzw. zur Bedienung der Bankforderungen zu nutzen. Auch diese von Bankkreisen vorgebrachten Vorschläge wurden bislang von den Regierungen der Gläubigerländer abgewiesen, weil: a) dadurch die Steuerzahler in die Verantwortung der Banken eingespant würden, b) die Manövrierfähigkeit der staatlichen Entwicklungspolitik auf Null zusammenschrumpfen würde, und c) bei unterschiedsloser Praxis die „guten Schuldner“ gerade nicht belohnt, sondern quasi bestraft würden. Dies wiederum könnte das ganze System internationaler Kreditbeziehungen ins Wanken bringen.³

Ausverkauf statt Verschuldung?

Eine andere Akzentuierung weist ein aus Kreisen von US-Bankern stammender Vorschlag auf, der zugleich auch angesichts der tatsächlichen Tendenzen des Krisenmanagements die größere Wahrscheinlichkeit der Umsetzung für sich hat.

Diesem Vorschlag zufolge geht es darum, „den Schuldnern in der Dritten Welt automatisch Zahlungsaufschub für Zinsverpflichtungen zu gewähren: wenn der Zins ... auf 15% stiege, bräuchte die Dritte Welt demnach nur den Gegenwert von 7% bar zu zahlen. Der Rest würde 'kapitalisiert', d.h. der Gesamtschuld zugeschlagen.

Das ist zwar 'politisch machbar', denn es kostet den Steuerzahler nichts, läßt den US-Banken ihren papiernen 'Jahresgewinn' und verschafft den Schuldnern kurzfristig Luft. Die Krise wäre aber nur vertagt, ganz wie beim bisherigen Schneeball-System: Brasiliens Schulden-

summe würde sich bei diesem Verfahren innerhalb von 10 Jahren verdreifachen.“⁴

Ein anderer Vorschlag aus diesem Lager sieht dagegen tatsächlich eine Entschuldung vor: Ihm zufolge sollen die Bankforderungen in Beteiligungen und Aktienkapital aus den Schuldnerländern (seien es private oder staatliche Unternehmen) umgewandelt werden („debt for equity swap“), eine Variante, die die mexikanische Regierung z.B. seit März 1985 den Gläubigern angeboten hat.

Es ist dies aber eine Variante, die wegen der damit gekoppelten Entnationalisierung und Entstaatlichung von Vermögen in vielen Entwicklungsländern nicht ohne weiteres durchsetzbar sein dürfte. Insbesondere in Chile und Mexiko hat diese total proimperialistische Entschuldungsvariante bereits eine gewisse Bedeutung erlangt und erfreut sich steigender Beliebtheit in Banker-Kreisen.⁵

Der sog. Baker-Plan, der, wie erwähnt, Anfang Oktober 1985 in Seoul vom US-amerikanischen Finanzminister Baker präsentiert wurde, ist die jüngste und wohl einflußreichste konservative Strategievariante.

Sie fußt auf drei Elementen: den 15 am meisten verschuldeten Ländern (10 lateinamerikanische allein sind darunter)

Jahren existieren,⁶ ist nun nach der impliziten Aufgabe der bislang vorherrschenden IMF-Strategie einer rezessiven Anpassung die Wiederaufwertung der Weltbank (gegenüber dem IMF) emphatisch als „Strategiewechsel an der Schuldenfront“ gefeiert worden.

„Man hat erkannt, daß dauerhafte Lösungen für die Zahlungsprobleme nicht in einem Mehr an Austerität liegen können, sondern vielmehr darin, daß die Entwicklungsländer aus ihren Schulden herauswachsen müssen.“⁷ Allerdings wird von vielen mittlerweile bezweifelt, ob die sog. „Baker-Initiative“ wirklich ernst gemeint war, oder ob sie lediglich ein Versuch war, im Schuldenpoker „auf Zeit zu spielen“.⁸

Auch die Tatsache, daß ein Jahr nach Verkündung des Baker-Plans sich noch kein „Opfer für seine Therapie“⁹ gefunden hat, scheint die letztere Interpretationsvariante zu bestätigen. Das neugeschnürte Kreditpaket für Mexiko könnte zwar als Testfall für die Baker-Plan-Strategie betrachtet werden.

Es ist jedoch angesichts seiner Dimensionen (12 Mrd \$ in eineinhalb Jahren für ein Land) so angelegt, daß es die Baker-Vorstellungen bei weitem sprengt, ganz abgesehen von den problematischen „Erfolgchancen“ für Mexiko selbst. Ver-



Lima: Proteste anlässlich der Drohungen von US-Banken gegen die peruanische Regierung.

sollen in den nächsten drei Jahren zusätzlich 29 Mrd \$ – 20 Mrd von den Geschäftsbanken, 9 Mrd von den Banken der Weltbankgruppe – zur Verfügung gestellt werden; mit diesen neuen Krediten sollen grundlegende wirtschaftliche Strukturereformen marktwirtschaftlicher Art durchgeführt werden, wodurch eine neue Phase von Wachstumsprozessen eingeleitet und damit die Schuldendienstfähigkeit der betroffenen Länder erhöht werden soll.

Obwohl solche Programme (strukturelle Anpassungsdarlehen, „Sektordarlehen“ usw.) bei der Weltbank schon seit einigen

glichen mit den 135 Mrd \$ Zinszahlungen der 15 am meisten verschuldeten Entwicklungsländer in den nächsten drei Jahren sind die von Baker ins Spiel gebrachten 29 Mrd \$ eine lächerlich geringe und nichtssagende Summe. (...)

Ein weiterer Block von Lösungsvorschlägen könnte als „reformkapitalistisch“ oder als „sozialreformistisch“ qualifiziert werden.

Sie gehen von dem Prinzip einer gerechteren Aufteilung der (mit der Verschuldungskrise notwendigerweise anfallenden) Kosten zwischen Schuldnern und Gläubigern aus und werden von der

„Nord-Süd-Kommission“, sozialdemokratischen Kreisen, UN-Körperschaften und anderen vorgetragen. Eine Reihe der schon genannten „Konversionsansätze“ wäre hier ebenfalls einzuordnen.

Für diese reformistische Variante gilt aber auch: „Nicht anders als beim offiziellen Krisenmanagement handelt es sich hierbei um wirtschaftspolitische Alternativen, die sich ausschließlich auf die finanzielle Ebene beziehen und weder den realen Aspekt der Verschuldungskrise – nämlich die akkumulationshemmende Weltmarktstellung der Schuldnerländer und die globalen Rezessionsstendenzen der Weltwirtschaft – noch den allgemeinen Zusammenhang zwischen der Verschuldungskrise und der hegemonialen Machtausübung der USA berücksichtigen.“¹⁰

Andere Überlegungen dieser Art stellen die Reform des IMF und des Weltwährungssystems in den Vordergrund. Neben der Erhöhung der Kreditmittel des IMF und der Weltbank für die Dritte Welt (z.B. über neue Sonderziehungsrechte (SZR) oder über Kapitalerhöhungen usw.) steht die Änderung der Aufgabepolitik dieser Institutionen im Zentrum solcher Überlegungen.

Das Versagen der herkömmlichen Auflagen des IMF sei kein Argument für eine unkonditionierte Mittelvergabe. Vielmehr sollten sich die Auflagen auf den Abbau von Strukturdefekten in den Entwicklungsländern beziehen. Sie sollen wirtschaftliche, soziale und politische Reformen beinhalten und die Befriedigung der Grundbedürfnisse für alle Bevölkerungsschichten sichern. „Entwicklungspolitische Konditionalität für IMF-Kredite lautet deshalb hier das Plädoyer.“¹¹

Eine Reform von IMF und Weltbank müsse die Rolle der Entwicklungsländer stärken, etwa durch die Teilhabe an Leistungsfunktionen, die durch demokratisches Mitbestimmungsrecht ermöglicht werden soll. Zudem sei eine internationale Währungsreform mit den SZR als hauptsächlichem Reservemedium, mit größerer Wechselkursstabilität als Ergebnis vereinbarter Interventionspraktiken und einer neuen Definition der Pflichten der Überschußländer, die Lasten welt-

weiter Anpassungsprozesse mitzutragen, durchzuführen.

Um mehr Gleichheit und Partnerschaft in den internationalen Finanzinstitutionen zu schaffen, wird die Gründung eines „Weltentwicklungsfonds“ angeregt, in dem auch die sozialistischen Länder vertreten sein sollen. Langfristige Programmkredite, Exportkreditvergabe und Rohstofffinanzierung sowie die Übertragung neuer, international aufgebracht Mittel hätten Tätigkeitsfelder dieses Weltentwicklungsfonds zu sein.¹²

Eine gewisse Naivität

Bezüglich der Verschuldungskrise im engeren Sinne wird für eine Praxis mehrjähriger Umschuldungen plädiert, für Zinssenkungen sowie für die Möglichkeit, die überwiegend in US-Dollar aufgenommenen Kredite teilweise durch niedriger verzinsliche Kredite in anderen Währungen abzulösen. Verstärkte Kontrolle der transnationalen Banken, der Xenofinanzmärkte usw. sind weitere Elemente dieser reformistischen Vorstellungsvariante.

Einige dieser Vorschläge lassen sich zweifellos relativ leicht realisieren. Bei der Mehrjährigkeit der Umschuldungen und der Anerkennung von Zinszahlungen in Nicht-Dollar-Währungen ist dies z.T. schon geschehen.

Bezüglich anderer Punkte, die wichtiger sind, wie z.B. die rapide Erhöhung der internationalen Liquidität von Weltbank oder IMF um das Zwei- oder Dreifache oder der Einführung demokratischer Entscheidungsstrukturen in diesen Institutionen scheint eine Realisierung dieser Vorschläge innerhalb der gegebenen Interessen- und Machtstrukturen kaum möglich. Zweifellos ist es schwierig, die kapitalistischen Funktionsgesetzmäßigkeiten auf dem Weltmarkt in „normale“ und „Auswüchse“ auseinanderzudividieren.

Daher ist jeder wohlmeinende Vorschlag, die Anpassung an vorgegebene oder mehr oder minder korrigierte Strukturen des kapitalistischen Weltmarktes zu erleichtern, mit einer gewissen Naivität bzw. mit einem bestimmten abstrakten Moralismus behaftet.¹³

Eine dritte Hauptgruppe von Vorschlägen (die Ähnlichkeiten und fließende Übergänge zu den vorgenannten aufweisen) will mit der Bewältigung der Verschuldungskrise die strukturelle, teilweise systemverändernde Neuordnung des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems – als der eigentlichen Ursache der Verschuldungskrise – verbinden.

Die aktuellen Kosten sollen bei dieser Kategorie von Lösungsansätzen überwiegend von den kapitalistischen Industrieländern getragen werden. Diese Bela-

stung der imperialistischen Zentren drückt sich vor allem in einer geforderten Einstellung von Zins- und Tilgungszahlungen aus, die wiederum unterschiedlich radikal angelegt sein kann: vom Moratorium (befristeten Zahlungsaufschub) bis zur teilweisen oder gänzlichen Nichtanerkennung der Schulden.

Obwohl die meisten Vorstöße dieser Art aus der Dritten Welt kommen, gibt es auch hierzulande ähnliche Stimmen. Dabei sind die Begründungszusammenhänge durchaus unterschiedlich.

W. Hankel z.B., ein keynesianischer Geld- und Währungsspezialist, setzt sich für eine Streichung der Schulden der Dritten Welt ein, indem er sich auf die sog. „Transfer-Debatte“ zwischen Keynes und Ohlin Ende der 20er Jahre beruft. Die Grundüberlegung ist dabei, daß die Auslandsschulden real immer nur aus Exportüberschüssen bedient und getilgt werden können.

Schuldenstreichung ist Krisenvermeidung

Eine andauernde Umkehr des Verhältnisses zwischen Export- und Importüberschuß-Ländern müßte bei den Gläubigerländern, insbesondere bei solchen mit hohen und ständigen Handelsbilanzüberschüssen, Beschäftigungsrückgänge hervorrufen. Die Konsequenz daraus ist, daß die Volkswirtschaften der Gläubigerbanken eigentlich eine Schuldentilgung aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht herbeiwünschen dürften.

Die Keynesische Einsicht von damals treffe heute voll auf die Handelsbeziehungen und die Schuldenkonstellation zwischen Erster und Dritter Welt zu:

„Die Eintreibung der Auslandsschulden sei nur um den Preis der Doppelkrise in Schuldner- und Gläubigerländern zu haben: Die einen müßten hungern, um ihre Schulden zu bezahlen, in Wahrheit um die Fiktion ihrer 'Kreditwürdigkeit' zu retten, die anderen auf mögliche Vollbeschäftigung verzichten, bloß um die 'Liquidität' des eigenen Bankensystems weiterhin sichern zu können.

Daher sei es billiger (finanziell, ökonomisch und sozial), auf die Eintreibung der uneinbringlich gewordenen Auslandsschulden gänzlich zu verzichten. Denn was kostet diese Streichung? In Wahrheit und bei exakter Rechnung: Nichts! Denn worauf verzichte man denn wirklich? Auf nichts anderes als auf die Krise, in Schuldner- wie Gläubigerländern!“¹⁴

Das andere Argument für den Schuldenerlaß berührt die schon erwähnte Figur, wonach die kommerzielle Überschuldung als Ausdruck von schon geleisteter Entwicklungshilfe (im Sinne eines einseitigen Ressourcentransfers) zu betrach-

Aussenverschuldung der Entwicklungsländer¹ (in Mia. \$)

| | 1983 | 1984 | 1985 ² | 1986 ³ | 1987 ⁴ |
|--|------|------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Langfristige Verschuldung | 697 | 741 | 805 | 852 | 895 |
| aus staatlichen Quellen | 238 | 256 | 291 | 314 | 335 |
| von privaten Kapitalgebern | 459 | 486 | 514 | 538 | 560 |
| Kurzfristige Verschuldung⁴ | 193 | 187 | 185 | 183 | 185 |
| Total | 890 | 929 | 992 | 1035 | 1080 |

¹ Alle Entwicklungsländer unter Einschluss der 109 Weltbank-Berichtsländer. ² Vorläufig. ³ Geschätzt. ⁴ inklusive Kredite des Internationalen Währungsfonds

Quelle: Weltbank

ten sei und daher der uneinbringlich gewordene Teil der Schulden „gemäß den nationalen Anteilen an Bankgläubigerforderungen von den nationalen Entwicklungshilfebudgets übernommen“ werden sollte.

Mit diesem Vorschlag, der Entwicklungsländer und Banken auf Kosten der Steuerzahler in den Industrieländern entlasten würde, verbindet Hankel die Idee eines „nationalen Gegenwertfonds“, in den die Schulden in einheimischer Währung eingezahlt und für intern finanzierte Entwicklungsprojekte wieder genutzt werden sollten. Hiermit wäre gewährleistet, daß die einheimische herrschende Klasse und Regierung nicht aus

geprägt wird, setze genau die falschen Akzente, nämlich gegen den Binnenmarkt, gegen die Ausnutzung der eigenen Produktionsressourcen, gegen ein Subventionselement sozialpolitischer Art.

Da die Entwicklungsländer bereits ihren Teil der Lasten aus der Verschuldungssituation übernommen haben, andererseits aber mit der Entwicklungspolitik und den öffentlichen Entwicklungskrediten die Verschuldungsproblematik nicht gelöst werden darf und kann, sollen die Banken selber antreten und Verantwortung übernehmen.

„Hier muß es tatsächlich zu einem Forderungsverzicht der Banken kommen.

lungsländern durch die einseitige Orientierung bisheriger „Anpassungs“-Modelle noch zu vertiefen.

Im übrigen würde die Verfolgung einer solchen zutiefst inhumanen und menschenverachtenden Strategie zur weiteren sozialen Polarisierung und im Gefolge davon zu einer erneuten Gefährdung der Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika durch erneute Militärdiktaturen führen. Die Eintreibung der Schulden – selbst wenn sie möglich wäre – würde einen mehrjährigen einseitigen Ressourcen-Transfer von der Dritten Welt in die Metropolen bedeuten, was natürlich erhebliche negative Auswirkungen auf den Welthandel (Protektionismus-Tendenzen) haben müßte.

Castro ist sich der Tatsache bewußt, daß die Bankkredite nicht nur aus den eigenen Rücklagen und Gewinnpolstern der Geschäftsbanken ohne Störung des internationalen Finanzsystems einzubringen sind, sondern daß aus öffentlichen Haushalten – vor allem dem Militärhaushalt – diese fehlenden Beträge zu entnehmen sind. Eine 12%ige Reduktion der Weltmilitärausgaben über einige Jahre hinweg und deren alternative Verwendung für Tilgungsleistungen der Dritten Welt könnte zur völligen Entschuldung der Entwicklungsländer führen.

Auch das würde aber nur die akuten und kurzfristigen Probleme lösen. Mittel- und langfristig müssen die Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung ernsthaft angegangen werden, damit nicht erneut die gleichen Verschuldungsmechanismen einsetzen. Gerade die Tiefe der Schuldenkrise und klare Polarisierung in Krisen-Gewinnler und Krisen-Verlierer kann zu einem neuen Bewußtsein des Zusammenhalts und der Notwendigkeit der ökonomischen Kooperation zwischen den Ländern der Dritten Welt führen.¹⁷

Entschuldung durch Abrüstung

Die Frage der Gangbarkeit eines solchen von Fidel Castro vorgeschlagenen Wegs¹⁸ ist letztlich die nach der politischen Entwicklung auf vielen Ebenen: In den einzelnen Entwicklungsländern selbst (breite Mobilisierung für eine alternative Schulden- und Wirtschaftspolitik), zwischen den Entwicklungsländern (vereinheitlichte Vorstellungen zur Lösung des Schuldenproblems gegenüber den imperialistischen Ländern), zwischen Entwicklungsländern und kapitalistischen Industrieländern (z.B. gibt es gerade in der Verschuldungsfrage erhebliche Differenzen zwischen dem US- und dem europäischen Kapital, die auszunutzen wären) sowie die weltpolitische Dimension von globaler Rüstungsbegrenzung und -reduktion.



Losung in Mexiko-Stadt: „Nein zur Zahlung der Schulden“

ihrer Teilverantwortung für die Verschuldung gänzlich entlassen würde und zugleich ein stärker binnenmarkt-orientierter ökonomischer Entwicklungstrend einen zusätzlichen Anstoß erhielte.

Dieser Gedanke taucht bei vielen fortschrittlichen Lösungsansätzen immer wieder auf, so z.B. auch bei den Vorstellungen der „Grünen“ zur Entschuldung.¹⁵

Forderungsverzicht der Banken

Auch der Geschäftsführer der bundeseigenen „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)“, Hansjörg Elshorst, beispielsweise tritt aus seiner Sicht für einen Schuldenerlaß für die Dritte-Welt-Länder ein, wobei er wiederum etwas andere Akzente setzt.

Verschuldung bedeute Abfluß von Mitteln aus den Ländern der Dritten Welt, Netto-Devisentransfer aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer, jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt und perspektivisch noch über eine längere Zeit hinweg. Die sich darauf einstellende Wirtschaftspolitik, die wesentlich von internationalen Finanzinstitutionen

Das muß politisch gefordert werden. Man muß mal in die Diskussion bringen, ob Banken nicht auch für ihre unternehmerischen Fehlleistungen in Entwicklungsländern einzustehen haben... Wir sind heute in der kuriosen Situation, daß die Banken sich darauf einstellen, daß sie ihr Geld nicht zurückbekommen, deshalb die Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen erhöhen, deshalb hohe Gewinne machen, damit sie hohe Rückstellungen machen können für den Verlustfall.

Gegenüber den Entwicklungsländern aber tun sie nach wie vor immer noch so – und hier ist der IMF ja nur ein Instrument –, als ob die Entwicklungsländer je zurückzahlen müßten.“¹⁶

Die radikalste Version der Bewältigung der Schuldenkrise wurde in Kuba erarbeitet. In zahlreichen Interviews, Konferenzbeiträgen und Reden hat Fidel Castro (siehe AIB 11/1985, S. 38 ff.) vorgeführt, daß die Zahlung der Schulden der Dritten Welt schon rechnerisch und ökonomisch unmöglich ist.

Sie sei überdies von ihren wesentlichen Entstehungskomponenten her nicht zu legitimieren. Und es sei ferner zutiefst unmoralisch, das schon vorhandene Elend breiter Massen in den Entwick-

Anmerkungen:

- 1) Vgl. A. Schubert, Verschuldungskrise: Mit einem neuen Grundkonsensus den weiteren Zerfall verhindern, in: WSI-Mitteilungen, Köln, Nr. 4/1984, S. 207ff.
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 6.11.1986
- 3) Vgl. hierzu V. Köhler, in: Entwicklung & Zusammenarbeit, Baden-Baden, Nr. 7/1986, S. 7f.
- 4) M. von Conta, Die Schuldner proben den Aufstand, in: Stern, Hamburg, 2.8.1984; so auch neuerdings F. Lütolf, Generaldirektor des Schweizer Bankenvereins, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 11.9.1986
- 5) Vgl. die instruktiven Beispiele in der FAZ, 17.12.1986
- 6) Vgl. Ch. Payer, The World Bank: A New Role in the Debt Crisis?, in: Third World Quarterly, London, Jg. 8, April 1986, S. 658-676
- 7) A. Horn, Direktor der Dresdner Bank AG, in: Entwicklung & Zusammenarbeit, Nr. 7/1986, S.11
- 8) So die Meinung von Ch. Payer, The World Bank..., a.a.O., S. 674f.
- 9) So ein bundesdeutscher Banker nach: Wirtschaftswoche, Düsseldorf, Nr. 32/1.8.1986
- 10) A. Schubert, Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem, Frankfurt/M. 1985, S. 263
- 11) P. Körner u.a., Im Teufelskreis der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Dritte Welt, Hamburg 1984, S. 216
- 12) Vgl. W. Brandt (Hg.), Hilfe in der Weltkrise, Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Reinbek 1982, S. 100
- 13) Vgl. R. Rojas, in: Das Argument, Westberlin, Nr. 151/1985, S. 477 sowie G. Simon, in: PROKLA, Westberlin, Nr. 63/Juni 1986, S. 86; „Forderungen, wie z.B. nach einer 'entwicklungspolitischen Konditionalität' für IWF-Kredite, die für die Entwicklungsländer über den Hebel der finanziellen Abhängigkeit zu Strukturformen zwingen soll, ... sind nichts anderes als alternative Vorschläge, die Entwicklungsländer an die gegebenen Strukturen des kapitalistischen Weltmarkts anzupassen.“
- 14) W. Hankel, Die Schuldenkrise. Ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt? Umschuldung oder Schuldenerlaß?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 1/1984, S. 66
- 15) Vgl. hierzu Th. Fus und L. Vollmer, Internationale Verschuldungskrise. Ein Positionspapier der „Grünen“ im Bundestag, 3. veränderte Fassung, November 1985; Die Dritte Welt im „Hohen Haus“. Erfahrungen und Ergebnisse aus 2 Jahren „Grüner“ Entwicklungspolitik im Bundestag, Bonn, Juli 1985; Blätter des iz3w, Freiburg, Nr. 121/November 1984 sowie neuerdings Blätter des iz3w, Nr. 137/November 1986, S. 43ff. Siehe auch: AIB-Sonderheft 4/1986, S. XXIV ff. und XXX ff.
- 16) Vgl. Entwicklung & Zusammenarbeit, Nr. 7/Juli 1986, S. 9ff.; siehe auch epd-Entwicklungspolitischer Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes, Frankfurt, Nr. 9-10/1986
- 17) Vgl. hierzu das Interview mit X. Gorostiaga, in: Pensamiento Propio, Managua, Nr. 31/März 1986, S.37
- 18) Siehe hierzu die skeptische Stimme von: B. Roth, Schuldnerstreik. Ein Weg aus der internationalen Finanzkrise?, in: Cuba libre, Köln, Nr. 4/November 1985, S. 17-24

Sowjetunion und Dritte Welt

Gert Meyer

Entkolonialisierung auf sowjetisch (I)



Tradition und Moderne: Erntedankfest in der kirgisischen Stadt Osch

Die Entwicklung der ehemaligen „Binnenkolonien“ des Zarenreichs nach der Oktoberrevolution 1917 ist bisher das einzige Beispiel einer gelungenen Entkolonialisierung, die vom „Mutterland“ selbst ausging und von dort aus dauerhaft vorangetrieben wurde. Ermöglicht wurde dies durch den Sturz des Zarismus, die Beseitigung der Ausbeuterklassen und die anschließende solidarische Unterstützung, die die Völker der entwickelteren Gebiete den ehemals Unterdrückten zukommen ließen. Die Grundlagen für diese Entwicklung waren bereits in den ersten Tagen nach der Oktoberrevolution geschaffen worden (siehe Beschlüsse des Rats der Volkskommissare in diesem Heft, die wir erstmals in deutscher Sprache veröffentlichen).

Dies heißt jedoch nicht, daß in den Beziehungen der Nationalitäten untereinander und der Industriezentren zu den asiatischen Sowjetrepubliken heute keine Probleme mehr bestehen würden. Die Unruhen, zu denen es in der Hauptstadt Kazachstans, Alma Ata, im Dezember 1986 nach der Absetzung des korrupten Parteichefs der Republik, Dimmuhammed Kunajew, und seiner Ersetzung durch Gennadij Kolbin gekommen war, sind ein Beleg hierfür. Zu den Gründen gehören das Fortbestehen nationalistischer Vorurteile, Fehler von Parteiführungen und staatlichen Institutionen und das Schüren nationaler Differenzen, um materielle Vorteile zu erlangen.

Im folgenden beschreibt der Marburger Politologe Gert Meyer den Entkolonialisierungsprozeß der ehemaligen russischen Kolonien am Beispiel der zentralasiatischen Republiken Kazachstan, Kirgizien, Turkmenistan, Uzbekistan und Tadshikistan.

Entwicklungs- und Industrialisierungsprobleme, wie sie für zahlreiche Länder der heutigen sog. Dritten Welt charakteristisch sind, haben sich auch der Sowjetunion historisch gestellt.

Zum Zeitpunkt der Revolution konnten zwar einzelne Teile des europäischen Rußland durchaus als „modern“ angesehen werden (es existierten bedeutende Handels-, Verwaltungs- und Industriezentren, eine hohe Kapital- und Bankkonzentration, ein weiträumiges Eisenbahnnetz, eine konzentrierte industrielle Arbeiterklasse, Bildungs- und Infrastruktureinrichtungen in den urbanen Zen-

tren, ferner marktorientierte Guts- und Farmwirtschaften usw.). Aber im wesentlichen handelte es sich nur um „Modernisierungsinselfn“ in einem Meer bäuerlicher Kleinwirtschaften, die auf niedriger technischer Stufe produzierten (4/5 der Gesamtbevölkerung des alten Reiches lebten auf dem Lande).

In ökonomischer Hinsicht besonders zurückgeblieben waren die meisten jener nichtrussischer Territorien, die während des 19. Jahrhunderts vom zaristischen Reich annektiert worden waren. Dies gilt insbesondere für die weiträumigen zentralasiatischen Gebiete, die als „Binnen-

kolonien" galten.¹

Hinter der militärischen Eroberung der Territorien zwischen Kaspischem Meer, Pamir und Tian-Shan in den 60er bis 80er Jahren des 19. Jahrhunderts (Fall von Taschkent 1865, von Samarkand 1867, von Chiva 1873, von Kokand 1875, von Merv 1884) standen einerseits die ökonomischen Interessen des russischen Handels- und Industriekapitals. Andererseits lagen ihr macht- und militärpolitische Ambitionen der zaristischen Autokratie in ihrem weltpolitischen Gegensatz zur britischen Expansionspolitik in Asien zugrunde.²

Die Eroberungen und die in ihrem Gefolge einhergehende Ausweitung der Markt- und Geldbeziehungen führten auf der einen Seite zur Konservierung und teilweisen Vergrößerung von Unterdrückung und Ausbeutung, zu wachsender sozialer Differenzierung und vermehrter Armut der Unterschichten, zur Verschuldung der einheimischen Kleinbauern und ausgedehnter Landnahme seitens russischer Siedler (vor allem im Gebiet Semireč'e), zur Herrschaft einer „verrotteten Beamtenschaft“,³ zur Ausbreitung des Alkoholismus.

Auch in den traditionellen Zentren der ostislamischen Wissenschaften (etwa in Buchara, dessen Emirat in einen Vasallenstaat umgewandelt wurde) blieb das allgemeine Kultur- und Bildungsniveau außerordentlich gering (siehe Tabelle 1). Auf der anderen Seite brachte die Herrschaft Rußlands in Mittelasien (die insgesamt womöglich weniger zerstörend wirkte als etwa die britische in Indien) auch eine Abschaffung der letzten Reste des Sklavenhandels und der Dauerfeinden lokaler despotischer Herrscher sowie die Herstellung von „Ordnung und Sicherheit“ mit sich.

Ferner bewirkte sie die Entwicklung des

Der erste Zug der Turksib-Eisenbahn, die von 1927-1931 gebaut wurde



Marktverkehrs und der Eisenbahnen, die Ausweitung der Produktion von Baumwolle (sowie von Reis, Tabak, Flachs, Seide, Luzerne usw.), Ansätze einer Entwicklung des Bergbaus (Kohle, Öl, Erze), Keime einer Arbeiterklasse in den Städten und längs der Eisenbahnen (sie bestand zunächst vor allem aus europäischen Bevölkerungsgruppen).⁴ Die sozialen Kämpfe der Revolution, die in Zentralasien bereits in der zweiten Jahreshälfte 1916 mit Aufständen der einheimischen Bevölkerung gegen die Heranziehung zu militärischen Diensten eingesetzt hatten, verliefen entlang komplizierter und wechselnder Fronten.

So zwischen (vorkapitalistischen und kapitalistischen) Unter- und Oberschichten, russischen und nichtrussischen Gruppen, Stadt und Land, sesshafter und nomadisierender Bevölkerung, nationalistischen, großturkestanisch-panislamischen und proletarisch-internationalistischen Flügeln, zwischen Roter Armee und ausländischen Interventionstruppen, zwischen verschiedenen politischen Machtzentren und Parteien sowie ethnischen und sprachlichen Gruppen. Am Ende dieser Zeit der Wirren, Umbrüche und Hoffnungen⁵ stand der Sieg der Sowjetmacht in den entscheidenden politischen Zentren, wobei sich jedoch die Kämpfe mit gegenrevolutionären Gruppierungen (basmači) bis weit in die 20er Jahre hinzogen. Die Städte waren

weitgehend entvölkert. Die Wirtschaft war tiefgreifend zerrüttet; insbesondere hatte der Anbau der Marktkulturen gelitten.

Die Revolution leitete weitreichende sozialökonomische Veränderungen ein.⁶ Die Boden- und Wasserreform in den Oasen gebieten und die Umverteilung der Weiden, Wiesen und Herden in den Nomaden- und Halbnomadenregionen förderten in der zweiten Hälfte der 20er Jahre eine Egalisierung der Besitzverhältnisse. Die mit ihr verbundene anschließende Kollektivierungskampagne, die Beseitigung der alten Formen der Ab-

Tabelle 1

Lese- und Schreibkundigkeit in Uzbekistan und Kirgizien (1897-1970)

(nach den Ergebnissen der Volkszählungen; Prozent der Lese- und Schreibkundigen im Alter von 9 bis 49 Jahren)

| Jahr | Uzbekistan | | Kirgizien | |
|------|------------|--------|-----------|--------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| 1897 | 5,6 | 1,2 | 5,0 | 0,8 |
| 1920 | 10,6 | 5,0 | 5,6 | 1,0 |
| 1926 | 15,3 | 7,3 | 23,9 | 8,4 |
| 1939 | 83,6 | 73,3 | 84,9 | 74,4 |
| 1959 | 99,0 | 97,3 | 99,0 | 97,0 |
| 1970 | 99,8 | 99,6 | 99,8 | 99,6 |

(Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922-1972 gg., Moskau 1972, S. 544, 631)

Tabelle 2

Zahl der Arbeiter in allen Wirtschaftsbereichen
1940-1984 (in 1.000)

| | 1940 | 1960 | 1984 | 1984 in % von 1940 |
|----------------|--------|--------|--------|-----------------------|
| UdSSR | 23.860 | 46.254 | 81.180 | 340,2 |
| – RSFSR | 15.878 | 29.640 | 46.476 | 292,7 |
| – Ukraine | 4.610 | 7.971 | 14.396 | 312,3 |
| – Uzbekistan | 495 | 1.087 | 3.258 | 658,2 |
| – Kazachstan | 638 | 2.270 | 4.582 | 718,2 |
| – Gruzinen | 301 | 628 | 1.458 | 484,4 |
| – Azerbajdchan | 325 | 504 | 1.374 | 422,8 |
| – Kirgizien | 113 | 312 | 855 | 756,6 |
| – Tadshikistan | 85 | 215 | 746 | 877,6 |
| – Armenien | 93 | 304 | 924 | 993,5 |
| – Turkmenistan | 120 | 209 | 529 | 440,8 |

(Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 412)

hängigkeit der dörflichen Unterschichten, die neuen Arbeits- und Kooperationsformen, die forcierten Irrigations- und Elektrifizierungsarbeiten, der Bau der turkestanisch-sibirischen Eisenbahn (Turksib), die relativ hohen Preise für Intensivkulturen (insbesondere Baumwolle, aber auch Obst, Wein, Seide usw.) setzten in einigen Sektoren Impulse für ein rasches Wachstum der agrarischen Produktivkräfte frei. Große Rückschläge und Verluste gab es Anfang der 30er Jahre jedoch in den Viehzuchtgebieten.⁷ Industrielle Fortschritte zeigten sich im Aufbau der Textilindustrie und verschiedener Branchen der Produktionsmittelindustrie und Energiewirtschaft, die auf den Bodenschätzen dieser Region basierten. Große Anstrengung verlangte die Ausbildung industrieller Arbeitskräfte (siehe Tabelle 2).

In den Anfangsphasen wurden einheimische Arbeiter in russischen Fabriken ausgebildet, während zahlreiche Fachkräfte aus den europäischen Landesteilen in den neu entstehenden Betrieben der Randrepubliken arbeiteten. Die Anpassung der mehrheitlich vom Dorf stammenden, teilweise noch mit der Nomadenwirtschaft verbundenen Arbeitskräfte an die Erfordernisse des industriell-technischen Arbeitslebens in den rasch wachsenden Städten war ein schmerzhafter Prozeß, zumal er in zeitlich gedrängter Form ablief und in die Stalin-Jahre fiel.⁸

Die regionalen Entwicklungsprojekte wurden in die Volkswirtschaftsplanung der UdSSR integriert. Dabei strebte man nicht das Ziel an, in jeder Region einheitliche Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. Vielmehr sollten die jeweils unterschiedlichen Potentiale an menschlichen und sachlichen Produktivkräften entwickelt und durch regionale Arbeitsteilung und Kooperation optimal miteinander kombiniert werden, um die tradierten Entwicklungsunterschiede auszugleichen. Aus dem zentralen Haushalt wurden umfangreiche Mittel für die Förderung

regionaler Industrie- und Infrastrukturinvestitionen überwiesen. Nach dem Sommer 1941 wurden einige Betriebe aus dem Westterritorium in die mittelasiatischen Gebiete verlagert, die für die sowjetische Kriegswirtschaft große Bedeutung erlangten.

Die langfristigen industriellen Zuwachsraten waren nicht in allen, aber in den meisten asiatischen Republiken höher als in den europäischen. 1940-84 vergrößerte sich der Gesamtumfang der Industrieproduktion in der Russischen Föderation (RSFSR) um das 21fache, in der Ukraine um das 16fache; in Kirgizien hingegen um das 44fache, in Kazachstan um das 36fache, in Uzbekistan um das 19fache.⁹ *Wird fortgesetzt*

Anmerkungen:

- 1) Die folgenden Hinweise beziehen sich auf die vier zentralasiatischen Sowjetrepubliken Uzbekistan, Kirgizien, Tadshikistan, Turkmenistan sowie auf Kazachstan. Die Gesamtfläche dieser Republiken beziffert sich auf 3,994 Mio qkm (17,8% der Fläche der UdSSR), die Gesamtbevölkerung 1986 auf 46,5 Mio (16,7% der Bevölkerung der UdSSR). Vgl. SSSR v cifrach v 1985 godu,

Moskau 1986, S.7

- 2) Vgl. F. Engels, Das Vordringen Rußlands in Zentralasien (1858), in: MEW, Band 12, S. 598-603; H. Vambéry, Reise in Mittelasien, Leipzig 1865; ders., Rußlands Machtstellung in Asien. Eine historisch-politische Studie, Leipzig 1871; O. Hoetzsch, Russisch-Turkestan und die Tendenzen der heutigen russischen Kolonialpolitik, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Jg. 1913, S. 903-941 und S. 1427-1473; ders., Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912, Berlin 1915; G. Wheeler, The Modern History of Soviet Central Asia, London 1964
- 3) Vgl. Graf von der Pahlen, Im Auftrag des Zaren in Turkestan, Frankfurt/a.M., o.J., S. 221
- 4) Die Frage, inwieweit die Eroberung durch das zaristische Rußland „reaktionäre“ oder „progressive“ Wirkungen zeitigte, wird in der sowjetischen (russischen und nicht-russischen) Geschichtswissenschaft nach wie vor kontrovers beantwortet.
- 5) Vgl. A. Newerow, Taschkent, die brot-reiche Stadt. Erzählung, Berlin 1925
- 6) Vgl. A.G. Park, Bolshevism in Turkestan 1917-1927, New York 1957 (mit weiteren Literaturhinweisen); C. Ross, Der Weg nach Osten. Reise durch Rußland, Ukraine, Transkaukasien, Persien, Buchara und Turkestan, Leipzig 1923; Istorija Sovetskogo Turkmenistan (Cast'pervaja 1917-1937), Aschabad 1970; A. Nove und J.A. Newth, The Soviet Middle East. A Model for Development?, London 1967; K. Karakejew, Von wirtschaftlicher Rückständigkeit und Nomadenleben zum industriellen und sozialen Fortschritt. Historische Erfahrungen aus der Entwicklung der Republiken des Sowjetischen Orients, in: Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1978, Nr. 4, S. 32-44
- 7) Die Zahl der Schafe und Ziegen belief sich in Kazachstan 1920 auf 13,3 Mio, 1922 auf 11,0 Mio, 1936 auf 4,3 Mio, 1940 auf 8,1 Mio, 1965 auf 30,1 Mio. Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922-1972 gg., Moskau 1972, S. 558
- 8) Vgl. Formirovanie i razvitie mnogonacional'nogo rabočego klassa SSSR v period stroitel'stva socializma (1921-1937 gg.), Tblisi 1980
- 9) Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 137

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 103/März 1987

Schwerpunktthema: Flüchtlinge – Kein gelobtes Land in Sicht ● „Thesen zur Weltflüchtlingsfrage“ von medico international ● Flüchtlingssituation in Zentralamerika ● Einsatz von Flüchtlingen als Billigarbeiter ● Diskriminierung weiblicher Flüchtlinge ● Weitere Beiträge: Guatemala vor dem Besuch Richard von Weizsäckers ● Hintergründe des Contra-Netzwerks in den USA ● Radioaktives Molkepulver für Brasilien ● Der Vatikan und die Verschuldung ● Beiträge zur Musikszene Lateinamerikas
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 140/März 1987

Themenschwerpunkt: Neue soziale Bewegungen in der Dritten Welt ● Neue soziale Bewegungen in den Industrienationen – Fordismus ● Fordismus und die Dritte Welt ● Zur Frauenbewegung in Chile ● Brasilien: Stadtteilbewegung – Landlosenbewegung – Straßenkinder in Brasilien – Hilfe zur Selbsthilfe ● Der Irak im Golfkrieg ● Interview mit einem iranischen Asylbewerber ● Zum Export atomverseuchter Lebensmittel in die Dritte Welt.
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1/Januar-März 1987

Im Griff Pretorias – Destabilisierung und Krieg im südlichen Afrika ● US-Hilfe für die UNITA ● Unicef-Studie: alle vier Minuten stirbt ein Kind in Angola oder Mosambik durch die Folgen des Krieges ● Der IWF und Sambia ● Politische Aspekte des Wasserbauprojekts zwischen SA und Lesotho ● Außerdem: Überlegungen zu einem Regierungsprogramm des ANC ● „Stammesfehden“ in Südafrikas Minen ● NUM-Kongreß ● Barclays und die technologische Kooperation mit SA ● Sanktionsnachrichten ● Kampagne Kirchentag gegen Apartheid
Einzelpreis: 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Anfänge sowjetischer Dritte-Welt-Politik

„Sowjetunion und Dritte Welt“ – dieses Thema hat auch eine historische Dimension. Sie reicht zurück in die Zeit unmittelbar nach der Oktoberrevolution. Diese wollte nicht nur einen demokratischen Frieden, Arbeiterkontrolle und Landaufteilung durchsetzen, sondern auch die Beseitigung der nationalen Ungleichheit unter den Völkern Rußlands, wie sie sich im Zarenismus herausgebildet hatte. Dieser hatte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts umfangreiche nichtrussische Territorien im Kaukasusgebiet und in Zentralasien angegliedert, die im wesentlichen den Status und die Funktion von „inneren Kolonien“ besaßen.

Die hier dokumentierte Deklaration des Rats der Volkskommissare vom 2. November 1917 (nach altem Kalender), die auf entsprechenden Beschlüssen der vorhergehenden Sowjetkongresse basierte, hob die früheren nationalen Privilegien und Beschränkungen auf und sicherte allen Völ-

kern Rußlands Gleichheit und „freie Selbstbestimmung“ zu.

Der kurze Zeit später (am 24. November 1917 nach altem Kalender) veröffentlichte „Aufruf an alle werktätigen Muslime Rußlands und des Ostens“ ist inhaltlich auf das Friedensdekret vom 8. November 1917 bezogen und stellt das erste Dokument der Revolution dar, das sich unmittelbar an die kolonial unterdrückten Völker wendet. Es ist von der Hoffnung getragen, daß die Impulse der russischen Revolution nicht nur in der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas, sondern auch in der Bevölkerung der abhängigen Räume des Ostens wirksam werden könnten. Der Ausbruch der „Völker des Ostens“ aus dem weltumspannenden System des Imperialismus, ihre Befreiung von kolonialer Ausbeutung, das Eintreten für einen gerechten Frieden ohne Annexionen, der Kampf für nationale Unabhängigkeit und die Rückeroberung kultureller Identität werden als ein einheitlicher Prozeß gesehen. *Gert Meyer*

Über die Rechte der Völker Rußlands

Deklaration des Rats der Volkskommissare vom 2.11.1917

Die Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern begann unter dem allgemeinen Banner der Befreiung.

Es befreien sich die Bauern von der Macht der Gutsbesitzer – es gibt kein gutherrliches Eigentum mehr an Grund und Boden; es ist beseitigt.

Es befreien sich die Soldaten und Matrosen von der Macht der autokratischen Generale – die Generale werden von nun an gewählt und sind auswechselbar.

Es befreien sich die Arbeiter von den Launen und der Willkür der Kapitalisten – von nun an wird die Kontrolle der Arbeiter über die Betriebe und Fabriken durchgesetzt. Alles Lebendige und Lebensfähige befreit sich von den verhaßten Fesseln.

Es bleiben nur die Völker Rußlands, die Unterdrückung und Willkür erlitten haben und erleiden – mit ihrer Befreiung muß unverzüglich begonnen werden, ihre Befreiung muß entschlossen und endgültig durchgeführt werden. In der Epoche des Zarenismus wurden die Völker Rußlands systematisch gegeneinander aufgehetzt. Die Resultate dieser Politik sind bekannt: Gemetzel und Pogrome einerseits, Sklaverei der Völker andererseits.

Diese schändliche Politik des Aufhetzens hört auf und darf nicht wiederkehren. Jetzt muß sie durch die Politik eines freiwilligen, ehrlichen Bündnisses der Völker Rußlands abgelöst werden.

In der Periode des Imperialismus, nach der Februarrevolution (1917; d. Red.), als die Macht in die Hände der kadettischen Bourgeoisie überging, wurde die unverhüllte Politik des Aufhetzens durch eine Politik des feigen Mißtrauens gegenüber den Völkern Rußlands, durch eine Politik der Schikane und Provokation ersetzt, die durch mündliche Erklärungen über die „Freiheit“ und „Gleichheit“ der Völker bemäntelt wurde. Die Resultate dieser Politik sind bekannt: Verstärkung der nationalen Feindschaft, Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens.

Diese unwürdige Politik der Lüge und des Mißtrauens, der Schikane und Provokation muß beendet werden. Sie muß nun durch eine offene und ehrliche Politik abgelöst werden, die zu einem vollen gegenseitigen Vertrauen der Völker Rußlands führt.

Nur als Resultat eines solchen Vertrauens kann ein ehrliches und stabiles Bündnis der Völker Rußlands erreicht werden.

Nur als Resultat eines solchen Bündnisses können die Arbeiter und Bauern der Völker Rußlands zu einer revolutionären Kraft zusammengeschweißt werden, die in der Lage ist, sich allen Anschlägen seitens der imperialistischen, annexionistischen Bourgeoisie zu widersetzen.

Der Sowjetkongreß vom Juni dieses Jahres hat das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung proklamiert. Der zweite Sowjetkongreß vom Oktober dieses Jahres hat dieses unveräußerliche Recht der Völker Rußlands mit größerer Entschiedenheit und Bestimmtheit bekräftigt.

In Ausführung des Willens dieser Kongresse hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, seiner Tätigkeit auf dem Gebiet der Nationalitätenfrage in Rußland die folgenden Prinzipien zugrunde zu legen:

1) Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.

2) Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates.

3) Beseitigung aller und jeder nationaler und national-religiöser Privilegien und Beschränkungen.

4) Freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und ethnographischen Gruppen, die das Territorium Rußlands besiedeln.

Die hieraus folgenden konkreten Dekrete werden nach Bildung einer Kommission für Fragen der Nationalitäten unverzüglich ausgearbeitet.

Im Namen der Russischen Republik

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare

V. Ul'janov (Lenin)

Der Volkskommissar für Nationalitätenfragen

Iosif Džugašvili-Stalin

2. November 1917

(Quelle: O pravach narodov Rossii, in: Sobranie zakonov i rasporjaženij rabočago i krest'janskago pravitel'stva, Jg. 1917, Nr. 2, Art. 18. Übersetzung von Gert Meyer)

An alle Werktätigen Muslime Rußlands und des Ostens

Deklaration des Rats der Volkskommissare vom 24.11.1917

Genossen! Brüder!

Große Ereignisse vollziehen sich in Rußland. Es nähert sich das Ende des blutigen Krieges, der zur Aufteilung fremder Länder begonnen wurde. Es fällt die Herrschaft der Räuber, die die Völker der Welt versklavt haben. Unter den Schlägen der russischen Revolution kracht das alte Gebäude der Knechtschaft und Sklaverei. Die Welt der Willkür und Unterdrückung erlebt ihre letzten Tage. Es wird eine neue Welt geboren, die Welt der Arbeitenden und sich Befreienden. An der Spitze dieser Revolution steht die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, der Rat der Volkskommissare.

Ganz Rußland ist von Revolutionären Räten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten übersät. Die Macht im Lande liegt in den Händen des Volkes. Das Arbeitsvolk Rußlands hat einen brennenden Wunsch – einen ehrlichen Frieden zu erreichen und den unterdrückten Völkern der Welt zu helfen, ihre Freiheit zu erobern.

In dieser heiligen Sache steht Rußland nicht allein. Der große Ruf nach Befreiung, von der russischen Revolution formuliert, wird von allen Werktätigen des Westens und Ostens auf-

gegriffen. Die vom Krieg erschöpften Völker Europas reichen uns bereits die Hand zum Frieden.

Die Arbeiter und Soldaten des Westens sammeln sich schon unter dem Banner des Sozialismus und stürmen die Festung des Imperialismus. Und das ferne Indien, jenes Land, das die „aufgeklärten“ Räuber Europas seit Jahrhunderten unterdrückten, hat bereits das Banner des Aufstands erhoben; es organisiert eigene Deputierten-Räte, schüttelt die verhaßte Sklaverei ab und ruft die Völker des Ostens zum Kampf und zur Befreiung.

Die Herrschaft des kapitalistischen Raubes und der Gewalt bricht zusammen. Es brennt der Boden unter den Füßen der Räuber des Imperialismus.

Vor dem Hintergrund dieser großen Ereignisse wenden wir uns an euch, werktätige und entrechtete Muslime Rußlands und des Ostens.

Muslime Rußlands, Tataren des Wolgagebiets und der Krim, Kirgisen und Sarten Sibiriens und der Turkestans, Türken und Tataren des Transkaukasus, Cetschen und Bergvölker des Kaukasus, ihr alle, deren Moscheen und Bethäuser zerstört, deren Religion und Sitten von

den Zaren und Unterdrückern Rußlands mit Füßen getreten wurden!

Von nun an sind eure Religion, eure Sitten, eure nationalen und kulturellen Einrichtungen für frei und unverletzlich erklärt. Baut eure nationales Leben frei und ungehindert auf.

Dies ist euer Recht. Ihr müßt wissen, daß eure Rechte, wie die Rechte aller Völker Rußlands, durch die ganze Macht der Revolution und ihrer Organe geschützt werden, die Räte der Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputierten. Unterstützt diese Revolution und ihre bevollmächtigte Regierung!

Muslime des Ostens, Perser und Türken, Araber und Hindus, alle, um deren Köpfe und Vermögen, deren Freiheit und Heimat die gierigen Räuber Europas seit Jahrhunderten Handel getrieben haben, alle, deren Land jene Räuber, die den Krieg begonnen haben, aufteilen wollen!

Wir erklären, daß die geheimen Verträge des gestürzten Zaren über die Eroberung Konstantinopels, die von dem gestürzten Kerenskij bestätigt wurden, nun zerrissen und nichtig sind. Die Russische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare, sind gegen die Eroberung fremder Länder: Konstantinopel muß in den Händen der Muslime bleiben.

Wir erklären, daß der Vertrag über die Aufteilung Persiens zerrissen und nichtig ist. Unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen werden die Truppen aus Persien zurückgezogen und wird den Persern das Recht zugesichert, über ihr Schicksal frei zu bestimmen. Wir erklären, daß der Vertrag über die Teilung der Türkei und die Abtrennung Armeniens zerrissen und nichtig ist. Unmittelbar nach Beendigung der Kriegshandlungen wird den Armeniern das Recht gesichert, über ihr politisches Schicksal frei zu bestimmen.

Nicht von Rußland und seiner revolutionären Regierung droht euch Versklavung, sondern von den Räufern des europäischen Imperialismus, von jenen, die eure Heimat in ihre „Kolonie“ verwandelt haben, die sie ausrauben und plündern.

Schüttelt diese Räuber und Versklaver eurer Länder ab. Jetzt, wo Krieg und Ruin die Fundamente der alten Welt zerstören, wo die ganze Welt vor Empörung gegen die imperialistischen Eroberer glüht, wo jeder Funke der Entrüstung sich in die machtvolle Flamme der Revolution verwandelt, wo sogar die indischen Muslime, vom fremden Joch unterdrückt und gequält, gegen ihre Versklaver aufstehen, kann man nicht mehr schweigen.

Verliert keine Zeit und schüttelt jene ab, die eure Länder seit Jahrhunderten erobert haben! Erlaubt ihnen nicht länger, eure Heimat auszurauben! Ihr selbst müßt Herren eures Landes sein! Ihr selbst müßt euer Leben nach dem eigenen Muster und Bild aufbauen! Dies ist euer Recht – euer Schicksal liegt in den eigenen Händen...

Genossen! Brüder!

Fest und entschlossen gehen wir einem ehrlichen, demokratischen Frieden entgegen.

Auf unseren Fahnen tragen wir die Befreiung der unterdrückten Völker der Welt.

Muslime Rußlands! Muslime des Ostens!

Auf diesem Weg der Erneuerung des Friedens erwarten wir von euch Teilnahme und Unterstützung.

Der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare

V. Ul'janov (Lenin)

Der Volkskommissar für Nationalitätenfragen Iosif Džugašvili-Stalin

(Quelle: Ko vsem trudjašimsja musul'manam Rossii i Vostoka, in: Sobranie zakonienij i rasporjaženij rabočago i krest'janskago pravitel'stva, Jg. 1917, Nr. 6, S. 95-96. Übersetzung von Gert Meyer)

Nima Mina

Reza Machsadi Dichter auf der Flucht



Reza Machsadi (39), ein aus Gilan stammender und durch sein antidiktatorisches Engagement im Iran anerkannter Dichter, hält sich zur Zeit in der Bundesrepublik auf.

Am 6. Januar 1986 war er nach seiner Flucht aus dem Iran über die Türkei in Westberlin eingetroffen. Anonym unter vielen Hundert anderen Asylbewerbern hatte Reza 4 Wochen auf seine „Verteilung“ gewartet und landete schließlich über Karlsruhe und Rottweil in Heidelberg.

Reza Machsadis Name als Dichter tauchte in der iranischen Kulturszene zum ersten Mal in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auf. Er veröffentlichte seine Gedichte in den damals bekannten Literaturzeitschriften Irans „Sobhe Emrouz“, „Rouschanfekr“, „Bamschad“ u.a. Anfang der 70er Jahre publizierte er in den Literaturzeitschriften „Gahname-je Sahand“, „Seda“, „Basar-e Honarwa Adabijat“, „Falak-ol-Aflak“.

Zusammen mit Khosrow Golesorchi gab er die Literaturzeitschrift „Sahar“ heraus. In dieser Zeit war Reza Machsadi in Kreisen von antidiktatorischen Intellektuellen namentlich bekannt und veröffentlichte Beiträge mit ausgeprägt kritischem Akzent. Auch die Geheimpolizei SAVAK interessierte sich zunehmend für ihn. Machsadi wurde 1971 ver-

haftet und zur Einschüchterung mit brutalen Methoden verhört.

1973, als Machsadi sein Diplom für Literatur und Linguistik in Teheran erwarb, wurde sein Freund Khosrow Golesorchi verhaftet und in Teheran vor Gericht gestellt. Vor dem Militärtribunal sollte Golesorchi – durch Folter gebrochen – auf Geheiß der Geheimpolizei SAVAK sich selbst bezichtigen und jede Art von oppositionellem Denken und Handeln gegenüber dem Schah-Regime verurteilen. Golesorchi trat jedoch, obgleich gezeichnet von den Folterungen, aufrecht auf und kehrte die Verhandlung in ein Tribunal gegen das Schah-Regime um.

Folteropfer unter dem Schah

Er wurde anschließend zusammen mit dem Regisseur Keramat Daneschian hingerichtet. Dadurch, daß die Verhandlung im Fernsehen übertragen wurde, wurde aus dem Propagandaakt des Schah-Regimes eine Gegenpropaganda im Sinne der Widerstandsbewegung.

Aus dem näheren Bekanntenkreis Golesorchis suchte der SAVAK nun nach dem spektakulären Prozeß besonders nach Reza Machsadi, der untergetaucht war. Er wurde verhaftet und zur Jahreswende 1973/74 monatelang von der politischen Polizei verhört, bevor er der

Justiz übergeben wurde. Man hatte vergeblich versucht, ihn durch Folterungen zu brechen und zum Widerruf zu zwingen. Reza Machsadi leidet noch heute an den Folgen der Elektroschocks und der Schläge, die ihm gezielt versetzt wurden, um sein Gleichgewichtsorgan zu vernichten. Durch Elektroschocks wurde sein zentrales Nervensystem stark beschädigt und sein Herz angegriffen.

Während des Aufschwungs der antimonarchistischen Bewegung in den Jahren 1977 und 1978 wurden Persönlichkeiten wie Reza Machsadi wider Erwarten aus der Haft entlassen. Das Schah-Regime wollte damit ein Zeichen setzen, daß es sich öffnen würde. Machsadi gründete noch 1978 den Verlag „Die Arbeit“ und begann, verbotene Bücher demonstrativ ohne Erlaubnis der Zensurbehörde zu drucken und auf den Markt zu bringen. Die Auflage dieser Bücher betrug durchschnittlich 50.000. Der Verlag publizierte bis zum Sturz der Schah-Diktatur zunächst nur Bücher und Arbeiten von Widerstandsorganisationen, die selbst im Untergrund waren.

Auf der Flucht vor Hezbollahs

Nach dem Februar 1979 (Sturz des Schah-Regimes) wurde der Verlag zur Anlaufstelle für Autoren und Publizisten, die an der Revolution beteiligt gewesen waren, aber nichts mit den religiösen Fundamentalisten und reaktionären Kreisen um Khomeini gemein hatten. Im Verlag „Die Arbeit“ kamen allein 50 Titel über Fragen der Literaturwissenschaft, der Dichtung, der Theaterkritik, der Filmgeschichte usw. heraus. Reza Machsadi veröffentlichte selbst zugleich Gedichte und Beiträge in den Tageszeitungen „Keyhan“ und „Pejgham-e Emrouz“, in den Zeitschriften „Fassli dar Golesorch“ und insbesondere „KAR“.

Im Zuge der Verschärfung der innenpolitischen Verfolgung von Andersdenkenden in der Islamischen Republik wurde 1982 der Verlag „Die Arbeit“ von Hezbollah-Schlägertruppen überfallen und geplündert. Die Lagerhallen wurden ausgeräumt und auf der Enghelab-Straße mit den Bücher- und Papiervorräten eine große Bücherverbrennung veranstaltet. Reza Machsadi war schon seit einiger Zeit vor einem derartigen Überfall gewarnt worden und konnte im Verlagshaus nicht erreicht werden. Er verließ seine bisherige Wohnung, die eigentlich auch schon ein Versteck war und zog zu Freunden.

Die Bücherverbrennung vom Jahre 1982 leitete in Rezas Leben eine neue Phase ein: Von 1982-85 lebte er bei Freunden und Verwandten versteckt, faktisch in

der Illegalität. Insbesondere nachdem der Verband Iranischer Schriftsteller (1982) und der Rat der Iranischen Schriftsteller und Künstler (1983) verboten und ihre Mitglieder verhaftet wurden, war Machsadi der akuten Gefahr der Verhaftung und Hinrichtung ausgesetzt. Sein Freund Said Soltanpour war bereits 1981 von Sicherheitskräften der Islamischen Republik verhaftet und wenige Tage später ohne ein Gerichtsverfahren hingerichtet worden.

Said Soltanpour war auch ein bekannter Widerstandskämpfer aus der Schah-Zeit, ein bekannter Theaterregisseur durch seine Brecht-Aufführungen und ein Dichter, der wie Machsadi anerkannt war. Die Schergen hätten sich nicht gescheut, auch ihn zu ermorden.

Ende 1985 verließ Machsadi auf illegalem Weg den Iran, um sich im Ausland den Kreisen von emigrierten iranischen Kulturschaffenden anzuschließen und in der Bürgerrechtsbewegung aktiv zu werden. Die Zeit der Emigration, die Anonymität der Flüchtlingslager, die vorübergehende „Nichtseßhaftigkeit“ bis zu seiner Anerkennung haben natürlich negative Auswirkungen auf sein Schaffen gehabt.

Reza Machsadi wurde in den 70er Jahren eine der bekanntesten Figuren der iranischen Oppositionsliteratur. Seine Gedichte werden auch heute, unter dem Khomeini-Regime, im Iran illegal veröffentlicht und verteilt.

„Siahkal“ meint Widerstand

Er gehörte in der Schah-Ära der literarischen Strömung „Siahkal“ an. Sie erhielt ihren Namen nach der nordiranischen Ortschaft Siahkal, wo eine Guerillaeinheit der Volksfedajin die erste bewaffnete Aktion durchführte und den Märtyrertod fand. Eine Gruppe junger Dichter wandte sich daraufhin den Positionen des bewaffneten Widerstands gegen die Schah-Diktatur zu und leitete, nach Aussagen des renommierten Literaturhistorikers Schafi'i Kadkahi, eine neue Phase innerhalb der neueren persischen Dichtung ein: die Siahkal-Phase. Diese Art Dichtung war in ihrer Anfangs-

Liebe

Immer saß ich bei Dir,
immer saß mit Dir,
Mein blühendes Herz, Liebe,
Mein blutig gezeichneter Werdegang bezeugt:
Ich bin vom grünen Kreis der Liebenden dieser Erde.

„Tausend Feinde wenn mich vernichten wollen“*,
Bin ich nicht der, der zu Boden nieder fällt,
Seit ich von Dir beflügelt,
Bin ich jenes Lied vom Blut,
Ich bin ein Epos,
Also bin ich.

* Hafez

Für Said Soltanpour

Nein ...
Dies ist nicht der letzte leuchtende Stern,
Der aus pochender Höhe der Liebe,
Auf die Herzen und auf das Mythos der Menschen scheint,
Damit die roten Tage des Blütens,
Fruchtbarer werden.

Nein ...
Dies ist nicht der letzte Stern der Menschen.

In jedem glänzenden Punkt des Universums,
in jedem Tropfen seines Blutes,
Ist eine neue Sonne.

Als er im ewigen Mythos seiner Menschen so liebevoll leuchtete,
Spendete ihm die Sonne,
Seinem teuren Namen,
Eine Ecke in der Morgendämmerung,
Und schrieb ihn auf mit Worten aus Licht.

Die Sonne machte ihm dies Geschenk.

Bis Morgen,
Das ist ein weiter Weg,
Aber dieser Stern, der gegen die Nacht leuchtet,
Blutend und benommen vor Schmerz,
Über den zertrümmerten Häusern zieht,
Er hat den Klang,
Er ist der helle Regenbogen des Sieges.

phase etwas übertrieben heroisch und „hymnenartig“.

Die Siahkal-Strömung war stärkster Bestandteil der „Literatur des Kampfes und des Widerstandes“.

Deren engagierte Vertreter waren Sympathisanten mehrerer politischer Strömungen und fanden teilweise die Linie des bewaffneten Kampfes nicht richtig. Dennoch kam es vor, daß sie zumindest ihre Hochachtung für die Guerillabewegung aussprachen.

Die Dichtung von Reza Machsadi ist gar nicht hymnenhaft und 200% politisch. Seine engsten Freunde wissen, daß er eine – um mit den Worten des französischen Romanciers Romain Rolland zu sprechen – „verzauberte Seele“ in Person ist. Dies gilt in gesellschaftlicher, aber auch in individueller Hinsicht. So ist beispielsweise sein Verhältnis zur Liebe zu verstehen.

Eine „verzauberte Seele“

Die Dichtung Reza Machsadis ist technisch (Reim, Rhythmus) perfekt. Er arbeitet gewandt mit Metaphern und bildhaften Darstellungen, die teilweise sehr schwierig zu verstehen und vor allem unmöglich zu übersetzen sind. Reza Machsadi ist u.a. durch seine Mundartdichtung in Gilaki im Norden Irans sehr populär. Er schrieb folkloristische Gedichte, die jahrelang sogar in der Schah-Zeit einmal in der Woche von der Heimsendung im Radio Gilan ausgestrahlt wurden und die ihn massenverbunden machten.

Er hat Lieder und Kampflieder gedichtet, die 1979 bei den Demonstrationen gegen das Militärregime unter dem Schah auf der Straße in der Gilaki-Mundart gesungen wurden.

Ausstellung zur Verschuldung

Im Namen des Dollars ins Elend – Schuldenklaverei am Beispiel Peru ist das Thema einer Wanderausstellung der Peru-Gruppe Münster. Auf 27 DIN-A-1-Plakaten werden die Zusammenhänge der Verschuldungssituation der Dritten Welt am Beispiel Peru dargestellt: Funktion des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der transnationalen Banken; IMF-Stabilisierungspolitik in Peru; Die Rolle der BRD; Lösungsansätze.

Mit Blick auf die Jahrestagung des IMF und der Weltbank 1988 in Westberlin soll die Ausstellung anregen, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Zu entleihen über: Ch. Mankel/J. Steinhäuser, Soester Str. 62, 4400 Münster, Tel. 0251/662109

Buchtip: Nicaragua, El Salvador

Am Pfingstmontag 1986 werden nach einem Überfall auf das Dorf Jocinto Baca acht bundesdeutsche Brigadisten von Contras entführt. Dirk Hegmanns, In den Händen der Contras. Ein deutscher Aufbauhelfer schildert seine Entführung in Nicaragua, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1986, 190 S., 8,80 DM ist der packende Bericht über diese Entführung. Hegmanns, einer der Entführten schildert die Ängste und Hoffnungen der acht Bundesdeutschen, gibt die Gespräche mit den Contras wieder und beschreibt deren Beweggründe. In die Reportage werden die Ereignisse, die außerhalb des Erlebnisbereichs der Entführten geschehen, eingeflochten: die Besetzung der bundesdeutschen Botschaft in Managua durch Brigadisten, Solidaritätsaktionen in der BRD, das Verhalten der Bundesregierung und die langwierigen Verhandlungen, die nach 25 Tagen zu ihrer Freilassung führen. Das Buch wird ergänzt durch ein Dossier über den Krieg der Contras von Joachim Riedl.



Weniger spannend, aber genauso aufschlußreich über die US-Politik in Mittelamerika ist die Neuerscheinung

Informationsstelle El Salvador, Das Modell El Salvador, Edition Nahua, Wuppertal 1987, 128 S., 16,80 DM.

Das von Jochen Hippler redigierte Buch, an dem mehrere ausgewiesene Kenner/innen der Politik in diesem Land mitgewirkt haben, stellt in mehreren Beiträgen anschaulich die Entwicklung El Salvadors, vor allem in den letzten acht Jahren dar. Dabei wird sowohl die Politik der Herrschenden als auch die Entwicklung des Widerstands beleuchtet.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem US-Aufstandsbe kämpfungsprogramm, mit den Luftangriffen auf Zivilisten, mit der Flüchtlingsproblematik und der Bonner Regierungspolitik gegenüber dem Duarte-Regime.

Asylrechtskongreß

Vom 11.-13. Februar 1986 fand in der Nähe von Bern eine Internationale Asyl-Konferenz statt. Auf Einladung der Schweizer Regierung nahmen zahlreiche Experten aus neun europäischen Staaten, aus Kanada, Australien und den USA sowie der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge teil.

Dem Treffen bei Bern waren ähnliche Expertengespräche, 1985 in Stockholm und 1986 in Den Haag, vorausgegangen. Neben einer Einschätzung der allgemeinen Lage stand die Erst-Asyl-Regelung im Mittelpunkt der Tagung. Demnach sollen in einem Land abgewiesene Asylbewerber auch in keinem anderen Vertragsland Asyl erhalten, was einen intensiven Datenaustausch der Regierungen untereinander zur Folge hätte.

Auf Wunsch einiger Delegationen drangen kaum Informationen über Inhalte und Ergebnisse der Konferenz an die Öffentlichkeit. Gegen diese Geheimhaltung protestierte die Schweizer Asylbewegung mit einem Solidaritätsbankett und einem Aktionstag zum Thema Asyl.

Hungerstreik gegen Golfkrieg

17 iranische Flüchtlinge, unter ihnen sieben schwer verwundete Kriegsoffer, beteiligten sich Ende Februar/Anfang März d.J. in der Hamburger Pauluskirche an einen Hungerstreik. Sie forderten mit ihrer Aktion ein sofortiges Ende des Golfkrieges, den Stopp aller Waffenlieferungen an den Iran und Irak und die Freilassung der politischen Gefangenen im Iran.

Zu den Unterstützern zählten das Hamburger Komitee gegen den Golfkrieg und verschiedene oppositionelle Gruppierungen aus dem Iran. Die Gemeinde der Hamburger Pauluskirche, das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis, die GAL, die Jusos, DKP, SDAJ, VVN und DFU bekundeten den Hungerstreikenden ihre Solidarität.

GSG-9-Hilfe für Türkei

Während die Bundesregierung noch im August 1986, auf eine kleine Anfrage der Grünen im Bundestag hin, erklärt hatte, keinerlei Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für eine neue „Antiterrorereinheit“ in der Türkei zu leisten, brachte die türkische Tageszeitung Tercüman am 31. Januar d.J. auf ihrer Titelseite die Schlagzeile: „Unsere Kommandos werden in Deutschland ausgebildet.“

Garniert wurde dies mit Fotos und einem Interview mit Anselm Weygold, Offizier der bundesdeutschen GSG 9. „Während unseres langen Gesprächs mit Hauptmann Weygold erwähnte dieser die enge Zusammenarbeit mit der Türkei“, schrieb Tercüman in diesem Zusammenhang.

Bereits wenige Tage nach dem Militärputsch 1980 spendierte die damalige Bundesregierung den türkischen Putschgenerälen 1 Mio DM Ausrüstungshilfe für deren Polizeiapparat. Und im Juni 1985 hielt sich sogar die gesamte Spitze der türkischen Polizei auf Einladung des Bundesinnenministeriums zu einem mehrtägigen Besuch in der Bundesrepublik auf.

Ziel dieses Besuchs war es, „die türkische Polizei mit deutscher Hilfe mit den modernsten Waffen und Gerät auszurüsten...“ Auf dem

Besuchsprogramm standen neben einem Besuch des Bundeskriminalamts und einem Treffen im Bonner Innenministerium vor allem ein ausführlicher Besuch bei der GSG 9.

Im selben Jahr begann die Türkei mit der Aufstellung einer 500 Mann starken Elitetruppe, deren Ausbildung nach wiederholten Berichten der türkischen Presse zumindest zum Teil in der Bundesrepublik bei der GSG 9 stattfand. Inzwischen sind die als „Schwarze Insekten“ bekannten Sonderkommandos, deren Stärke noch auf 1.500 Mann erhöht werden soll, vornehmlich im Gebiet Türkisch-Kurdistans im Einsatz.

Termine

9.-10. Mai

Mitgliederversammlung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) in Frankfurt
Kontakt: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060

16.-17. Mai

Konferenz der Friedensbewegung in Köln. Anmeldung und Bestellung des Readers bei: Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228-692904/05

21. Mai

Bundesweiter Bankenaktionstag anlässlich der Aktionärsversammlung der Dresdner Bank gegen die Kollaboration mit Südafrika (siehe Heftmitte)

22.-24. Mai

Seminar „75 Jahre ANC“. In mehreren AG's werden Geschichte, Strategie, Programmatik und Rolle des ANC im Befreiungskampf dargestellt. Veranstalter: Antimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Anti-Apartheid-Bewegung, Christlicher Friedensdienst, Jungdemokraten, MASCH u.a.
Kontakt: ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069/709060

28.-31. Mai

11. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Fulda zum Thema Schuldenkrise. Nähere Informationen in AIB 4/1987 (Heftmitte).
Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156

28.-31. Mai

Bundesweiter Gesundheitstag in Kassel. 30 Arbeitsgruppen zum Thema Gesundheit und Dritte Welt.
Kontakt: Gesundheitsladen e.V., Friedrich-Ebert-Str. 177, 3500 Kassel, Tel. 0561-34000

12.-14. Juni

Seminar „Die gespaltene Zunge des Drachen“ Südkorea – ein Jahr vor den Olympischen Spielen. Veranstalter: Evangelische Akademie Iserlohn in Zusammenarbeit mit der Korea-Informationsstelle.
Kontakt: Ev. Akademie Iserlohn, Dr. Rüdiger Sareika, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn, Tel. 02371/3520

17.-21. Juni

22. Evangelischer Kirchentag in Frankfurt



„Es lebe das neue Haiti“

Haiti

Mit einer Mehrheit von über 99% stimmte die Bevölkerung Haitis am 29. März d.J. durch Volksentscheid einer neuen Staatsverfassung zu. Das neue Grundgesetz sieht eine Gewaltentrennung zwischen dem Parlament, dem Staats- und dem Ministerpräsidenten vor, garantiert die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften sowie die bürgerlichen Grundrechte. Vertreter der im Februar 1986 gestürzten Duvalier-Diktatur werden gemäß der neuen Verfassung für 10 Jahre von öffentlichen Funktionen ausgeschlossen.

Für die Annahme der Verfassung sprachen sich die bürgerlichen Parteien, die katholische Kirche und das Verbindungskomitee Demokratischer Bewegungen aus, das Anfang Februar d.J. auf einem Kongreß von 520 Linksparteien und Volksorganisationen gegründet wurde. Das Komitee verwies darauf, daß eine Mehrheit von Nein-Stimmen den Duvalierismus absagen würde.

Zum Boykott riefen 17 kleiner Linksorganisationen, die in der Nationalunion der Volkskräfte (UNFP) zusammengeschlossen sind, und die Autonome Zentrale der Haitianischen Werktätigen (CATH) auf, da die neue Verfassung den USA dienen würde.

An der Abstimmung beteiligten sich über 50% der Wahlberechtigten gegenüber 5% bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung im Oktober 1986.

Dem Verfassungsreferendum sollen im November d.J. Präsidentschafts- und Kongreßwahlen, die ersten freien Wahlen nach drei Jahrzehnten Diktatur, folgen.

Ecuador

Mit zwei weitgehend befolgten Generalstreiks protestierten die Ecuadorianer am 25. März und 4. April d.J. gegen ein Austeritätsprogramm der Regierung, das u.a. Preiserhöhungen für Brennstoffe (80%) und öffentliche Transporte (25%) beinhaltet.

Als Grund für diese Maßnahmen gab die Regierung das Erdbeben vom 5./6. März d.J. an, das die ohnehin katastrophalen Wirtschaftsprobleme des Landes noch weiter verschärft hatte. Die Erdöllexporte, mit rund 65% die wichtigste Devisenquelle, mußten wegen der Zerstörung der Hauptpipeline eingestellt werden. Die materiellen Schäden des Bebens, das mehr als 1.000 Menschen das Leben gekostet hat, wer-

den auf 1 Mrd \$ geschätzt.

Die Regierung unter Präsident Leon Febres Cordero setzte daraufhin die Zinszahlungen für die Auslandsschulden (8,2 Mrd \$) aus und begann mit der Weltbank und anderen Geldgebern Verhandlungen über ein Hilfsprogramm. Diese Maßnahme führte zunächst zu einem Schulterstoß zwischen Regierung und Opposition.

Als jedoch am 14. März die Regierung ihr Sparprogramm verkündete, das vor allem zu Lasten der Armen geht, kam es zu Protesten der Gewerkschaften und Linksparteien. Fausto Duran, der Vorsitzende der Einheitsfront der Werktätigen (FUT), erklärte, daß die Arbeiterklasse es nicht zulassen werde, daß die Situation „benutzt wird, um neue Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Interessen des Volkes zu erzwingen“.

Westsahara

Bei vier Angriffen gegen die marokkanischen Besatzertruppen in der Westsahara, die zwischen dem 27. Februar und dem 8. März d.J. stattfanden, fügten Einheiten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) ihren Gegnern schwere Verluste zu. Über 800 Soldaten wurden getötet oder verwundet, 111 gefangenengenommen und große Mengen an Waffen zerstört bzw. erbeutet.

Die Angriffe richteten sich gegen Teile der 1.600 km langen Verteidigungswälle, die ein Eindringen der Streitkräfte der DARS in einen Großteil der Westsahara verhindern sollen. Der Wall, der sich vom Quarxis-Gebirge in Marok-



ko bis nach Dakhla am Atlantischen Ozean erstreckt, soll jetzt im Süden um weitere 500 km verlängert werden und somit das Gebiet der Westsahara fast vollständig umschließen. Mit ihren Angriffen hat die DARS erneut bewiesen, daß sie trotz der ausgetüftelten Verteidigungssysteme in der Lage ist, den Zermürbungskrieg fortzusetzen. Dadurch soll Marokko entsprechend den Beschlüssen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der UNO an den Verhandlungstisch gezwungen werden.

Tschad

Ende März d.J. wurden den im Norden des Tschad stationierten libyschen Truppen durch die Nationalen Streitkräfte des Tschad (FANT) unter Präsident Hissène Habré schwere Niederlagen zugefügt.

Am 22. März eroberten die FANT den Luftwaffenstützpunkt Ouadi Doum und töteten dabei nach eigenen Angaben 1.269 libysche Soldaten. Daraufhin mußten die libyschen Einheiten ebenfalls die südlicher gelegene Oase Faya-Largeau – und damit ihre letzte wichtige Bastion – räumen. Die militärischen Erfolge Habrés sind u.a. auf die logistische Unterstützung durch die französische Armee (2.200 Mann) sowie auf die Waffenhilfe Frankreichs und der USA zurückzuführen.

Libyen hatte 1983 auf Seiten der Regierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) unter Goukouni Oueddei in die Kämpfe eingegriffen. Die GUNT war 1979 an die Macht gekommen und 1982 von einer Rebellenarmee Habrés aus der Hauptstadt N'Djamena vertrieben worden. Die Gefahr der Etablierung einer Marionettenregierung Frankreichs und der USA hatte Libyen bewogen, der GUNT zu Hilfe zu eilen.

Ihr Vormarsch war jedoch 1983 durch das Eingreifen französischer Truppen am 16. Breitengrad gestoppt worden. Die Rückeroberung des Nordens des Landes durch das Habré-Regime wurde möglich, nachdem ein Teil der GUNT-Truppen Ende 1986 die Seiten wechselte (siehe AIB 1-2/1987, S. 78 und 3/1987, S. 46).

Libanon

Auch fünf Wochen nach dem Einmarsch von ca. 70.000 syrischen Soldaten in Westbeirut am 22. Februar d.J. zeichnet sich keine grundlegende Befriedung der bewaffneten Konflikte im Land der Zedern ab (siehe AIB 4/1987, S. 19-24). In einem am 20. Februar zwischen Syrien und Moslemführern ausgehandeltem 9-Punkte-Abkommen war das syrische Eingreifen von vornherein auf das Kerngebiet Westbeiruts beschränkt worden.

Nach einer vorübergehenden Befriedung dieses Gebietes kam es jedoch am 28. März in Zusammenhang mit einem Bombenanschlag zu einem erneuten Aufflammen der Kämpfe. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß die syrischen Truppen bisher keine Initiative zeigten, die südlichen Randgebiete Westbeiruts, in denen sich die Hauptstützpunkte der Schiitenmilizen befinden, unter ihre Kontrolle zu bringen.

Aus diesem Grunde hielt die Umzingelung der ebenfalls im Süden Westbeiruts gelegenen palästinensischen Flüchtlingslager durch schiitische Amal-Milizen auch Anfang April noch an. Die Situation in den Lagern steuere – nach

G 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Kurzinformationen

Berichten des in Shatila eingeschlossenen kanadischen Arztes Chris Giannou – immer mehr auf eine Katastrophe zu. Nur vereinzelt könnten internationale Hilfskonvois, die sowohl in Zypern als auch in Westbeirut und Syrien auf ihren Einsatz warten, in die Lager gelangen.

Für die Lagerbewohner selbst sei ein Verlassen bzw. ein Wiederzutritt zu den Lagern nahezu unmöglich. Die palästinensische Lagerbevölkerung sei immer stärker Hunger, Kälte und militärischem Beschuß ausgesetzt. In ihrer Verzweiflung gehe sie mittlerweile sogar dazu über, ihre Hütten als Brennmaterial zum Schutz gegen die Kälte zu benutzen.

Pakistan

In einem Interview, das am 1. März d.J. in der britischen Zeitung „The Observer“ erschien, erklärte der führende pakistanische Atomwissenschaftler Dr. Abdolkader Khan, daß sich Pakistan im Besitz der Atombombe befinde. Damit wurden aus erster Hand Vermutungen verschiedener Experten und des CIA bestätigt. Die jetzige Enthüllung darf als Warnung an Indien verstanden werden, denn kurz zuvor war es zu ernsthaften Spannungen zwischen beiden Ländern und zu Truppenaufmärschen beiderseits der Grenze gekommen (siehe AIB 3/1987, S. 47).

Unter Hinweis auf Khan selbst ließ die pakistanische Regierung seine frühere Aussage dementieren. Aus gutem Grund, denn der US-Regierung ist es gesetzlich untersagt, solchen Staaten Hilfe zukommen zu lassen, die sich bei der Nutzung von Atomtechnologie nicht der internationalen Kontrolle unterwerfen. Über die Anwendung dieses Gesetzes, das wegen der herausragenden Rolle Pakistans bei der Unterstützung der afghanischen Contras bisher ausgesetzt wurde, muß im Laufe dieses Jahres nur verhandelt werden.

Sollten sich die Befürworter der Anwendung dieses Gesetzes durchsetzen, darf ein auf sechs Jahre angelegtes Hilfsprogramm über 4 Mrd \$ nicht anlaufen.

Macau

Macau, eine 15,5 qkm umfassende Enklave auf chinesischem Territorium mit ca. 450.000 Einwohnern, seit 1557 portugiesische Kolonie, wird ab dem 20.12.1999 zu China gehören. Dies erklärten die Vertreter der portugiesischen und chinesischen Regierung im März d.J. nach Abschluß von zehnmönatigen Verhandlungen.

Seit dem Sturz des Caetano-Regimes in Portugal 1974 bemühten sich die portugiesischen Regierungen um eine Entkolonialisierungsregelung. Seit 1979 ist Macau, dessen Einnahmen – neben der Fischerei – hauptsächlich aus Spielkasinos und dem Vergnügungstourismus stammen, formell chinesisches Territorium unter portugiesischer Verwaltung. Die jetzt getroffene Übereinkunft erfolgte

nach dem Muster des Übergabevertrages der britischen Kronkolonie Hongkong, die im Juni 1997 an China kommt. Nach dem Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ erhält auch Macau – mit Ausnahme der Außen- und Verteidigungspolitik – einen Autonomiestatus. Für 50 Jahre kann die Einbindung in das kapitalistische Wirtschaftssystem beibehalten werden.

Türkei

Nach einjähriger Verhandlungsdauer haben die Türkei und die USA Mitte März d.J. ihr seit 1980 bestehendes Abkommen über Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe erneuert. Damit werden die US-amerikanischen Nutzungsrechte an türkischen Militärbasen bis 1990 verlängert. Statt einer von türkischer Seite geforderten jährlichen US-Hilfe in Höhe von 1,2 Mrd \$ einigte man sich auf 615 Mio \$. Dies bedeutet eine Erhöhung der US-Militärunterstützung für die Türkei um jährlich 125 Mio \$. Für 1988 sollen die Zahlungen auf 800 Mio \$ angehoben werden.

Darüber hinaus wurde eine intensivere Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion und im „Kampf gegen den Terrorismus“ vereinbart. Vermutungen, daß der geheime Vertrag eine Klausel enthalte, die es den USA erlaubt bei Bedarf die schnelle Eingreiftruppe in der Türkei zu stationieren, wurden von der türkischen Regierung hartnäckig dementiert.

Am 4. März d.J. hatten türkische Truppen kurdische Siedlungen und Guerillastellungen im Norden des Nachbarlandes Irak angegriffen. Wie bei ähnlichen Aktionen zwischen 1983 und 1986 fand auch dieser Angriff mit Zustimmung der irakischen Regierung statt.

Das militärische Eindringen in den Irak wurde seitens der Türkei als Vergeltungsmaßnahme für einen Angriff bewaffneter Einheiten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) auf das Grenzort Tasdelen am 22. Februar d.J. dargestellt. Dabei sollen 14 Menschen, darunter vor allem Angehörige der von der türkischen Armee bewaffneten „Dorfmilizen“, getötet worden sein.

Am Morgen des 4. März flogen über 30 türkische Kampfflugzeuge einen halbstündigen Bombenangriff auf kurdische Siedlungen im Nordirak. Gleichzeitig drangen mehrere hundert türkische Elitesoldaten auf irakisches Gebiet vor. Nach türkischen Angaben sollen bei diesem Angriff mindestens 100 Menschen getötet worden sein.

Indien

Bei drei Regionalwahlen in Kerala, Westbengalen und Kaschmir am 23. März d.J. mußte die regierende Kongreßpartei unter Premierminister Rajiv Gandhi empfindliche Niederlagen hinnehmen.

In Kerala setzte sich die Linke Demokratische Front unter Führung der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten (CPI/M) mit 75 gegenüber 61 Sitzen für das Kongreß-Bündnis

durch und eroberte den Bundesstaat zurück. Damit hat die Kongreßpartei in keinem der vier südindischen Bundesstaaten mehr eine Mehrheit.

In Westbengalen konnte die Demokratische Linksfront, die ebenfalls von der CPI/M geführt wird, ihre Mehrheit auf 251 von insgesamt 294 Sitzen ausbauen. Lediglich in Kaschmir konnte sich die Kongreßpartei durchsetzen. Sie war eine Koalition mit der regionalen islamischen National-Konferenz eingegangen, die 60 von 76 Sitzen errang.

Zu den Gründen für das schlechte Abschneiden der Kongreßpartei gehören die Korruption in ihren eigenen Reihen und der zunehmend autokratische Regierungsstil Rajiv Gandhis. So klagte Staatspräsident Zail Singh den Premierminister des Verstoßes gegen die Verfassung an, da er ihn in nationalen Angelegenheiten nicht informiert bzw. konsultiert habe. Anlässe für Kritik an Rajiv Gandhi waren zudem die Erhöhung des Verteidigungshaushaltes um 43%, die importbegünstigende Steuerpolitik und die Absetzung seines Finanzministers, der hart gegen Unternehmer vorgegangen war, die Steuern hinterzogen hatten.

UdSSR – Südostasien

Als Zeichen der Aktivierung der sowjetischen Ostasien/Pazifik-Politik ist die Rundreise von Außenminister Eduard Schewardnadse zu werten, die ihn vom 2.-13. März d.J. nach Thailand, Indonesien, Australien, Laos, Kambodscha und Vietnam führte.

Schewardnadse sondierte zum einen die Bereitschaft dieser Staaten, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen auszuweiten und an einer Initiative für ein kollektives Sicherheitssystem der Gesamtregion mitzuwirken. Solches hatte Michail Gorbatschow im Juni 1986 in Wladivostok vorgeschlagen (siehe AIB 11/1986). In Australien stellte der Außenminister einen drastischen Abbau sowjetischer Mittelstreckenraketen SS-20 auch für Asien in Aussicht, falls die Verhandlungen mit Washington über eine Nulllösung in Europa zum Erfolg führen sollten.

Er würdigte desweiteren den Rarotonga-Vertrag für einen atomwaffenfreien Südpazifik und unterstützte die Vorschläge zur Errichtung ähnlicher Zonen auch in der Region Südostasien. Ein malaysischer Entwurf für ein atomwaffenfreies Südostasien steht im übrigen auf dem nächsten Gipfeltreffen der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) Ende 1987 in Manila zur Diskussion.

Aus der Sicht der ASEAN-Staaten Thailand und Indonesien stellt der ungelöste Konflikt um Kambodscha das größte Hindernis für eine Entspannung im ostasiatisch-pazifischen Raum dar. Schewardnadses Ermunterung der indochinesischen Verbündeten zu noch mehr Flexibilität in dieser Frage und von deren Dialogangebot an die ASEAN und China kommt dem entgegen. Andererseits unterstützte die Regierung in Hanoi ausdrücklich das sowjetische Bemühen um eine Aussöhnung mit China.